

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wortersjahr 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Zeilen
jetzt oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Anzeigen für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 8. März 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Michel und Jonathan.

Graf Bälou hat neuerdings entweder eine Ente in die Welt
gesetzt, der — um mit ihm selber zu sprechen — so rasch wie möglich
der Hals umgedreht werden muß, oder aber er hat zu seinen
sonstigen hervorragenden Verdiensten das einer epochemachenden
wissenschaftlichen Entdeckung gefügt. Er hat nämlich in der Reichstags-
sitzung vom 4. März als Zweck der Prinzenreise über das große Wasser
festgestellt: „die Aufrechterhaltung der traditionellen guten Beziehungen
zwischen Deutschland und Amerika, wie sie bestehen seit den Tagen des
großen Friedrich und des großen Washington.“ Woran kam der Herr
Graf bei dieser für jeden Geschichtskundigen überraschenden Be-
merkung gedacht haben?

Der Reichskanzler spricht von Deutschland, er muß also poli-
tische Beziehungen zwischen Amerika und dem zu Washington Zeiten
noch existierenden heiligen römischen Reich deutscher Nation im Auge
gehabt haben. In der That, solche sind vorhanden gewesen. Eine
ganze Anzahl deutscher Reichsfürsten hat zur Zeit des nordamerika-
nischen Unabhängigkeitskrieges im ganzen 30 000 Mann Soldaten —
an England verkauft zum edlen Zweck des Kampfes gegen die
rebellischen Farmer. Es war ein Sklavenhandel, den Herder folgender-
maßen charakterisiert hat:

„Sie sind in ihrer Herren Dienst
So händlich tren, sie lassen willig sich
Zum Mississippi und Ohiostrom,
Nach Kanada und nach dem Mohrenfeld
Verkaufen. Stirbt der Sklave, streicht der Herr
Den Sold ein, doch die Witwe darbt,
Die Waisen ziehn den Pflug und hungern. Nun,
Das schadet nicht, der Fürst braucht einen Schatz.“

Da indessen die weltpolitische Wirksamkeit dieser sogenannten
„Herren“ bei den Yankees einen langwährenden Haß gegen den
deutschen Namen hinterließ, so wird Graf Bälou diese Beziehungen
zwischen Deutschland und Amerika kaum zu den traditionellen
„guten“ rechnen.

Wir sind aber schon daran gewöhnt, daß der gegenwärtige
Untersteuermann in der Fügigkeit mehr leistet, als in der Richtigkeit.
Es wird also am Ende ein kleiner Kolonialkauf vorliegen und an-
statt Deutschland Preußen gemeint sein. Er hat jedenfalls an
Friedrich des Großen Stellung zu dem reitablen Menschenfleisch-
handel seiner Kollegen in der göttlichen Gnade gedacht. Die war
aber selber bei weitem nicht so heroisch, wie in den Schulbüchern
zu lesen steht. Daß der alte Fritz erklärt habe, er würde von den
sein Gebiet berührenden verkauften Truppen Viehzölle
erheben lassen, weil hier vernünftige Menschen als Tiere verschachtet
seien, ist eine Hohenzollern-Legende, eine Ente, der der Hals um-
gedreht werden muß. Wahr ist dagegen, daß Friedrich II. im Ok-
tober 1777 vorübergehend etlichen verkauften Truppencontingenten
deutscher Potentaten den Durchzug durch sein Gebiet verweigert hat.
Den Grund für dies Verhalten bildete aber durchaus nicht Sympathie
mit den amerikanischen Freiheitskämpfern und Enttäuschung über die
Schmach des Soldatenhandels. Er selbst spricht es in den „Mémoires
de 1774 jusqu'à 1778“ mit der ihm eignen schlichten Kürzerheit
in dürren Worten aus, daß es ihm bloß um eine „Chilane
gegen England“ handelte, das ihn 1762 in der dicken Tinte
des siebenjährigen Krieges hatte sitzen lassen und ihm eben erst
wieder in seinen Annexionsgelüsten auf Danzig Steine in den Weg
gewälzt hatte. Er sagt wörtlich: „Es war nur eine kleine Rache
für das häßliche Vorgehen des Londoner Hofes hinsichtlich der Stadt
und des Hafens Danzig; indessen wollte der König die Sache nicht
zu weit treiben; eine lange Erfahrung hatte ihn gelehrt
daß man in der Welt eine Menge Feinde findet, und
daß man sich nicht selbst leichtem Herzen welche schaffen
muß.“ So ließ er denn auch wenige Monate später, als
er wegen des bairischen Erbfolgekrieges sich mit England und
Hessen-Kassel zu stellen wollte, das Kanonenfutter für
Amerika nicht nur ohne Hindernisse, sondern unter den freund-
lichsten Worten sein Gebiet passieren. Bei derartig
realpolitischen Anschauungen zog selbstverständlich eine amerika-
nische Gesandtschaft, die um eben diese Zeit Friedrichs
thätiges Einschreiten gegen den tolen Skandal des Soldaten-
handels verlangte, mit ebenso langer Nase, wie Ohm Paul vom
Deutschen Reiche ab. Daß der preussische König etwas hätte thun
können, wählten sogar die Engländer. Im Unterhause sagte
Jenham schon 1776 auseinander, die deutschen Fürsten seien
nicht beugst, solche Verträge abzuschließen. Sie seien
dem Kaiser Gehorsam schuldig und hätten keineswegs
das Recht, ihr Land einer Sache zuliebe zu ent-
wölkern, die mit dem Reiche nicht das mindeste zu thun
habe, dagegen das Reich in den Augen der Menschen ver-
ächtlich machen müsse als eine Pflanzschule von Menschen, die zur
Aufrechterhaltung der Willkür vertrieben würden. Friedrichs
des Großen Motive für seine merkwürdige Sorte stiller Neutralität
werden ja zweifelsohne des Grafen Bälou verständnisvolle, seelen-
verwandte Sympathie haben, aber der Reichskanzler wird nicht be-
haupten wollen, daß Friedrich II. sich mit seiner Stellung zum
Soldatenhandel unvergeßliche Verdienste um die Union erworben
habe.

Da es selbstverständlich ausgeschlossen ist, daß Graf Bälou
ins Blaue hineingeredet hat, so muß er halt auf etwas andres ab-
zielen. Man verfallt also auf den rettenden Gedanken, er habe
Friedrichs Handelsvertrag mit den Vereinigten
Staaten gemeint. Aber ach, bei der ihm eignen deutschen
Gründlichkeit hat Graf Bälou ganz sicher längst entdeckt,
daß mit dieser Transaktion auch kein Staat für die „traditionellen
guten Beziehungen“ zu machen ist. Als ein Handels- und Freund-

schaftsvertrag mit Preußen für Deuber Jonathan den größten Wert
gehabt hätte, nämlich während des Existenzkampfes mit England,
hatte Friedrich II. für diesbezügliche ihm gemachte Vorschläge nur
taube Ohren, um es mit England nicht zu verderben; Bravo!
wird Graf Bälou sagen. Erst als durch den Frieden von Versailles
(1763) die Vereinigten Staaten in die Reihe der anerkannten Mächte
eingetreten waren, kam der preussische König auf den Einfall,
daß da am Ende für seine mercantilistische Politik ein
Geschäftchen zu machen sei. Im Februar 1784 trug er seinem
Gesandten im Haag, dem Herrn von Thulemeier, auf, „einen
gewissen Adams“ auszuforschen, ob es möglich sei, mit
„jenen Leuten“ zu einem Einvernehmen zu gelangen. Der
„gewisse Adams“ war amerikanischer Gesandter im Haag, damals
Präsident der Vereinigten Staaten, und „jene Leute“ waren die
Vereinigten Staaten: ein besonderer Ausdruck guter Beziehungen!
Nun begann ein langwieriger Stuhhandel. Die Yankees mit ihrem
damals schon recht entwickelten Geschäftssinn legten das Haupt-
gewicht auf den einen Punkt, daß im Kriegsfall amerikanische
Schiffe mit den von ihnen gelaperten Frisen, um den ge-
fährlichen Rückweg über den Atlantik zu vermeiden, in
preussische Häfen, das hieß damals vornehmlich in Emden,
sollten einlaufen können. Ob dieses bemerkenswerten An-
sinnens machte der alte Fritz einige Sperren, zog es aber vor,
nachzugeben, als er merkte, daß die Union sonst auf den Vertrag
verzichtet würde. Dies merkwürdige Zeugnis guter Beziehungen
ratifizierte er 1785, der amerikanische Kongress 1786. Handels-
politisch ist der ganze Vertrag bedeutungslos, weil durch
seine Freihandelsbestimmungen kein Handelsverkehr geschaffen wurde,
geschweige daß ein solcher schon existiert hätte. Er war denn auch
ebenso flüchtiger Natur, wie ein preussischer Minister: nach kurzer
Existenz ist er unbewußt verschwunden.

Damit ist es also auch nicht. Man sieht demnach ratlos da.
Doch nein, das Ei des Kolumbus ist entdeckt! Als Literaturkundiger
Wittelschwärmer hat Graf Bälou nicht an das heilige römische Reich,
auch nicht an den preussischen Staat gedacht, sondern an die deutsche
Nation, speziell an die deutsche Nationalliteratur. Da gelangen
ihm schließlich die guten Beziehungen zu Amerika wiederholentlich zum
Ausdruck. Hervorzuheben ist Goethes zahme Xenie, die „Den Ver-
einigten Staaten“ gewidmet ist und in ihrem Hauptteil also lautet:

„Amerika, du hast es besser,
Als unser Kontinent, der alte,
Hast keine verfallene Schiffe
Und keine Vasalle.
Dich stört nicht im Innern
In lebendiger Zeit
Auchiges Erinnern
Und vergeblicher Streit.“

Diesem Amerika feiernden Protest gegen die lebendige Rummie
des Junkertums hat Graf Bälou seinen Beifall ausdrücken wollen
und dann einer dem Jahre 1789 angehörenden Ode der „Berliner
Monatsschrift“ auf das glückliche Ende des amerikanischen Un-
abhängigkeitskrieges, wo der Schluß lautet:

„Und du, Europa, hebe das Haupt empor!
Einst glänzt auch die der Tag, da die Kette bricht,
Du, Ehle, frei wirst, deine Fürsten
Scheuchst und ein glücklicher Volksstaat grünet.“

Wir begrüßen also im Grafen Bälou einen bisher verkappten
Witkämpfer für die republikanischen Ideale, dem überdies die Dar-
reichung der biedereren Rechte gebührt. Sollte er aber unverhoffter-
weise auf den warmen Stoffendruck verzichten, ja so möchte wohl dem
oralen Sehege seiner Diplomaten-Jähne eine fette Ente ent-
flattert sein, „der so rasch als möglich der Hals umgedreht ist.“
Im Ernst: für die Socialdemokratie ist von nicht un-
wichtigen Interesse, der mit historischen Erinnerungen geschmückten
Rhetorik der Staatsmänner auf den Grund zu gehen und
die unfähige täuschende Veere dieser Politik zu enthüllen. Gerade
die Socialdemokratie, der es Ernst ist um eine friedliche inter-
nationale Kulturpolitik, um eine wirkliche Verständigung der
Völker, muß sich gegen diese oberflächliche Diplomatie haltloser
Phrasen und historischer Märchen wenden, die nur dazu führt, die
Völker von ihren wahren Interessen abzulenken und ihnen Schamm
statt Brot zu reichen. Nichts ist gefährlicher als diese Politik
oratorischer Blendung, in der die Worte nur die Ohnmacht der That
verbergen.

Zolltarif-Kommission.

Am Beginn der Freitagssitzung gab der Staatssekretär
Graf v. Posadowsky auf Anfrage des Abgeordneten Dr. Spahn
die Erklärung ab, daß zwar der Bundesrat über die Frage
der Diätenbewilligung an die Kommissionsmitglieder einen
Beschluss nicht gefaßt habe, er aber seine persönliche Ansicht
dahin abgeben könne, daß keinerlei Bedenken vorliegen, an
die Mitglieder der Kommission, soweit sie außerhalb der
Tagung des Plenums Sitzungen abhalten, Diäten zu zahlen.
Es wird also wohl demnächst dem Reichstag ein Gesetzentwurf
hierüber zugehen. Die Frage, ob die Kommission während der
Osterferien tagen wolle, wurde nach mehrfachen Hin und
Her dahin entschieden: vor Ostern nicht über die Zeit hinaus
zu tagen, in der das Plenum tagt, die Sitzungen nach Ostern
aber bereits am 8. April aufzunehmen. Nach den Erklärungen
Spahns geht die Ansicht der Mehrheit dahin, daß die
Kommission wohl sicherlich noch nach Pfingsten
bis in den Juli hinein tagen wird.

In der Beratung wurde von einer knappen Mehrheit,
die Heu und Stroh entgegen der Regierungsvorlage
mit Zoll (1 Mark) belegte, das Interesse der notleidenden Bauern schwer geschädigt. In

striktestem Widerspruch zu dieser Zoll Einführung stehen
die häufigen Petitionen aus Kleinbäuerlichen Kreisen
um Ermäßigung der Frachten auf Heu und Stroh,
insbesondere in Notstandsjahren. Dieser Zoll Erhöhung, welche
die Kleinbauernschaft und die Viehzucht empfindlich zu schä-
digen geeignet ist, sollte durch Erhöhung des Zolles auf
Tabak von 85 auf 125 respektive 110 Mark eine Schä-
digung der Tabakindustrie folgen. Dieser
Anschlag wurde zwar abgelehnt, aber das Gesamtergebnis der
Debatte läßt ersehen, daß der Tabakindustrie eine neue
Tabaksteuer droht. Einflußreiche Kreise im Parlament und
in den Regierungen wünschen lebhaft, der Tabak soll aber-
mals bluten. Es ist gut, daß die Tabakarbeiter und die
Tabakindustrie durch die Debatte zu einer rechtzeitigen Rüstung
gegen dieses Attentat aufgerufen sind.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag um 9 Uhr statt.

Die Kommission verhandelte heute zunächst über die Ferien-
frage.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärte, er habe persönlich
die Auffassung, daß seitens der Regierungen Bedenken dagegen nicht
obwalten würden, den Kommissionsmitgliedern während der Ver-
tagung des Reichstags eine entsprechende Entschädigung für die
Fortsetzung ihres Aufenthalts in Berlin zu gewähren.

Spahn betonte, daß die so gewährte Vergütung kein Präjudiz
bieten dürfe für die grundsätzliche Forderung des Reichstags auf
Einführung von Diäten.

Schrader (fr. Sp.) erachtet es für die patriotische Verpflichtung
der Kommission, ohne jede Entschädigung weiter zu tagen.

Stadthagen (Soz.) wünschte, daß die Kommission zugleich mit
dem Plenum Schluss mache, aber etwas früher anfangen. — Müller:
Sagan (fr. Sp.) erklärte sich damit einverstanden, daß die Kom-
mission am 8. April wieder zusammenkomme, erachtete aber baldige
Ferien für notwendig, um die auf gewisser Seite herrschende nervöse
Unruhe zu beseitigen.

Frl. v. Wangenheim (l.) wünschte aus Rücksicht auf die Ab-
geordneten des preussischen Landtags die Kommission bis zum
21. März zusammenzubalten.

Gaup (Sp.) entgegnete dem Abg. Schrader, die Berliner Ab-
geordneten müßten im Interesse der Abigen das peinliche Gefühl,
Diäten zu erhalten, überwinden. Die Kommission solle höchstens
14 Tage Ferien machen.

Spahn (C.) weist darauf hin, daß die Kommission bis tief in
den Juli weber sitzen müssen; das sei ohne Diäten unmöglich.

Gabel (Ant.) und Müller-Gulda (C.) plädierten dafür, mit dem
Plenum zu schließen und lieber etwas früher zu beenden.

Nach weiterer Diskussion beschloß die Kommission, mit dem
Plenum in die Ferien zu gehen und die Beratungen am 8. April
wieder aufzunehmen.

Die sachliche Beratung beginnt bei Position 27: Grün- und
Rauhfrüher.

Frl. v. Wangenheim (l.) beantragt: a) Grünfutter, Heu, auch
getrocknete Klee und anderweit nicht genannte getrocknete Futter-
gewächse mit 1 M. Zoll zu belegen (anstatt zollfrei nach der
Vorlage); b) Stroh und Spreu (Kraff), auch Schaber und Häcksel
(Häcksel statt zollfrei) mit 1 M. Zoll zu belegen; c) Torfstreu mit
0,50 M. Zoll zu belegen (statt zollfrei). Er begründet seinen Antrag
mit Hinweis auf die Bedeutung des Heu- resp. Torfstreuverkaufs für
einzelne Gegenden.

Ministerialdirektor Wermuth macht geltend, daß Torfstreu doch
kein Futtermittel sei. Der Antrag Wangenheim unter c) gehöre unter
Nr. 95 des Tarifs, wo von Torfstreu die Rede sei. Die Heu-Einfuhr,
die sich auf rund 50 000 Tons beziffere, sei verhältnismäßig gegenüber
der gesamten heimischen Heu-Erzeugung, die sich auf 18 Millionen
Tons, in guten Jahren bis auf 22 Millionen Tons belaufe.

Müller-Sagan (fr. Sp.): Es sei doch bezeichnend für die
Tendenzen der Landwirtsch., daß sie selbst für so wichtige landwirt-
schaftliche Meliorationsmittel wie Torfstreu und so unentbehrliche
Futtermittel wie Heu eine Zollbelastung beanpruchten. In Notjahren
liege die Einfuhr im dringendsten Interesse namentlich der Klein-
Landwirte.

v. Kardorff (Sp.) erkennt an, daß nur wenige beschränkte
Bezirke an dem Heuzoll interessiert seien. Aber jedes, auch das
kleinste lokale landwirtschaftliche Interesse verdiene Berücksichtigung
um so mehr beim Heu, als dies auch Träger von Infektions-
stoffen sei.

v. Wangenheim (kons.) zieht seinen Antrag unter c) zurück.

Wolkenbühr (Soz.) spricht sich grundsätzlich gegen jede Ver-
teuerung von Futtermitteln aus. Wenn man bei Mangel an
Notstandstarife für Futtermittel einräume, dann dürfe man doch nicht
die Einfuhr derselben künstlich verteuern.

Ministerialdirektor Wermuth spricht sich im gleichen Sinne aus.
Im Frühjahr 1898 sei es absolut notwendig gewesen, fremde Futter-
mittel einzulassen. Futtermittel sollten nach Möglichkeit im Zolltarif
verköhnt bleiben.

Gegen diese Auffassung erhebt v. Kardorff lebhaften Wider-
spruch. Die ganze Statistik über Heu-Einfuhr betrefe gar nichts,
da Heu auch in Fuhren über die Grenze komme.

Der Antrag v. Wangenheim unter a und b wird mit 15 gegen
13 Stimmen angenommen.

Position 28 läßt Vannwolle, roh, auch gereinigt, Flachs,
Hanf, Jute, Kolosfasern, Torfwolle und alle übrigen pflanzlichen
Spinnstoffe, roh, gereinigt, geröstet, gedrohen, geschwungen, entleimt
zollfrei.

Ueber die hierzu eingegangenen Petitionen berichtet Paasche (natl.).

v. Wangenheim (l.) kündigt für die zweite Lesung einen An-
trag auf Flachszoll an.

Die Zollfreiheit der Vorlage für diese Position wird unverändert
angenommen.

Position 29 legt auf Tabakblätter, unbeschädigt oder nur ge-
gohren oder über Rauch getrocknet, auch in Blättern, Bündeln oder
Puppen den bisherigen Zollfuß von 85 M.

Abg. Frl. (natl.) nimmt den Antrag Gehl auf, den Zollfuß
auf Tabak auf 125 M. zu erhöhen und hebt hervor, daß die
Tabakbauer sich gegenwärtig in einer Notlage befinden und nicht die
Weise erzielen, die sie, um existieren zu können, haben müßten.
Seitdem der Verbrauch des Pfeifentabaks abgenommen habe, können

die Rippen nicht mehr gebraucht werden. Die Bauer hoffen durch Erhöhung des Zolls auf ausländischen Tabak ihre Lage zu verbessern.

Gamp und v. Kardorff (Rp.) beantragen in einer Resolution:

„Den Bundesrat zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung und unter Hinzuziehung der Vertreter des inländischen Tabakbaues in eine Prüfung darüber einzutreten, in welchen Beziehungen die zur Ausführung des Gesetzes vom 16. Juli 1879, betreffend die Besteuerung des Tabaks erlassenen Vorschriften im Interesse der kleinen Tabakbauern vereinfacht werden können und dem Reichstage von dem Ergebnis dieser Untersuchung Mitteilung zu machen.“

Freie (fr. Vg.): Die Frage des Tabakzolls greift weit über die Frage der Tabakbauern hinaus. Die ganze Tabakindustrie mit ihren 150 000 Arbeitern wird davon betroffen. Die eingeführten Tabake sind zum weitaus größten Teil billige Sorten. Der Havannatabak macht noch nicht 1/3 Proz. des eingeführten Tabaks aus. Cigarren- und Tabakfabriken liefern über Bremen und Hamburg eingeführt. Aus Holland kommt fast nur Rauchtabak. Die Rauchtabakfabriken nehmen schon so viel inländischen Tabak auf, als sie verwenden können. Die in Rauch- und Kontabakfabriken verarbeiteten Stengel zahlen schon jetzt einen Zoll von 600 Proz. des Wertes. Der Wert des ganzen in Deutschland gebauten Tabaks beträgt 60 Millionen, während die Tabakarbeiter einen Lohn von 80 Millionen erhalten. Schon heute ist die Gefahr vorhanden, daß die Cigarette die Herrschaft gewinnt und dann für deutschen Tabak überhaupt kein Markt mehr zu finden ist. Früher verlangten die Raucher starken Tabak, jetzt ist nur Abfall für leichten Tabak zu finden. Das hat zur Folge gehabt, daß auch viel ausländische Sorten vom deutschen Markt verdrängt worden sind. Für gute inländische Sorten werden aber immer noch Preise erzielt, die den Anbau sehr lohnend machen. Das Mittel an dem gegenwärtigen Steuersystem nützt den Kleinbauern nicht, schädigt aber die Tabakindustrie und den Steuerfiskus. Redner schlägt in eingehender Berechnung den Steueranfall, der dem Reiche erwachsen würde, wenn die Einfuhr der billigen ausländischen Tabake durch Erhöhung der Tabaksteuer auf 125 M. vermindert würde, auf 7 237 900 M. Nur bis zu einer gewissen Grenze läßt sich das Publikum eine Verschlechterung seines Genußes gefallen; dann geht der Konsum zurück.

Während dieser Ausführungen unterbricht der Vorsitzende **Reitich** den Redner und ersucht ihn sich kurz zu fassen.

Zur Geschäftsordnung protestiert **Müller-Sagan** dagegen, daß seitens des Vorsitzenden nun auch sachliche Ausführungen von oppositioneller Seite eingeschränkt würden.

Bausche (natl.) findet das Vorgehen des Vorsitzenden angemessen.

Vorsitzender **Reitich** erklärt, er habe nur weiteren Rednern die Möglichkeit zum Wort zu kommen offen halten wollen.

Müller-Sagan (fr. Vp.) erwidert, daß der Vorsitzende ja gar nicht in der Lage sei, Salsparanträge zu verhindern.

Schrader (fr. Vp.) bestreitet dem Vorsitzenden das Recht, einen Redner zu unterbrechen, der sich an die Sache halte und die Ordnung nicht verlege.

Staatssekretär **Frh. von Tietzmann** weist zahlmäßig nach, daß der heimische Tabak gar nicht zurückgegangen sei. Durch die Zollerhöhung würde die Reichsfinanz geschädigt werden.

Bayerischer Bundesbevollmächtigter **Scherer**: Die badiische Regierung würde eine mäßige Erhöhung des Zolls für vertretbar und wünschenswert halten. Der Antrag Hehl geht aber weit über das Ziel hinaus.

Fitz und Blanckhorn (natl.) beantragen nunmehr, den Zoll auf 100 Mark zu erhöhen.

Bayerischer Bundesbevollmächtigter **Ritter von Geiger**: Die bayerische Regierung würde auch noch einer Erhöhung des Zolls auf 110 Mark zustimmen.

Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Es ist unmöglich, den Tabakzoll zu ändern, ohne die ganze Tabaksteuerfrage aufzurollen. Die Verschärfung des Geschnittes hat herbeigeführt, daß viele Sorten, deren Verbrauch sonst als Genuß betrachtet wurde, heute unerschwinglich sind. Leichte Sorten deutscher Tabake sind in wenigen Jahren von 98 M. auf 111 M. und von 80 M. auf 97 M. gestiegen. Die schwereren Sorten sind im Preise gefallen, weil sie keine Preishaber finden. Das Reich muß sich Steuerquellen offen halten und reservieren und hierzu gehört der Tabak. Eine Zollerhöhung würde jede Reform der Tabaksteuer hindern. Eine Zollerhöhung würde die ganze Tabakindustrie gegen den Zolltarif mobil machen.

Fitz (natl.) hält den deutschen Tabak für konkurrenzfähig gegenüber dem ausländischen. Der Schatzsekretär habe befürchtet, daß durch die Zollerhöhung ein Anreiz zur Steigerung des heimischen Tabakbaues gegeben werden und dadurch die Steuererträge des Reiches zurückgehen könnten. Er möchte fragen, wie diese Furcht mit der sogenannten Heimatpolitik des Grafen Willow im Einklang stehe.

Geyer (Soc.) bedauert die fortwährende Beunruhigung der volkswirtschaftlich so bedeutungsvollen Tabakindustrie. Es giebt keine Industrie, die so rücksichtslos behandelt wird. Ein Projekt, das die Industrie beunruhigt, jagt das andre. Auch Posadowsky's heutige Andeutung ist wenig zur Beruhigung geeignet. Der Bund der Landwirte hat die Tabakzoll-Frage aufgegriffen und die Regierung ist nicht ganz schuldlos daran. Sie hat in den Motiven eine Uebersicht über unsere Ansbau von Tabak gegeben und damit mit dem abnormen Jahre 1881/82 begonnen, als die Einfuhr infolge der starken Einfuhr von 1879 noch niedrig war und der Anbau infolge der falschen Hoffnungen der Tabakbauer so gefliegen war, wie in seinem andern Jahre. Der Tabakbau ist dort, wo man brauchbare Saaten verwendet, sehr rentabel. Es muß Wunder nehmen, daß gerade Herr von Hehl den ursprünglichen Antrag auf Zollerhöhung stellte. Er muß doch am besten wissen, daß rationelle Betriebe noch sehr rentabel sind. Er hat Tabak gebaut, dessen Produktionskosten 15 M. betragen, während er 30 M. dafür löste. Die Tabakarbeiter würden durch die Zollerhöhung schwer geschädigt werden. Das ist der Grund, weshalb in der Abwehr der Steuerprojekte Unternehmer und Arbeiter Hand in Hand gehen. Die Bewegung gegen die Zollerhöhung ist bei der politischen Lebendigkeit der Tabakarbeiter nicht zu unterschätzen. Als die Tabaksteuer seiner Zeit abgelehnt wurde, meinte der damalige Schatzsekretär Graf Posadowsky, das Projekt, den Tabak scharfer zu treffen, dürfe nicht aufgegeben werden. Jetzt laucht er wieder auf und rüttelt die Arbeiter zu erneutem Widerstand auf. Die Steuererhöhung von 1879 hat großes Elend unter die Arbeiter gebracht. Die Bremer Fabrikation zog sich nach Westfalen zurück und dort wurden die Löhne um den Betrag der Steuererhöhung herabgedrückt. In Sachsen zog sich die Industrie aus den Städten in das Erzgebirge zurück. Redner hat selbst eine Enquete über das Wohngeschehen der Cigarren-Handarbeiter veranstaltet und grauenhaftes Elend ermittelt, das zum großen Teil durch die Steuererhöhung von 1879 herbeigeführt worden sei. Ueber die Frage, ob die Tabakbauer nur entrippten Tabak versteuern sollen, wird sich hier nicht reden lassen. Das sei erst möglich bei einer völligen Abänderung des Tabaksteuer-Gesetzes. Seine Reuregelung des Tabaksteuer-Gesetzes würde aber gleichbedeutend sein mit einer neuen Erhöhung und darum wahren sich die Tabakarbeiter dagegen.

Staatssekretär **Graf Posadowsky** erklärt, er kämpfe mit äußerster Energie gegen die Erhöhung des Tabakzolls, um jede Beunruhigung der Tabakindustrie zu verhindern. Weil es aber politische Gründe gebe, die an der Meinung festhalten, daß der Tabak noch weitere Lasten zu Gunsten der Finanzen des Reiches tragen könne, habe er diesen Umstand als Hilfsgrund bemerkt, um seine abschließende Stellungnahme zum Antrag Fitz zu verteidigen. Minister seien nicht ewig und darum könne er nicht dafür bürgen, ob nicht in Zukunft Leute Minister würden, die eine höhere Besteuerung des Tabaks erstreben.

Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) bittet, diese Erklärung zu Protokoll zu geben.

Autria (Soc.): Die Geschäftsänderung hat nicht nur den deutschen Tabak betroffen, auch schwere Havana- und Kuban-

Tabake sind heute unverkäuflich. Eine Erhöhung des Tabakzolls müßte auch eine Erhöhung der Preise der Fabrikate zur Folge haben und deshalb die Einfuhr billiger Sorten unmöglich machen, und die Zolleinnahmen vermindern. Die Tabakarbeiter würden aufs Schwerste geschädigt werden.

Quentin (natl.) bekämpft vom Standpunkt der westfälischen Tabakindustrie aus seinen Reaktionsgenossen Fitz, indem er seinem lebhaften Bedauern Ausdruck giebt, daß ein solcher Antrag aus den Reihen seiner Partei hervorgerufen sei. Der Antrag Fitz bedeute eine Schädigung der Industrie, der Tabakarbeiter und der Tabakbauer.

Spahn (C.) erklärt sich gegen die Zollerhöhung. **Müller-Meinigen** tritt aus sozialpolitischen, handelspolitischen und finanziellen Gründen gegen jede Erhöhung des Tabakzolls ein. **Graf Kautz** tritt aus allgemeinen handelspolitischen Erwägungen für die Zollerhöhung ein.

Der Antrag Fitz-Blanckhorn wird mit 66 gegen 6 Stimmen, darunter die der drei Nationalliberalen: Bausche, Blanckhorn und Fitz abgelehnt, die Regierungsvorlage mit großer Mehrheit angenommen, ebenso die Resolution Gamp.

Die Beratungen werden auf Dienstag früh vertagt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. März.

Der Reichstag

erlebte heute in einer kurzen Sitzung die zweite Lesung der noch ausstehenden Etatsliste. Vorher wurde die Vorlage auf Uebernahme einer Reichsgarantie für die ostafrikanische Centralbahn in die Budgetkommission auf einstimmigen Wunsch aller Parteien juridifiziert. Beim Post-Etat wurde die Resolution des Abg. Dr. Müller-Sagan angenommen, die die Regierung auffordert, die erforderlichen Mittel für weitere 1000 etatsmäßige Postassistentenstellen in den Etat für 1902 einzustellen und ihre Bereitwilligkeit dazu noch vor der dritten Lesung mitzuteilen.

Eine kurze Debatte entwickelte sich beim Etat der Zölle. Die Budgetkommission hat auf Antrag Richters, um die Zuchuhankelie, die die unverhüllteste Pimpfweirtschaft vorstellt, zu beseitigen, nicht nur in den Etat der Expedition nach Ostafrika 11 Millionen an höheren Einnahmen eingestellt, sondern auch den Ertrag der Getreidezölle um 12 Millionen Mark höher geschätzt als die Regierung. Der nationalliberale Abg. Büsing erhob gegen diese Schätzung Widerspruch, allein der Schatzsekretär v. Tietzmann erklärte die Bereitwilligkeit der Regierung, auf den Vorschlag der Kommission einzugehen, obwohl er auch von der großen Unsicherheit dieser Schätzung sprach und darauf hinwies, daß ein Ausfall bei der Jüdersteuer wahrscheinlich sei. Schließlich wurde der Kommissionsbeschluß gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen aufrechterhalten.

Beim Etat der Reichsbank suchte Herr **Arendt** wieder seinen üblichen Streit mit dem Reichsbank-Präsidenten noch zu beginnen. Herr Koch hatte aber schon vorher den Reichstag verlassen und so hat er nur noch den Genuß, die Rede des Herrn Arendt im Stenogramm nachzulesen, wenn ihm sonst etwas daran gelegen sein sollte. In den Zeitungen wird er nicht viel davon finden. Jedenfalls blieb auf diesem Wege dem Reichstag eine Wanddebatte erspart. Schließlich wurde das Etatsgesetz angenommen.

Morgen fällt die Sitzung aus. Am Montag wird das Gesetz über den Schutz des Genfer Neutralitätszeichens in 2. Lesung beraten werden. Es ist kaum anzunehmen, daß man schon mit der 3. Lesung des Etats, die auch auf der Tagesordnung steht, wird beginnen können.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Freitag die zweite Lesung des Kultusetats fort. Um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen, unterhielten sich die Herren vom Centrum und von der nationalliberalen Partei wieder einmal fünf Stunden lang in angenehmer Weise über dieselben Gegenstände, die nun schon seit Jahrzehnten beim Kultusetat erörtert werden. Die Abgg. **Dittrich** (C.) und **Trimborn** (C.) klagten über mangelnde Parität, sie forderten die Auslieferung der Volksschule an die Pfaffen und den Erlaß eines allgemeinen konstitutionellen Volksschul-Gesetzes. Ihre Klagen wies der Kultusminister **Studt** als unbegründet zurück. Zu einem scharfen Zusammenstoß kam es zwischen den Herren **Trimborn** (C.) und **v. Eyhern** (natl.) aus Anlaß der von den Schwarzen in Köln beantragten Verweigerung des Gürzenich-Saales an den Gustav-Adolf-Verein. Abg. v. Eyhern hielt dem Centrum unverblümt seine Intoleranz gegenüber gegenüber vor Augen. Die Abgg. **Funk** (fr. Vp.) und **Frh. v. Wangenheim** (kons.) besprachen lokale Angelegenheiten. Letzterer erbat die Regierung gleichzeitig um die Regelung der Schulunterhaltungspflicht. Den Schluß der Sitzung bildete eine fast zweistündige Rede des Polen **Stycki** über die Schulpolitik in den ehemals polnischen Landesteilen.

Sonnabend: Fortsetzung.

Ueber den fortgesetzten Völkerverbruch in Tientsin

bekämpfte sich **Juanfukai** dem Korrespondenten der „Times“ gegenüber in einer Unterredung in Peking mit großer Bitterkeit. **Juanfukai** sagte, in dem Friedensprotokoll sei nichts enthalten, was die Annahme gestatte, daß China der Herrschaft über die Haupthandelsstadt der Provinz **beraubt** werden solle, der Stadt, von der aus die Provinz allein verwaltet werden könne. Die Mächte könnten doch nicht glauben, daß er, der in Schantung während der ganzen Zeit der Wirren die Ordnung aufrechterhalten habe, jetzt nicht für Ordnung sorgen könne. Er sei bereit, den Plan der Verbesserung des Reichs-Landes weiter durchzuführen und zu erweitern, er habe diesen Plan seitdem begonnen, er wolle auch die 700 000 Taels, zu deren Zahlung an die Seezollverwaltung für die Zwecke der Kriegenschädigung die provisorische Regierung sich verpflichtet habe, weiter zahlen. Das Anständige Amt gehe damit um, an die fremden Vertreter die Anfrage zu richten, wann er wieder die Regierung in seinem eignen Namen würde übernehmen können.

Wir haben bereits mehrfach auf diesen skandalösen Vertrags- und Völkerverbruch hingewiesen. **Graf Willow** ersparte sich im Reichstag jeden Rechtfertigungsversuch dieser empörenden Annahme der gepanzerten Faust und gab lediglich die vage Erklärung ab, daß er hoffe, daß es die „Verhältnisse gestatten“ würden, die Verwaltung Tientsins möglichst bald wieder an China abzutreten. Nun bestimmt aber, wie wir mehrfach nachgewiesen haben, der Friedensvertrag mit China, daß nur an einer bestimmten Anzahl von Orten Garnisonen stationiert werden dürfen, daß im übrigen aber alle während der Invasion usurpierten Rechte restlos an China zurückzugeben seien. Daß die Mächte trotzdem die Verwaltung Tientsins nicht abtraten, bewies ihre cynische Rücksichtung der Stipulationen des Friedensvertrages. Auf die chine-

sischen Vorstellungen wurde erwidert, daß man erst die Klaffe des Hofes nach Peking abwarten wolle, um von den — vertragswidrig angenommenen — Rechten zurückzutreten. Der Hof ist nunmehr längt nach Peking zurückgekehrt; allein die Mächte getrieben sich noch immer als die Herren der Hauptstadt der Provinz, und zwar ist es bekanntlich Deutschland, das sich dem Vorschlag der übrigen Mächte, nun endlich die eingegangenen Verpflichtungen des Friedensvertrages einzulösen, widersetzt hat.

Wie lange soll diese Verhöhnung der Bestimmungen des Friedensvertrages eigentlich noch dauern? —

Deutsches Reich.

Die Entrechtung der proletarischen Frauen.

Während die Regierung den Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung einiges Entgegenkommen zeigt, während der preussische Minister des Innern die Anwesenheit von Frauen in politischen Veranstaltungen reaktionärer Parteien dem polizeilichen Wohlgefallen empfiehlt, wird die Unterstellung der proletarischen Frauen unter einen Ausnahmezustand schärfster Entrechtung mit allen Mitteln der Verwaltungspolitik fortgesetzt und verneuert.

Aus dem Ober-Verwaltungsgericht wird uns berichtet:

Um die Ausweisung von Frauen aus einer Gewerkschaftsversammlung handelte es sich in einem Prozeß des Genossen **Voigt** aus Gommern wider den Regierungspräsidenten in Magdeburg. Voigt, der Vorsitzender der Zahlstelle Gommern des Maurerverbandes ist, hatte zum 27. April 1901 eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung einberufen, zu der auch Frauen erschienen waren. Der überwachende Polizeikommissar veranlaßte ihre Enttarnung, worauf sich Voigt vergeblich beim Landrat und Regierungspräsidenten beschwerte. Die Klage Voigts ist jetzt vom Ober-Verwaltungsgericht zur rückgewiesen worden. Das Gericht schloß aus einer Reihe von Umständen, daß die öffentliche Steinarbeiter-Versammlung vom 27. April 1901 eine Veranstaltung der Zahlstelle Gommern des Verbandes der Maurer sei, welcher neben 300 Maurern etwa 600 andre Arbeiter, meist solche aus den Steinbrüchen, angehören. Weiter führte das Gericht an: Die Zahlstelle selber sei zweifellos ein politischer Verein im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes, denn in verschiedenen Versammlungen, die als Zahlstellen-Versammlungen angemeldet worden seien, habe man erklärt: das Pöbtauer Urteil, die Justizverhältnisse im allgemeinen, Vorschläge zur Wohl von Richtern durch das Volk, die Maifester als Kampfmittel der socialdemokratischen Partei und die Stadtverordnetenwahlen. Sei aber die Zahlstelle ein politischer Verein gemäß § 8 und sei ihr die öffentliche Steinarbeiter-Versammlung vom 27. April 1901 zuzurechnen, dann hätten aus der letzteren auch die Frauen auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes, der „nun einmal noch zu Recht bestände“, entfernt werden können.

Auf zweifach kunstvoll verschlungenem Wege gelangt die Ober-Verwaltungsjustiz zu dem Ziele, das das höchste Entzücken aller Feinde der Arbeiterbewegung und der Beteiligung der Frauen an dieser Bewegung erregt. Zunächst wird die öffentliche Gewerkschaftsversammlung zu einer Vereinsversammlung gestempelt, sodann wird die gewerkschaftliche Vereinsversammlung, die soeben erst ihren Anfang nehmen sollte, als eine politische Versammlung erklärt, weil in früheren Vereins-Versammlungen politische Thematika behandelt worden seien. Weil aber nach dem Gesetz Frauen an politischen Versammlungen nicht teilnehmen dürfen — welches Gesetz für Versammlungen des Bundes der Landwirte und andre reaktionäre Parteien durch polizeiliche Nachsicht aufgehoben werden darf — also war die Polizei in Gommern bei Magdeburg befugt, die Enttarnung der Frauen aus der angeblich politischen Vereins-Versammlung anzuordnen!

So ergibt sich in dem Staate, als dessen Grundlage das gleiche Recht für alle Staatsangehörige angepriesen wird, der reizvolle Rechtszustand:

- 1. Frauen als solche sind minderen Rechts und dürfen nur an unpolitischen Veranstaltungen teilnehmen; 2. Frauenkonservativen und bündlerischer Parteigänger dürfen vermöge der seitens der Polizei geschändeten Achtung ihrer staatsrechtlichen Gesinnung auch an politischen Veranstaltungen teilnehmen; 3. Frauen proletarischer Herkunft dürfen nicht nur nicht an politischen, sondern in praxi auch nicht an gewerkschaftlichen, der Hebung ihrer Lebenslage gewidmeten Versammlungen teilnehmen!

Berechtigt ist die Grundlage des Staates! —

Zum Ehren doktor der Harvard-Universität.

wurde Prinz **Heinrich** ernannt. In Ehrendoktoren pflegen meist Privatgelehrte ernannt zu werden, die sich durch verdienstliche wissenschaftliche Leistungen ausgezeichnet haben. Hier und da werden auch politisch oder durch die Geburt hervorragende Personen zu Ehrendoktoren ernannt, ohne daß ihnen zugemutet wird, eine Habilitationsschrift oder sonst eine wissenschaftliche Arbeit verfaßt zu haben. Diese letzte Art der Ernennung von Ehrendoktoren gereicht weder der Wissenschaft noch dem Ausgezeichneten zum Vorteil. Der Wissenschaft nicht, weil die Personen, die zu Ehrendoktoren ernannt werden, ihre vollständig fernstehen; der Personen nicht, weil die Verleihung des Titels nichts ist, als eine hohle Ceremonie.

Auch dem Prinzen **Heinrich** ist der Titel nicht irgend welcher Verdienste um die Wissenschaft wegen verliehen worden, sondern lediglich seiner prinzipalen Geburt wegen. Der Präsident der Harvard-Universität bewilligte allerdings, der inhaltslosen Ceremonie einen tieferen Sinn unterzuschreiben. Die Universität sei eine puritanische Gründung, sie verleihe deshalb den Doktorhut dem Prinzen als Repräsentanten des der Reformation wohlgegnigten Fürstengeschlechtes. Der Prinz sei gewissermaßen auch der Vertreter der deutschen Wissenschaft.

„Dazu kommt“, schloß Redner, „daß wir uns mit gutem Gedächtnis erinnern, daß vor 40 Jahren, als die Union sich in Todesgefahr befand, Englands Königin ihren Ministern den Krieg gegen Amerika verbot, und der Entschluß dieser großen Frau steht vor uns.“ Die deutschen Reformatoren, die deutschen Denker und Gelehrten, die deutschen Fürsten und schließlich die englische Königin-Großmutter haben also dem Prinzen die Auszeichnung erworben lassen; jedes individuelle Verdienst für die ihrem Charakter nach doch durchaus persönliche Auszeichnung fehlt also.

Gleichwohl hat **Wilhelm II.** seiner Genußsucht über die rein ceremonielle Ehrung durch folgendes Glückwünsch-Telegramm an den Prinzen Ausdruck gegeben:

„Ich beglückwünsche Dich dazu, daß Du heute von der Harvard-Universität den höchsten Ehrentitel erhalten hast, den Amerika verliehen kann. Mögen die Repräsentanten der Beispiele deutscher Kunst und deutscher Civilisation, die ich durch Dich überreiche, sowohl den Professoren wie den jungen Akademikern ihr ganzes Leben hindurch ein Ansporn und ein aufmunterndes Vorbild sein, den deutschen Idealen zu folgen und allem nachzustreben, was erhebt und dauert.“

Was der Kaiser unter deutschen Kunst-Idealen versteht, hat er ja unlängst in seiner großen Kunststunde andenkendergezeigt.

Eine eigenartige Verleumdungstheorie hat das „Berliner Tageblatt“ entdekt. Genosse **Beinsein** hatte sich in einem Artikel der „Socialistischen Monatshefte“ über die Zunahme des intellektuellen Riveaus der Arbeiterschaft verbreitet und angeführt, daß ein be-

deutender Fortschritt gegenüber den Zuständen vor mehreren Dezennien zu konstatieren sei. Das Roffe-Blatt bemerkt dazu mit dem ihm eignen Tiefstimm:

Diese Bemerkung aus dem Munde eines kritisch denkenden Sozialisten ist nicht ohne Interesse. Also mit der fortschreitenden geistigen Verelendung der Massen ist es nichts. Man wird gut thun, sich dieses Zugeständnis von einwandfreier sozialistischer Seite sorgsam zu merken. Der Gelehrte des Welt-Tagebl. ist also der Meinung, daß Marx in der zunehmenden Verelendung des Proletariats die Vorbedingung und Garantie für die Eroberung der politischen Macht durch dasselbe erblickt habe.

Der „Kreuz-zeitung“ hat dieser semitische Tiefstimm derart imponiert, daß sie ihr schleimigst durch einen germanischen Geistesblitz zu überkommen trachtet:

Es fragt sich nun, was man unter „geistiger Verelendung der Massen“ versteht. Unter Anstich nach beruht sie weit mehr auf der völligen Unmündigkeit dieser Massen den Parteischreibern gegenüber, als darauf, daß der einzelne Arbeiter nicht über alle möglichen und unmöglichen Dinge mitzureden vermag, und sich bei Behandlung abstrakter Gegenstände unbeholfen ausdrückt. Trotzdem kann er immer noch ein gut Stück geistigen Menschenverstand besitzen und das, wenn er unbeeinflusst bleibt, im gegebenen Falle auch beweisen, während der fortgesetzte sozialdemokratische Parteidrill ihn geistig nach und nach vollständig auslaugt und zum bloßen „Hampelmann“ macht, der ja, wie es ihm anbefohlen wird, bald „Hurrah“ schreit, bald „hau ihn!“ Auf diesem „Krautbau“, den sie auf dem geistigen Acker des Proletariats treibt, beruht die Herrschaft der Sozialdemokratie. Ist es aber an dem, so wissen wir auch, was das Lob des Herrn Bernstein in Wahrheit bedeutet.

Polenkurs. Aus Polen wird uns geschrieben: Die Prozesse und Hausdurchsuchungen nehmen kein Ende. Am 3. d. M. fand in Gnesen ein interessanter Prozeß statt. Der Probst Jas. Lowski hatte in einer Volksversammlung gesagt, daß die städtische Schulverordnung eine allgemeine und berechtigende Empörung in der polnischen Bevölkerung hervorgerufen habe. Die polnischen Kinder würden durch diesen Unterricht nur verdummt, ihr moralisches Niveau herabgedrückt. Weiter hieß es: „Die Regierung hat uns den Boden genommen und unser Recht mit Füßen getreten, jetzt will sie uns die Religion nehmen.“ Die Anklage behauptet, der Probst habe unwahre Tatsachen behauptet, um die Regierungsmaßnahmen herabzusetzen. In dem ersten Termin in Gnesen wurde der Angeklagte zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Die eingelegte Revision hatte Erfolg und die wiederholte Verhandlung fand gestern statt. In der Verhandlung wurden weitläufige Erörterungen über die Wahrheit der Behauptungen angestellt. Der Angeklagte stellte unter Beweis, daß der Religionsunterricht jetzt fast in allen Klassen in deutscher Sprache geführt wird. Darüber sollen Erhebungen stattfinden und der Prozeß, der in Posener politischen Kreisen allgemeines Interesse erregt, ist verlegt worden.

Wie in Nordschleswig Wahlen vorbereitet werden. Am Sonnabend, den 8. d. Mts., findet im Schleswig-holsteinischen Wahlkreis Paderborn-Sonderburg die Reichstags-Wahl statt. Mit welchem Nachdruck von der Regierung und ihren Vororganen für die „nationale Sache“ gearbeitet wird, ist hier bereits wiederholt geschildert worden. Nach Aufstellung der Wählerlisten sind ca. 600 der darin verzeichneten dänischgestimmten Wähler, die bisher als preussische Staatsbürger gegolten, ja die zum Teil den deutsch-französischen Krieg mitgemacht, als Reichstags-Abgeordnete, Gemeindevorsteher und Geschworene fungiert haben, für dänische Unterthanen erklärt und aus den Listen gestrichen worden. Einer ganzen Anzahl von Protesten mußte übrigens inzwischen stattgegeben werden, was das Ansehen der Regierung gerade auch nicht gehoben hat. Das Hauptblatt der Germanisierungspolitik in Nordschleswig konnte cynisch anknüpfen, daß nach den Wahlen eine fürchterliche Minderzahl gehalten und der Kurs der Ausweisungen in verbesserter Auflage wieder aufgenommen werden würde. Ein nettes Beispiel gubernementalen Wahldrucks wird jetzt bekannt. Ein Arbeiter in Sonderburg, der dänischer Unterthan, sollte angewiesen werden, vom Amtsvorsteher wurde ihm gestattet, im Lande zu bleiben, falls sein (naturalisierter) Sohn und sein Schwiegerjohn das christliche Versprechen abgeben wollten, daß sie künftig keine dänischen Blätter mehr halten, keine dänischen Versammlungen mehr besuchen und für den Kandidaten der Dänepartei nicht stimmen würden. Die Leute gaben diese Erklärung ab. Der dänische Kandidat, Redacteur Jensen, legte daraufhin Beschwerde beim Oberpräsidenten ein, erhielt aber den Befehl, das Versprechen sei freiwillig abgegeben worden! Demgegenüber konstatiert „Hensborg Avis“, daß vier Tage nach eingereichter Beschwerde der Landrat des Kreises, Herr von Wehner, die beiden Leute vernommen habe, wobei diese mit aller Bestimmtheit daran festhielten, daß der Amtsvorsteher im angeblichen Auftrag des Landrats diese Erklärung von ihnen gefordert habe. Daraufhin nahm der Landrat das Schriftstück mit der Erklärung und gerief es mit den Worten: „Ich nehme mein Wort zurück, Sie können dänisch wählen, dänische Blätter lesen und dänischen Vereinen angehören.“ — Unse Parteigenossen haben in den letzten Tagen eine rührige Agitation im Wahlkreis entfaltet. Flugblätter in deutscher und dänischer Sprache sind verbreitet und in Paderborn, wo allein aus ein Volat zur Verfügung steht, sind gut besuchte Versammlungen abgehalten worden. Wenn wir vorderhand auch keine Aussicht auf das Mandat haben, so gilt es doch, den gleichfalls gegen alles Deutsche äußerst erbitterten dänisch gestimmten Arbeitern begreiflich zu machen, daß sie in erster Linie Arbeiter sind, und daß die Sozialdemokratie mit gleicher Wucht wie die Dänepartei Protest gegen die nordschleswigsche Unterdrückungspolitik einlegt, außerdem aber noch, was die aus den heterogensten wirtschaftlichen Interessengruppen zusammengesetzte Dänepartei nicht vermag, das Klasseninteresse des Arbeiters wahr.

Wer sind die Blamierten? Aus Sachsen wird uns geschrieben:

Die Kolonialität, in die die famose Ministerkrisis den Landtag und die Regierung geführt hat, wirkt in der Presse der konservativ-nationalliberalen Kartellblätter nach. Die Konservativen suchen zwar gute Miene zu dem verfehlten Spiel zu machen — hielten sie doch schon ihre Ministerkandidaten parat — aber der Kerger darüber klingt immer noch durch und im Landtag ist an die frühere bide Freundschaft zwischen Regierung und Konservativen nicht zu denken. Jetzt erklärt das „Vaterland“, das offizielle Organ der letzteren, gegenüber den „Dresdener Nachrichten“ — die als konservatives Schornacherorgan der zweiten Kammer den Vorwurf machten, sie habe, um das gute Einvernehmen mit der Regierung wieder herzustellen, zu diesem Zweck bedingungslos vor der Regierung die Waffen gestreckt — diese Behauptung sei vollständig aus der Luft gegriffen. Es sei der Kammer gar nicht darauf angekommen, welche Person an der Spitze des Finanzministeriums stehe, sie habe weder den Finanzminister noch die übrigen Minister besitzigen wollen, sondern nur eine sparsame Finanzgebarung gewünscht.

So viel Worte, so viel Unwahrheiten. Die Kammer resp. die Konservativen haben nicht sparsam gewirtschaftet, denn sie haben in erster Linie die Finanzkolonialität auf dem Gewissen, weil ihr Einfluß für die Regierung bestimmend war. Die Hofratsklique bohrte seit Jahren gegen den Finanzminister, um auf diese Weise das Kabinett zu stürzen, und beinahe gelang ihr dies. Die Kammer hat sich in der That zurückgezogen vor der Regierung, denn das Gesamtministerium hatte sich solidarisch mit dem Finanzminister erklärt und die Verfassungsverletzung bestritten, und doch erließ die Kammer denselben Ministern die parlamentarische Rehabilitierung, sie forderte keine Deklaration der früheren Erklärung des Herrn von Meißel, die zur Demission führte.

Wer sind nun die Blamierten? Es will uns schier bedünken, daß die Regierung, die unter solchen Umständen leben geblieben ist, keine Ursache hat, stolz auf ihre Existenz zu sein. Aber die zweite Kammer erst recht nicht, denn ihre gewöhnliche Ministerkrisis ist verpufft wie ein verregnetes Feuerwerk, und der Finanzminister ist geblieben. Die am meisten Blamierten sind aber die Nationalliberalen, die in unselbiger Verblendung die Komödie der Verfassungsschänder mitspielen wollten und hinterher einsahen, wie sie von den Konservativen „eingewickelt“ worden sind.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Freitag die Verhandlung über die Ausnahmeverordnungen in Triest fort. Ministerpräsident Dr. v. Koerber behauptete, daß es sich am ersten Tage lediglich um eine Arbeiterdemonstration, an den beiden anderen aber um Exzesse handelte, die als Aufruhr zu bezeichnen seien. Polizei und Militär hätten trotz der maßlosen Herausforderungen eine volle Stunde lang an sich gehalten und erst von der Waffe Gebrauch gemacht, als es kein anderes Mittel mehr gab. (Lärm und Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten. Abg. Ederich wird zweimal zur Ordnung gerufen.) Neben verlas Johann eine Anzahl Zeugenaussagen von angesehenen Bürgern Triests, aus denen hervorgeht, daß die Exzesse der Charakter vollständiger Anarchie und Revolution an sich getragen und das Militär erst eingegriffen habe, als es vom Pöbel bedrängt wurde. Das Gros der Tumultuanten habe aus arbeitslosen Elementen bestanden, es bestiehe aus der Vermutung, daß Elemente ihre Hand im Spiele gehabt, welche sich zu dem Programm absoluter Gesetzlosigkeit bekennen. Dafür sei auch der Menschermord an einem Wächmann eine Bestätigung. Es seien insgesamt zehn Personen getötet und neunundzwanzig mehr oder minder schwer verletzt worden, von denen nachträglich noch zwei gestorben seien. Schnellfeuer sei überhaupt nicht kommandiert worden, auch sei weder eine Frau erschossen, noch auf Leichen fortgeschaffene Leiche ein Angriff gemacht worden. Natürlich hätten zum Schutze der arbeitenden Bevölkerung und zur Verteidigung der Stadt gegen Plünderung und Brandstiftung außerordentliche Maßnahmen getroffen werden müssen. Dieselben könnten auch nicht eher aufgehoben werden, als bis es diesen gefährlichen Elementen, die den Aufruhr hervorgerufen hätten, zum vollen Bewußtsein gekommen sei, daß die Gewalt der Autorität ihrer Lust am Verbrechen vorbege. Nach einer äußerst erregten Debatte, in welche die Sozialdemokraten wiederholt lebhaft eingriffen, wurde der Antrag Ellenbogen, den Bericht des Ausschusses nicht zur Kenntnis zu nehmen, mit 180 gegen 76 Stimmen abgelehnt und der Ansuchenantrag angenommen.

Schweiz.

Geschäft und Religion. (Eig. Ver.) Die treuesten Söhne hat die katholische Kirche bellamlich in der Innerschweiz, also in den Kantonen Uri, Luzern, Schwyz, Ober- und Nidwalden. Nun kommt selbst hier die Religion dem Geschäft in die Quere. Der Gewerbetreibende des Kantons Uri ist die Zahl der katholischen Feiertage zu groß und die Zahl der Arbeitstage zu klein und darum hat sie an den Landrat (Landtag) eine Eingabe gerichtet um Abschaffung der zwei Feiertage Johann (24. Juni) sowie Peter und Paul (29. Juni) und der frommen Landrat hat unter der Zustimmung der frommen Regierung dem Begehren der ebenso frommen Gewerbetreibenden entsprochen. So haben die Arbeiter im Kanton Uri plötzlich zwei Arbeitstage im Jahre mehr erhalten, ohne daß auch die jährlichen Lohnentommen entsprechende Erhöhung erfahren wird. Verlangen aber sie eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, so schreien alle frommen Anbeter: Die Arbeiter wollen faulenzeln! — So profaniert selbst in dem frommsten Lande das Geschäft nach den treulichsten Versen Herweghs:
„Wet und arbeit! ruff die Welt,
Bete kurz, denn Zeit ist Geld!
Die Religion. Es geht also auch hier abwärts.“

Religions-Obligationen in der Schweiz. Nicht bloß in Oesterreich sehen die Frommen mit dem Himmel direkt in Verbindung, die Spekulation auf die Dummheit der Gläubigen blüht auch in der Schweiz. In Nidwalden am Vierwaldstättersee hat vor einigen Jahren ein sehr frommer und sehr spekulativer französischer Vater Bacall ein „Institut Vöthleheim“ gegründet und, um zu billigen Gelde zu kommen, wiederholt, so auch in jüngster Zeit wieder „Antonius-Obligationen“ ausgegeben, deren Coupons lauten:
„Antonius-Obligation
in Nidwalden (Schweiz)
Obligation Nr.
Coupons zu 50 Fr.

zahlbar hienieden in barem Gelde und rückzahlbar im Himmel an der Kasse des hl. Antonius etc. Die Auszahlung dieses Coupons gibt Anrecht auf eine kleine Metallstatue des hl. Antonius von Padua.“ — Derselbe fromme Vater gibt „Reinigungslofen“ betreffend die Armeeseele und den Ablass“ heraus. — Ein Teil der katholischen Presse ist mit diesem fromm-frechen Schwindel nicht einverstanden und verlangt Einschreiten der Behörden des Kantons Schwyz.

Dänemark.

Der Verkauf der drei westindischen Inseln wird nun in allernächster Zeit zum Abschluß kommen. Der Ministerpräsident hat dem Folkething bereits am Mittwoch den Antrag vorgelegt, die am 24. Januar 1902 zu Washington geschlossene Konvention zu sanktionieren.

Schweden.

Zu gemeinsamer Sitzung beider Kammern des Reichstags wurden am Mittwoch folgende Beschlüsse gefaßt:

Bezüglich der Arbeitsstatistik wurde der Antrag Friesen mit 223 gegen 137 Stimmen angenommen. Es wird danach ein besonderer Beamter für die oberste Leitung der statistischen Arbeiten fest an gestellt und sein Gehalt auf den ordentlichen Etat übernommen, während als außerordentliche Ausgabe für diese Arbeiten im kommenden Finanzjahre 15 000 Kr. bewilligt wurden. **Die Einführung eines Steuerzolls** wurde mit 183 gegen 179 Stimmen abgelehnt. Von der ersten Kammer stimmten 90 für und 51 gegen den Zoll, von der zweiten 89 für und 132 gegen den Zoll auf Eier.

Den Schweinefleisch-Zoll unverändert beizubehalten wurde mit 225 gegen 137 Stimmen beschloffen. Von der ersten Kammer stimmten 116 für, 25 gegen, von der zweiten 100 für, 112 gegen den Zoll. — Die gemeinsame Minorität ist für die Aufhebung dieses Zolles.

Einen Zoll auf photographische Apparate zu erheben wurde mit 203 gegen 159 Stimmen beschloffen. Auch gegen diesen Zoll stimmte eine kleine Majorität der Mitglieder der zweiten Kammer.

Frankreich.

Die kommenden Parlamentswahlen werden vielfach Sozialisten der verschiedenen Fraktionen als Gegner einander gegenübersehen. Dem Minister Millerand, der wieder im 12. Pariser Arrondissement kandidiert, wird der revolutionäre Sozialist Chauvin, ehemaliger Deputierter des Seine-Departements, gegenüberstehen. In einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung in genanntem Wahlkreis wurde folgende Resolution angenommen: „Die unabhängigen, sozialistischen und republikanischen Gruppen, die der französischen Arbeiterpartei und der revolutionären Sozialisten des ersten Bezirks des 12. Wahlkreises, sämtlich antimilitärisch, antiliterarisch, antimilitaristisch, haben sich vereinigt und einen Bund der Gruppen der sozialistischen Parteien Frankreichs für diesen Wahlkreis gebildet, dessen gegenwärtiger Deputierter der ehemalige Sozialist Millerand ist. Sie haben einstimmig beschloffen, der Kandidatur des reaktionären Paganin und der des Ministers Millerand die reinsozialistische, antiliterarische und antimilitärische Kandidatur des Genossen René Chauvin gegenüberzustellen.“

England.

Die Monarchien über Chamberlain und Schutzoll.

London, 4. März. (Eig. Ver.) Abgelesen vom anglo-japanischen Verträge, der als das bedeutendste Ereignis der letzten Zeit behandelt wird, bilden Chamberlain und Schutzoll die Hauptgegenstände der englischen Märzrevue. Es kam jetzt seinem Zweifel mehr unterliegen, daß der Kolonialsekretär seit Vilovus Rede in ganz erheblichem Maße an Popularität gewonnen hat. Noch vor sechs Monaten erschien der Gedanke eines Kabinetts unter Leitung von Chamberlain als paradox. Heute wird dieser Gedanke in der „Nineteenth Century“, „National Review“, in der Tagespresse und in den politischen Klubs mit einem Ernst diskutiert, als stände er unmittelbar vor seiner Verwirklichung. Man nimmt allgemein an, daß Lord Salisbury nach der Krönung zurücktreten und Chamberlain Platz machen wird. An Mr. W. J. Balfour, den ersten Lord des Schatzes und Reffen Salisbury's, wird in dieser Beziehung nicht mehr gedacht, da — wie man sagt — er seiner Kränklichkeit wegen nicht im Stande sei, den Pflichten eines Premierministers nachzukommen.

Die Wiederaufnahme des Schutzolls wird teils vorausgesehen, teils verteidigt von den Sozialradikalen J. A. Hobson und Dr. B. Crozier in der „Fortnightly“, vom Torydemokraten J. Greenwood in der „Monthly Review“ und von einem Anonymus in der „Contemporary“. Hobson spricht von der „herannahenden Aufhebung des Freihandels.“ Es ist jedoch fraglich, ob schon das nächste Budget einen entscheidenden Schritt nach dieser Richtung hin machen werde. Der Finanzsekretär Sir Michael Hicks-Beach ist nicht geneigt, das alte Geleise zu verlassen, obwohl er zu einer solchen „Finanzreform“ von einigen seiner politischen Freunde gedrängt wird. So z. B. versammelte sich hier am 5. März eine Anzahl von konservativen Abgeordneten zu einer Konferenz, um die Wiedereinführung der Schutzgölle zu fordern.

Indes, so einfach klingt die Forderung nicht. Sie ist im Sinne Chamberlains gefaßt. Und Chamberlain und Schutzoll bedeuten den „Imperialen Zollverein“. Das ist ohne Zweifel das nächste Programm der englischen Politik.

Rußland.

Demonstration gegen die neue Wehrpflicht-Ordnung in Finnland.

Ein bekannter finnischer Schriftsteller, der sich Velta Kalem nennt, veröffentlicht in „Politiken“ eine längere Schilderung der Protestkundgebungen, durch die die Finnländer die öffentliche Verurteilung der neuen Wehrpflicht-Ordnung zu verhindern suchten. „Da die Wehrpflicht“, so beginnt das aus Helsingfors vom 23. Februar datierte Schriftstück, „in unserem Gouvernement sich gewiebert haben, das gesetzwidrige Wehrpflicht-Gesetz zu verlesen, hat man dazu Reisprediger gemietet. Sie haben es aber nicht behaglich, diese Prediger des Verfassungsbruchs, und es geht auch nicht schnell mit den Verlesungen. Derselbe Mann reist von Stadt zu Stadt, von Kirchspiel zu Kirchspiel; die Gemeinde hilft ihm herunters von der Kanzel, sobald er den Mund aufmacht; die Jungen wälzen ihn im Säne herum und halten sich lässig mit ihm, er wird geschmäht und verfolgt. Aber er hat wohl seinen Lohn noch nicht verdient, denn unverdrossen sind bis bisher dabei geblieben, diese wenigen erbärmlichen Mißläuche, die man hat aufstreifen können.“ — Man hat lange gezögert, bis man den Versuch in Helsingfors machte. Zuerst vermachte man die Verlesung des Parameas am 18. Februar beim finnischen Gottesdienst in der Nikolakirche. Aber die ganze Gemeinde protestierte, nachdem ein Mann auf die Kanzel gestiegen war und dem Reisprediger mit starken Worten die Verlesung verboten hatte. Viele aus der Gemeinde wurden später polizeilich verhaftet, einige verhaftet. — Danach wurde die Verlesung am 23. Februar am Schluß des schwedischen Gottesdienstes in der Neuen Kirche versucht. Auch hier hatte der Reisprediger begonnen: „Auf Befehl der rechtmäßigen Obrigkeit werde ich — vor dieser Gemeinde die Verordnung des Kaisers über die Wehr —“ Weiter kommt er nicht. Eine starke Stimme ruft: „Herr Pastor! Diese Verordnung wird nicht in dieser Kirche verlesen, niemals wird sie verlesen!“ „Kein! Kein!“ ruft die ganze Gemeinde. „Der Pastor soll herunter von der Kanzel!“ rufen einige. Arbeiter steigen auf die Bänke, stampfen und halten die Hände. Da fällt die Orgel ein: „Ein feste Burg ist unser Gott.“ — Das Brausen der Orgel und der Gemeindegang zwingen schließlich den Reisprediger, seine Vorlesung abzubrechen. — Dann kommt das brutale Nachspiel zu der erhebenden Kundt, so schließt Velta Kalem seinen Bericht: „Gendarmen und Polizeibeamte suchten sich vorzudrängen zu der Person, die den Protest eröffnete. Einige Herren bilden einen Ring um ihn, um ihn zu schütten. Zwei werden verhaftet, andre erhalten Befehl mit zur Polizeistation zu kommen. Die Masse wagt hinterher; vor der Polizeiwache werden etwa 20 arretiert. Ein älterer Beamter, der nichts mit dem Ganzen zu thun hatte, kriegt einen unanfechtbaren Anlauf, wehrt sich mit seinem Stod, wird nach der Wache geschleppt. Eine Frau wird von den „Deganen der öffentlichen Ordnung“ mißhandelt — und schließlich rüden die Verurteilten hervor, um die Menge zu zerstreuen.“

Der Boeren-Krieg.

Der Umfang der englischen Kriegsberichterstattung.

Im Juli vorigen Jahres schrieb Kitchener im englischen „Staatsanzeiger“: „Ich bin sicher, daß in Transvaal, in der Oranjespreekolonie und der Kapkolonie nur nicht mehr als 13 500 Boeren noch im Felde stehen.“ Seitdem wurden — nach den von Kitchener gemachten und vom englischen Kriegsamt veröffentlichten Zahlen — getötet, verwundet oder gefangen genommen:

vom	getötet	verwundet	gefangen	ergeben	Gevehere erbeutet
8. Juli bis 5. August	147	101	940	397	359
5. Aug. bis 2. Sept.	124	67	1 284	492	577
2. Sept. bis 1. Okt.	180	114	2 379	393	533
1. Okt. bis 4. Novbr.	203	79	1 281	646	635
4. Novbr. bis 2. Dez.	161	158	881	70	471
2. Dezbr. bis 1. Jan.	192	54	1 271	169	1 173
1. Jan. bis 4. Febr.	147	57	1 098	309	766
4. Febr. bis 24. Febr.	106	34	1 060	266	802
	1 260	664	9 174	2 775	5 426

zusammen 13 573 Boeren mit 5 426 Gevehere existierten und diese niemals vorhanden gewesen 378 Boeren nehmen den Engländern am 25. Februar bei Mersdorp 5 Kanonen, einen großen Wagenzug und 632 Mann Soldaten fort!

Beschluß über die Kriegsdauer.

London, 7. März. Der bekannte Kriegsberichterstatteur der „Daily Mail“, Wallace, sendet seinem Blatte aus Pretoria ein Resumé über die Kriegslage, das ziemlich hart für englische Ohren klingt. Er spricht als Summa seiner nunmehr fast drei Jahre dauernden Beobachtungen die Ueberzeugung aus, daß der Krieg in einem oder in zwei Jahren voraussichtlich noch auf genau demselben Punkte stehen wird wie jetzt. An ein Nachgeben der Boeren sei nicht zu denken, auch nicht an ihre absolute Unterwerfung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Zur Lohnbewegung der Arbeiter. Im „Vorwärts“ berichtigt Herr Kahlen über das Eingekandt der Lohnkommission vom Dienstag und bestreitet die ihm in den Mund gelegte Aeußerung. Demgegenüber haben wir zu erklären, daß es im Protokoll der Innungs-Versammlung vom 17. Februar wörtlich heißt: „Darin stimmten auch noch die folgenden Redner, Kollegen Herrmann, Kahlen, Wech und andre überein, daß der Angriff der Gewissen diesmal bei einmütigen Zusammenhalten leicht abzuschlagen sei, schon aus dem

einfachen Grunde, weil die Geschäftsmisere eine solche Höhe erreicht hat, daß die Meister leicht im Stande sind, die vorliegende Arbeit selbst auszuführen.

Es stimmt dies wohl mit dem überein, was wir veröffentlicht haben. Sodann will Herr Köhler durch ein Beispiel den Beweis führen, daß von der Gehilfenschaft Schmutzkonkurrenz getrieben wird. Wir verweisen solche Praktiken nicht minder, glauben aber, daß der betreffende kein organisierter Kollege, sondern jedenfalls einer der „Auch-Meister“ sein wird, die, wenn sie selbst nichts zu thun haben, als Gehilfen arbeiten.

Nun möchten wir noch ein Beispiel anführen, wie man von Seiten der Innung gegen die Gehilfen vorgeht. Von Herrn Behm, Steinmetzstr. 43, bekam ein Kollege einen Brief, in dem er aufgefordert wurde, jeden feststehenden zu lassen, der ihn über sein Arbeitsverhältnis ausfragt. Die Gehilfen werden durch dieses Verhalten in ihrem Vorgehen nur bestärkt werden.

Unsre Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß folgende Sperren verhängt sind:

Bauten Wilmersdorf, Prager- und Spichernstraßen-Ede (Unternehmer Köpcke u. Späthe, Klopstockstr. 36), Schaperstr. 6 (Unternehmer Keller), Pöllowstr. 38 und Schöneberg, Hauptstr. 20a (Unternehmer Haake, Krenzle und Cronau).

Die Sperren gelten auch für die in diesen Firmen beschäftigten Kundenarbeiter und hat ein jeder, dem zugemutet wird, Klebearbeit zu verrichten, diese zu verweigern.

Die Lohnkommission der Kleber Berlins und Umgegend.
Schützenstr. 18/19, Telefon Amt I, 1308.

Achtung, Holzarbeiter! Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (Zahlstelle Berlin) beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, analog dem Beschlusse der letzten Generalversammlung, die Mitglieder des Verbandes, welche zur Zeit arbeitslos sind und den Arbeitsnachweis der Innung melden, zu unterstützen. Wir ersuchen nun alle in Arbeit stehenden Kollegen, dem Beschlusse der Generalversammlung gewissenhaft nachzukommen und weisen darauf hin, daß 50 Pfennig Extrabeitrag pro Woche von jedem in Arbeit stehenden Kollegen zu zahlen sind.

Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Gewerbegerichtswahlen. In Nordhausen schiebt bei den Arbeitnehmern die Liste des Gewerkschaftsstellens gegen Landkandidaten. In Eisenach gelang es den Innungen, alle Arbeitgeberräte zu ertünnen.

Die Einigungsversuche der Buchdrucker sind nun endgültig gescheitert. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat den Gewerkschaftern, welche noch einmal an sie herantraten mit der Bitte, eine Einigung mit dem Verbande herbeizuführen, eine ablehnende Antwort gegeben. Die Generalkommission empfiehlt den Antragstellern, in Konsequenz ihrer bisherigen Stellungnahme zu dem vom Verbandsvorstande gestellten Bedingungen in den Verband überzutreten. Eine andere Lösung könnte es nach Meinung der Generalkommission nicht geben. — Ein Teil der Antragsteller ist dem Räte der Generalkommission gefolgt.

Zur Schneider-Bewegung. Die Zahl der ausgesperrten Schneider in München ist bei weitem nicht so groß, wie man anfangs gefürchtet hat, und beläuft sich auf die Zahl von 900 nicht heran, die von den Münchener Scharmachern angegeben wird. Nach einer neueren Feststellung der Räte der Ortsverwaltung des Schneider-Verbandes ergeben ausgesperrte und Streikende zusammen eine Anzahl von 350 Arbeitern, die für 352 Kinder zu sorgen haben. Die 24 Firmen, welche den Tarif bewilligt haben, beschäftigen dagegen über 600 Gehilfen. — Die Gehilfen in Karlsruhe ziehen aus Kulak von Differenzen bei der Firma O. Lerich einen Gesamtausstand bei allen Innungsmeistern in Erwägung. — Die Fleusburger Schneider wandten sich in einer längeren Aufklärungsschrift an das Publikum, in der sie ihre Forderungen, die von den Meistern rüdweg abgewiesen wurden, ausführlich begründen.

Aus dem königreiche Krupp. Die gemeldeten Vorgänge auf der Kruppischen Fabrik haben die Arbeiter mit einem Schläge aus der bisherigen Lehnartie ausgerüttelt. Am Donnerstag fand wiederum eine Protestversammlung statt. Das außerhalb Essens, in Altdorf belegene Lokal war dichtgedrängt voll Kruppischer Arbeiter, über 2000 waren es diesmal, die in das Lokal sich hineingedrängt hatten, und doch mußten noch Hunderte umkehren. Kein Platz im Lokal und den angrenzenden Räumen war mehr frei. Die Konstatierung, daß die Arbeiter auf das Telegramm an Krupp nicht einmal einer Antwort gewürdigt waren, rief größte Enttäuschung hervor. Die von den Vertretern der verschiedenen Verbände ergangene Aufforderung, der Organisation beizutreten, wurde mit stürmischer Zustimmung aufgenommen und zahlreiche Aufnahmen erfolgten.

Verbandsstand in Schlefien. In der mechanischen Weberei in Dittersbach (Stadt) sind seit Freitag sämtliche Arbeiter unabhängig. Grund dazu ist eine Lohnreduzierung, die bei einzelnen Stellen 25—30 Proz. ausmacht. Es giebt Stände, bei denen man den Lohn von 7,25 M. auf 5 M. herabgesetzt hat. Auch den Seitenwie Schuttpulvern, ebenso auch den Stärkern ist der Lohn stark gekürzt worden. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter sich eine solche unerhörte Reduzierung ihrer Löhne nicht gefallen lassen konnten und so traten sie denn alleamt, etwa 100 Personen, in den Ausstand. Bei der Verhandlung sind sie abgewiesen worden. — Briefe und Geldforderungen wolle man richten an den Arbeiterssekretär Hermann Krähig in Landeshut, Oberthorstr. 1.

Der Streik bei der Firma Gebrüder Albert in Greiz ist nun auch beendet. Den Jehnstantag haben die Arbeiter nicht erreicht, dagegen treten nach dem neuen Tarif an 300 Stählen Lohnaufbesserungen ein. Es wurde dem auch beschloßen, die gemachten Konzessionen nur als eine Abtattungszahlung zu betrachten und zu geeigneter Zeit wieder vorzugehen, um den Tarif von 1901 zur Anerkennung zu bringen. Die Arbeit wurde laut Beschluß am Freitagmittag wieder aufgenommen. Bei der Abstimmung ergaben sich 87 Stimmen für Freitag, 25 für Sonnabend und 45 für Montag.

Auch die Wollsortierer der Wollkammerei Georg u. Co. in Pflaun sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern eine Erhöhung des Stundenlohnes um 6 Pf., und entsprechende Erhöhung des Accordlohnes, außerdem Abkürzung einer Anzahl von Wollständen. Das letztere ist geschehen; bezüglich des neuen Lohns erbat sich die Firma eine Frist, die sie dazu benutzt — in auswärtigen Blättern Arbeiter zu suchen!

Die Textilarbeiter von Ronneburg (Sachsen-Altenburg) fordern von den Fabrikanten eine Lohnreduzierung von 10 Proz., zehnjährige Arbeitszeit und mögliche Verkürzung des Textilarbeiter-Epistens. In einer Fabrik besteht die zehnjährige Arbeitszeit zur beiderseitigen Zufriedenheit schon über 10 Jahre. Die Antwort der Arbeitgeber steht noch aus.

Der Ausstand der Schreiner und Lackierer in Reu-Isenburg dauert unverändert fort. Die Firma Wittich hatte ihre Arbeiter bei dem Gewerbegericht verklagt, und wurden die Lohnarbeiter pro Person zu 15 Mark Schadenersatz verurteilt, denn dieselben hatten sich mit den Accordarbeitern solidarisch erklärt. In zwei anderen Werkstätten ohne Maschinenbetriebe, bei Phil. Leonhardt und Müller, wurde ebenfalls ein neuer Lohnvertrag ausgehandelt mit 10 Proz. Lohnabzug. Von Seiten der Lohnkommission wurden Verhandlungen angebahnt, dieselben verliefen jedoch resultatlos. Da der neue Tarif nicht zurückgenommen wurde, kündigten sämtliche Arbeiter der beiden Werkstätten. Ausständig sind die Arbeiter bei M. A. Wittich, Neumann u. Söhne, Heinrich Koch, Adermann und Michael Leonhardt.

Ausland.

Ein Kongreß der Glasarbeiter Schwedens, auf dem sämtliche organisierte Glasarbeiter des ganzen Landes durch Delegierte vertreten waren, fand kürzlich in Surte statt. Hauptächlich be-

schäftigte man sich mit der Frage: was gegen die Lohnbrückerie in der Flaschenbranche gethan werden könnte, und kam zu dem Schluß, daß versucht werden müsse, einen gleichen Lohnvertrag und möglichst gleiche Arbeitsmethoden in sämtlichen Fabriken des Landes einzuführen und die Unternehmer zur Abhaltung einer Konferenz zwecks Entgegentreten gegen die Lohnbrückerie aufzufordern. Als Mittel zur Abhilfe gegen die Lieberproduktion verlangte die Konferenz eine Verkürzung der Arbeitszeit. Ferner wurde eine Resolution zu Gunsten des Anschlusses an die Landesorganisation der Gewerkschaften angenommen. —

Die Metallarbeiter der großen neapolitanischen Werke von Battison (englische Gesellschaft) sind seit längerer Zeit unabhängig. Die Direktion glaubte, die Arbeiter, wie in früheren Fällen, nach einem Tage Streik bedingungslos an die Arbeit zurückzuführen zu sehen. Dies ist aber nicht eingetreten; der italienische Metallarbeiter-Bund, der etwa 85 000 Mitglieder zählt, hat die Sache der Streikenden zu der seinen gemacht. Er hat einen Beamten hinsichtlich der den Streik zu leiten hat und hat den Streikenden überdies materielle Unterstützung in Aussicht gestellt.

Gerihts-Beitung.

Durch eine „Demogelung“ der Post hat sich der wohlhabende Kaufmann W., der gestern unter der Anklage des Betruges stand, große Unannehmlichkeiten bereitet. Der Angeklagte befand sich im vorigen Sommer mit seiner Familie und einem für häusliche Dienste angestellten jungen Mädchen längere Zeit in Gms. Von dort machte er mit seiner Frau eine Reise nach der Schweiz und Italien und ließ das Mädchen in Gms zurück, um es auf der Rückreise von dort wieder abzuholen. Von einzelnen Stationen seiner Reise gab er dem Mädchen Anweisung, wohin sie etwa ankommende Briefe nachzusenden habe und in einem längeren Briefe unterrichtete er sie über die Art, wie diese Nachsendung zu geschehen habe. Um unnütze Verteuerung zu vermeiden, sollte das Mädchen die Briefe in eine Zeitung packen, aus letzterer eine Kreuzbandendung machen, diese mit Bindfaden verpacken, mit der Aufschrift „Drucksache“ versehen und postlagend an die aufgegebenen Poststationen absenden. Auf diese Weise würde die Nachzahlung des im Auslande erforderlichen Nachpostos für die nachgelandten Briefe vermieden und der Empfang der letzteren gegen das billige Druckfachen-Porto ermöglicht. Das Mädchen befolgte auch diese Anweisung. Später kam es zu einem Konflikt zwischen ihr und dem Dienstherrn. Dieser entließ sie und stellte ihr ein Zeugnis aus, das sie für ungerecht hielt und wogegen sie die erforderlichen Schritte unternahm. Sie strengte auch eine Klage gegen den Angeklagten an. In einem aus dieser Veranlassung geführten Schriftwechsel hatte der Vater des Mädchens dem Angeklagten vorgehalten, daß er ja das Mädchen zur Begehung eines Betruges angehalten, daß seine Ehefrau das Mädchen ungehörigweise in Spiritistensitzungen mitgenommen habe u. c. Daraus entspann sich wieder eine Verleumdungssache und in dem Verhandlungstermin legte der Vater des Mädchens den erwähnten Instruktionsbrief vor, den das Gericht für interessant genug hielt, um ihn zu den Akten zu nehmen. Die weitere Folge war die Erhebung einer Anklage wegen Betruges. Der Angeklagte wehrte sich gegen diesen Vorwurf, indem er behauptete, daß die deutsche Post nicht geschädigt sei, da sie ja innerhalb des Deutschen Reiches Briefe, die den Adressaten nicht am Orte der Adresse mehr antreffen, unentgeltlich nachsende; auch die ausländischen Posten habe er nicht betrogen, sondern durch den gewählten Modus bloß eine leichtere Expedition zu ermöglichen und die vielen Abstempelungen auf den Briefen vermeiden wollen. — Staatsanwaltschafts-Rat Keller hielt einen Vortrag für zweifellos vorliegend. Nicht nur die ausländische, sondern auch die einheimische Post sei geschädigt worden, denn der Angeklagte habe ja nicht die Briefe in ihrer ursprünglichen Gestalt nachsenden lassen, sondern ihnen eine Umhüllung gegeben. Unter diesen Umständen wäre ein höherer Vorstoß als der „Drucksache“ am Platze gewesen. Er hat auch, dem Angeklagten, der ein gebildeter, in guter sozialer Lage befindlicher Mann sei, die milderen Umstände zu vertragen, da gerade bei einem solchen Mann eine derartige Mogelei doppelt schwer wiege. Der Strafentwurf lautete auf drei Tage Gefängnis. — Der Gerichtshof hielt auch eine exemplarische Strafe für notwendig und erliefte auf 150 Mark Geldstrafe event. 15 Tage Gefängnis.

Verfassungen.

Im Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten) hielt am Dienstag vor einer zahlreich besuchten Versammlung Redacteur Georg Bernhard einen Vortrag über: „Das Liebeswerben um die Arbeiter.“ Beglückwünschend auf den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag forderte der Vorlesende zum Anschluß an die Organisation auf. Seit der vorletzten Versammlung haben sich 200 Mitglieder zum Eintritt in den Verein gemeldet.

Eine öffentliche Versammlung der Barbier- und Friseur-Gehilfen Berlins tagte am Donnerstag bei Jenerstein, Alte Jakobstraße. Zunächst referierte Wermke über die Freigabe der zweiten Feiertage. Der Referent verwies darauf, daß die Barbier- und Friseur-Gehilfen im ganzen Jahre nicht über einen einzigen ganzen freien Tag verfügen und forderte, daß wenigstens die drei zweiten Feiertage (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) den Gehilfen ganz frei gegeben werden, so daß sie an diesen Tagen nicht im Geschäft erscheinen brauchen. Diese minimale Forderung ist um so gerechtfertigter, als an den Sommerabenden und den 1. Feiertagen die Gehilfen außerordentlich intensiv thätig sein müssen, während an den 2. Feiertagen nur wenig zu thun ist, so daß den Unternehmern kein erheblicher Schaden erwächst und sie diese Forderung bei einigen guten Willen von selbst anerkennen könnten. Nach einer längeren Diskussion erklärte sich die Versammlung für eine Forderung des Verbandes, die dem Bundesrat unterbreitet werden soll. In dieser Petition, die bereits auch in verschiedenen anderen Städten beschlossen worden ist, wird verlangt, daß der Bundesrat auf Grund des § 120a der Reichs-Gewerbe-Ordnung verfügt, daß die Gehilfen an den 2. Feiertagen nicht beschäftigt werden dürfen und die Geschäfte an diesen Tagen geschlossen werden sollen. Der Schluß der Geschäft wird lebhaft, wie ausgedrückt wurde, deshalb gefordert, um die Umgehung der event. Verordnung zu verhindern. — Ueber die hygienischen Zustände im Barbiergewerbe referierte Vanger. Vom Referenten wurde auf die verschiedenenartigen Missethäten, namentlich auf die vielfache Unsauberkeit der Wäsche, die für das Publikum verwerflich ist, hingewiesen. Nach kurzer Diskussion gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammlung für die strikte Durchführung der neuen hygienischen Bestimmungen und für Verbot der gesundheitsgefährlichen Schlafräume der Gehilfen ausspricht und in der gegen das Verlangen der Innung, daß die Controlseure zur Ueberwachung der Verordnung aus den Kreisen der Unternehmer gewählt werden, protestiert wird. Diese Resolution soll auch dem Sanitäts-Rat Dr. Oranier zur Kenntnisnahme übermittelte werden. Darauf berichtete Liere, der das Verhalten der Unternehmer, insbesondere das Vorgehen der freien Vereinigung einer herben Kritik unterzog, über die Aufhebung des Vertrages vor dem Einigungsamt. Nach den Ausführungen des Redner hätte die freie Vereinigung alle weiteren Verhandlungen mit der Gehilfenorganisation obgelehnt, sie habe den paritätischen Arbeitsnachweis aufgehoben und selbst einen Nachweis errichtet, mit dessen Hilfe sie sich billige Arbeitskräfte verschaffe und die organisierten Gehilfen mahregale. Die früher getroffenen Vereinbarungen würden in den meisten Fällen gar nicht mehr beachtet, so daß die Gehilfen gezwungen seien, zur geeigneten Zeit in eine neue Bewegung einzutreten. Nachdem sich noch andre Redner in diesem Sinne ausgesprochen, wurde eine fünfstellrige Kommission gewählt, welche u. a. die Aufgabe hat, für die Durchführung der bekannten Forderungen einzutreten. Als Delegierter zur Gewerkschafts-Kommission wurde Liere und als Stellvertreter Wermke gewählt.

Eine gutbesuchte Steinarbeiter-Versammlung, die am Sonntag im Gewerkschaftshaus tagte, beschäftigte sich mit der neuen Tarifvorlage. Der Altgenosse berichtete kurz über die Resultate der letzten Verhandlungen mit der Innung. Danach soll die Wespertarife bis zum 15. Oktober beibehalten werden, dann aber fortfallen. Der 70 Pfennig-Stundenlohn soll unverändert aufrecht erhalten werden, dagegen beharren die Unternehmer aber entschieden auf einem zehnprozentigen Lohnabzug für sämtliche Accordarbeiten. Dieser Punkt rief eine sehr lebhaft und erregte Diskussion hervor. Man fand es empfindlich, daß gerade jetzt, wo dem Reichstag die bekannte Denkschrift vorliegt, eine Lohnherabsetzung vorgenommen werden soll, die doch nur dazu dienen kann, die Lebenshaltung der Steinarbeiter herabzudrücken und sie damit weniger widerstandsfähig gegen die gesundheitlichen Gefahren des Berufs zu machen. Schließlich wurde die folgende Resolution mit allen gegen zwei Stimmen angenommen: „Die heute am 2. März versammelten ca. 300 Steinarbeiter Berlins und Umgegend beauftragen den Gesellenauschuss, betreffs der zehnjährigen Lohnreduktion nochmals mit der Steinmehnung in Unterhandlungen zu treten. — Nachdem die Resultate dieser Verhandlung vorliegen, soll über die weiteren Maßnahmen beschloßen werden. — Es wurde bedauert, daß der Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage durch das Bestehen einer Sonderorganisation erschwert wird, und die Verantwortung ausgeprochen, daß sich deren Mitglieder dem Verbands anschließen. Ferner wurde das Verhalten derjenigen Schriftführer scharf getadelt, die sich Lohnabzüge gefallen lassen und nicht mit aller Entschiedenheit für die Aufrechterhaltung der Tarifpreise eintreten. —

Eine Versammlung der Wall- und Reifschuharbeiter tagte am 24. Februar bei Reckowki. In derselben erstattete der Branchenvertreter über seine Thätigkeit Bericht. Hierauf wurde derselbe einstimmig wieder gewählt.

Einer allgemeinen Aussprache über die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse war zu entnehmen, daß, nachdem die Krise auch in dieser Branche eingetreten ist und die Aussperrung im Frühjahr zu Ungunsten der Arbeiter verlaufen war, die Arbeitsverhältnisse bedeutend schlechter geworden sind, und mehrere Fabrikanten die Löhne erheblich reduziert haben. Man empfahl den Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen und thätig für dieselbe zu agitieren; nur mit Hilfe einer starken Organisation sei es möglich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wieder zu verbessern.

Es wurde ein Antrag angenommen, überall Fabrikkonferenzen einzuberufen und die Branchenversammlungen regelmäßig am zweiten Montag jeden Monats abzuhalten. Unter „Verschiedenes“ entspann sich eine rege Debatte über die Versicherungspflicht der Heimarbeiter, aus welcher hervorging, daß die Anmeldung der Arbeiter an die Orts-Krankenkasse nicht überall glatt von statten ging, und daß namentlich die kleinen Fabrikanten ihren Arbeitern empfehlen, sich einer freien Hilfskasse anzuschließen um dadurch die Unternehmerbeiträge zu sparen. Die Kommissionsmitglieder forderten die Anwesenden auf, solche Vorlesungen sofort zu melden.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der „Union“, Elektricitäts-Gesellschaft, hielten am Sonntag in der „Kronen-Brauerei“ eine gutbesuchte Versammlung ab. Cohen beleuchtete die letzten Vorgänge in genannter Firma. Referent kommt auf die Aussperrung der Tischler zu sprechen und kritisiert das Vorgehen der Direktion. Die Aussperrung könne aber noch weitere Kreise ziehen und darum sei es Pflicht aller in dem Betriebe beschäftigten Arbeiter, auf der Hut zu sein und sich zusammenzuschließen. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen. Es fand hierauf eine ausgedehnte Diskussion statt, in der besonders die Tischler betonten, daß sie im Kampfe auszuhalten würden. Die Versammelten nahmen einstimmig eine Resolution an, in der sie sich mit dem Verhalten der Modeltischnler einverstanden erklärten, ihnen volle moralische und materielle Unterstützung zusicherten und die Hoffnung aussprachen, daß die Modeltischnler aus dem ihnen ausgeprägten Kampf als Sieger hervorgehen mögen.

Für Klein-Schnebeck und Nischenau fand am 23. Februar eine Versammlung der Gemeindevähler statt. Sonnenburg-Friedrichshagen hielt das Referat. In der Diskussion nahm von den Gegnern ein Herr Köhler das Wort. Er bezeichnete die Forderungen der Arbeiter als übertrieben und empfahl als Allheilmittel, die Arbeiter sollten in der Jugend sparen, dann seien sie im Alter nicht auf Almosen angewiesen. Dilling rügte die Anordnung der Wahlzeit zu ungelegener Zeit. Jonas berichtete aus seiner Thätigkeit als Gemeindevorsteher. Als Kandidat zur Gemeindevertretung wurde Gustav Schulz vorgezogen und nahm derselbe auch an. Auf Antrag von Dilling wurde das Bureau beauftragt, beim Gemeindevorsteher dahin vorstellig zu werden, daß die Wahlzeit bis abends 8 Uhr ausgedehnt werde.

Berein der Mineralwasser-Arbeiter. Sonntag, den 9. März, nachmittags 3 Uhr: Essentielle Versammlung bei Franke, Sebastianstraße 39.

Localverband der Elektromonteur. Sonnabend, den 8. März, Versammlung im Vereinslokal, Kleine Andreasstr. 3.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Deutschrift über die Warenhaussteuer. Dresden, 7. März. (W. Z.) Zu der Frage der Besteuerung der Warenhäuser und Konsumvereine veröffentlicht die Staatsregierung eine umfangreiche Deutschrift, in der es u. a. heißt: Von 100 sächsischen Gemeinden mit über 1000 Einwohnern haben nur fünf von dieser Sondersteuer Gebrauch gemacht; deshalb liege keine Veranlassung vor, die übrigen 95 Kommunen zur Einführung einer solchen zu nötigen, zumal die Wirkung der Steuer in sozialpolitischer wie wirtschaftlicher Hinsicht zweifelhaft sei. Von einer gesetzlichen Regelung der Frage müsse man daher Abstand nehmen und die Einführung den einzelnen Gemeinden überlassen. Zugleich bespricht die Deutschrift die Vorgehen zur Stärkung des Kleinhandels. Wegen einer Proletarisierung könne nur ein korporativer Zusammenschluß der Lädtigeren, Vertrauenswürdigeren und Lebensfähigen helfen, um mit einem starken Wettbewerb in die Schranken treten zu können. Zum Schluß wird der Kleinhandel nochmals eindringlich auf eine thätigste Selbsthilfe verwiesen.

Deputiertenkammer. Paris, 7. März. (W. Z.) Humbert bringt eine Interpellation ein über den englisch-japanischen Vertrag. Der Minister des Aeußern Delcassé erklärt, der Vertrag könne die englisch-japanische Vertrag erstehe auch die französische Politik die Aufrechterhaltung der Integrität Chinas. Die Regierung werde es sich stets angelegen sein lassen, die Interessen Frankreichs zu wahren. (Beifall.) Die Kammer beschließt mit 338 gegen 190 Stimmen, die Beratung der Interpretation Humbert bis nach Erledigung der übrigen Interpellationen zu vertagen.

Abot befragt die Regierung über die Juderkonvention. Finanzminister Caillaud erwidert, alle Präzedenz für Juden seien abgeschafft. (Beifall.) Er glaube, daß vom Standpunkt der allgemeinen Interessen aus seit langer Zeit kein so bellames Werk geschaffen worden sei. (Beifall.) Alle auf die Juderkonvention bezüglichen Schriftstücke würden veröffentlicht werden.

Cholera unter den Mekka-Pilgern. London, 7. März. (W. Z.) Hier eingetroffenen telegraphischen Berichten zufolge hat die Cholera unter den Mekka-Pilgern zahlreiche Opfer gefordert. Bis jetzt sollen 110 Personen der Seuche erliegen sein.

Generalausstand vertagt. Mailand, 7. März. (W. Z.) Der Kongreß der Grubenarbeiter hat mit 105 gegen 98 Stimmen beschloßen, den Generalausstand zu vertagen.

Como, 7. März. (W. Z.) Der Agriforscher Hauptmann Casati, der Befähigte Emin Paschas, ist gestorben.

Reichstag.

180. Sitzung vom Freitag, den 7. März 1902, nachmittags 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Uebernahme einer Garantie des Reiches in Bezug auf eine Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Morogoro.

Ein Antrag Müller-Julda (C.) mitunterzeichnet von Vertretern aller Parteien will den von der Kommission erhaltenen Bericht zur nochmaligen Prüfung an die Budgetkommission zurückverweisen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen. Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. Es folgt der Etat der Reichsschuld, Kap. Verzinsung.

Die Zinsen zur Bedeckung des Anleihebedarfs werden debattelos genehmigt.

Zum Post-Etat wird die Resolution Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) mit großer Majorität angenommen, welche die verbündeten Regierungen ersucht, die erforderlichen Mittel für weitere 1000 etatsmäßige Postassistentenstellen in den Etat für 1902 einzustellen und die Bereitwilligkeit hierzu vor der dritten Lesung dem Hause mitzuteilen.

Die Einnahmen des Etats der Expedition nach Ostasien werden dem Antrag der Kommission entsprechend bewilligt. (Die Kommission hat als erste Instanz der Entscheidung von China 10 998 000 M. den Einnahmen hinzugefügt.)

Es folgt der Etat der Zölle, Kap. Einnahmen. Die Kommission beantragt, als Einnahme einzusetzen 483 651 000 M.

Ein Antrag Büsing (natl.) will entgegen diesem Vorschlage den betreffenden Titel in dem im Etat vorgeschlagenen Betrage von 471 651 000 M. (12 000 000 M. weniger) bewilligen.

Abg. Büsing (natl.): Das Streben der Kommission, den Rest der Zuchthausanleihe zu beseitigen, ist ja durchaus anerkanntswürdig, aber der hier eingeschlagene Weg der Erhöhung der Zolleinnahmen ist doch sehr bedenklich. Die Ernte braucht mir besonders günstig auszufallen, dann ist von einer Steigerung der Einnahmen aus den Getreidezöllen keine Rede. Will man die Zuchthausanleihe durch Erhöhung der Einnahmen beseitigen, so könnte man ja auch die Matrizenbeiträge um 12 Millionen erhöhen, das ist aber ebenfalls sehr bedenklich. Wir verlossen mit dem Beschluß der Kommission die Bahnen einer gesunden Finanzpolitik und ich bitte Sie dringend, meinen Antrag anzunehmen.

Reichssekretär Herr v. Thielmann: Ich persönlich stehe durchaus auf dem Standpunkt des Herrn Abg. Büsing, daß durch den Vorschlag der Kommission eine große Unsicherheit in den ganzen Etat hineinkommt. Es mag ja ein gewisser Grad der Wahrscheinlichkeit vorliegen, daß die Getreidezölle-Einnahmen im Jahre 1902 den Etatsanschlag übersteigen werden, aber andererseits ist zu bedenken, daß bei der Zuchthausanleihe die Wahrscheinlichkeit gerade für das entgegengesetzte vorliegt. Die verbündeten Regierungen sind aber zu dem Entschlusse gekommen, daß der Unterschied zwischen dem Kommissionsbeschluß, wonach den Einnahmen 12 Millionen Mark zugefügt werden sollen und dem Antrag Büsing, der das nicht will, aber dafür durch eine Anzahl Fiktiozen treffen will, das etwaige Mehreinnahmen zur Verminderung der Zuchthausanleihe zu verwenden sind, kein sehr ins Gewicht fallender ist. Die Regierung wird deshalb, falls der Antrag der Kommission angenommen wird, dieser Fassung des Etats nicht widersprechen.

Abg. v. Waldow-Reichenstein (L.) spricht sich für den Antrag Büsing aus.

Abg. Speck (C.) bittet um Annahme des Kommissionsbeschlusses.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Budgetkommission gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen angenommen.

Beim Etat des „Bankwesens“ wünscht Abg. Dr. Arendt (Sp.) baldige Vorlegung des Geschäftsberichtes der Reichsbank und bemängelt, daß dem Reichstag immer noch keine Mitteilung darüber zugegangen sei, wie hoch sich das finanzielle Ergebnis des verflohenen Jahres beläuft.

Der Etat wird bewilligt; ebenso eine Reihe weiterer Reste aus kleineren Etats.

Es folgt das „Etatgeleis“; auch dieses wird nach dem Kommissionsbeschluß debattelos genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (1. Zweite Lesung des Entwurfs betr. den Schutz des Genfer Neutralitätszeichens. 2. Dritte Lesung des Etats.)

Schluß 3/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Branntweinsteuer-Kommission

Der Reichstag setzte am Donnerstagabend die Verhandlung über die Branntwein-Staffelung fort. Abg. Lude (Varnub.) bekämpft den Vorschlag des Abg. Speck, die kleinen Brenner bis zu 300 Hektoliter Erzeugung freizulassen. 150 Hektoliter für den Beginn der Stala seien eigentlich noch zu viel. Abg. Dietrich (L.) spricht sich im gleichen Sinne aus. Sächsischer Bevollmächtigter Dr. Müller spricht sich entschieden für eine mit 300 Hektolitern beginnende Stala aus. Ministerialdirektor Ritter von Geizler schließt sich den Ausführungen seines sächsischen Kollegen an.

Abg. Dr. Semler (natl.) wünscht Stetigkeit in der Spiritus-Industrie. Die Brennstoffe reize aber zur Reproduktion an. Redner bekämpft den Antrag Dietrich auf Einführung einer mit 2 M. bei einer Erzeugung von 150 Hektolitern beginnenden und mit 8 M. bei einer Erzeugung von mehr als 2000 Hektolitern ausbleibenden Brennstoffe. Die Zunahme des Konsums des gewerblichen Spiritus werde damit nicht Schritt halten. Der Antrag Dietrich bezwecke eine Brennstoffsteuer auf Vorrat im Interesse der Spirituszentrale. Zu Gunsten der Kartoffelbrenner dürften die anderen Kategorien nicht geschädigt werden. Redner empfiehlt einen Antrag Müller-Julda, der die Brennstoffsteuer bei einer Erzeugung von über 200-300 Hektolitern mit 2 M. anfangen und bei einer Erzeugung von mehr als 1700 Hektolitern mit 6 M. eiden lassen will. - Abg. Speck amendiert diesen Antrag Müller-Julda dahin, daß die Stala mit 300-400 Hektolitern beginnen soll. - Abg. Müller-Julda empfiehlt zunächst seinen Antrag ohne das Amendement Speck, hält aber auch diesen Abänderungsantrag noch für acceptabel. Abg. Dietrich (L.) bekämpft den Antrag Müller-Julda und das Amendement und nimmt die Centrale gegen Semler in Schutz. Abg. Camp (Sp.) bestreitet, daß das Gesetz auf Begünstigung der Kartoffelbrennereien zugeschnitten sei. Die gewerblichen Brenner hätten sich durch die Denaturierung der Verbrauchsabgabe entzogen. Der Antrag Müller-Julda sei eine Begünstigung der gewerblichen Brenner auf Kosten der landwirtschaftlichen. Herr Müller-Julda sei „immer mal so, mal so!“ (Heiterkeit). - Abg. August (D. Sp.) giebt zu, daß 1887 die Kontingente der gewerblichen Brenner zu hoch bemessen worden seien. Aber jetzt sei es nicht mehr angängig, diesen nun einmal bestehenden Brenneren durch eine übermäßige Brennstoffsteuer den Lebensboden abzuschneiden. Die Brennstoffsteuer dürfe doch nur denen abgenommen werden, die sie nachher als Denaturierungsprämie wieder zurückverleihen. Das sei erst von 300 Hektolitern an möglich. - Abg. Dr. Baasche (natl.) erklärt sich für den Beginn der Stala bei 100 eventuell bei 200 Hektoliter Erzeugung.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Fraktionsführers Arenberg, welcher die Erzeugung über 100 bis 300 Hektoliter mit je

2 Mark, über 2000 Hektoliter mit je 8 Mark Brennstoffen belasten will, mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Dietrich mit einer Brennstoffsteuer von 8 Mark auf eine Erzeugung von über 2500 Hektoliter mit allen gegen 5 Stimmen. Der Antrag Dietrich, der eine mit 2 Mark bei einer Erzeugung von 150 bis 300 Hektoliter beginnende und mit 8 Mark bei einer Erzeugung über 2500 Hektoliter endende Brennstoffsteuer einführen will, wird allen mit gegen 6 Stimmen abgelehnt. Schließlich wird ein Antrag Müller-Julda, amendiert durch einen Antrag Speck mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen, der die Stala mit 300-400 Hektoliter Erzeugung und 2 M. Brennstoffsteuer beginnen und mit 1700 Hektoliter und 8 M. Brennstoffsteuer enden läßt. Darauf vertagt sich die Kommission auf nächsten Mittwoch, nachdem Abg. Dr. Müller-Sagan angeregt hat, während der Reichstagsferien weitere Sitzungen der Branntweinsteuer-Kommission abzuhalten, was mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt wurde.

Der Kongreß zu Tours.

Tours, 5. März 1902.

Dritter Verhandlungstag.

Nachmittags-sitzung, Beginn 3 Uhr.

Vorsitz: Gérault-Richard, Chefredacteur der „Petite République“, Abg. Journier und Ballet.

Die vollständige Delegiertenzahl beträgt 92, darunter 19 Delegierte der Seine-Föderation (Paris) und, so weit mir die Namen bekannt sind, weitere 24 Pariser, die verschiedene Provinz-Föderationen vertreten, also fast die Hälfte der Delegierten (und vielleicht die Mehrheit derselben) sind Pariser. Fünf Pariser vertreten neben anderen Föderationen die westindische Insel Guadeloupe und einer derselben Pariser obendrein noch die Insel Martinique.

Der Kongreß beschließt, die gestern votierte Prinzipienklärung sofort in Druck zu geben, damit die Delegierten vor Schluß des Kongresses, der heute Abend erfolgt, dieselbe nach Hause mitnehmen können. Sie soll in Form eines Plakats in 5000 Exemplaren gedruckt werden.

Es sind zwei Begrüßungsdepeschen eingelaufen, eine aus Alg., die andre aus Rouen. Am ersten Verhandlungstage war noch eine Begrüßung aus Genu eingelaufen.

Die Depesche aus Rouen bittet zugleich um Festsetzung des Ortes des nächsten Kongresses in Rouen. Aus diesem Anlaß eröffnet man sofort eine Debatte über den Tagungsort des nächsten Kongresses, da die Programmkommission mit der Anberaumung eines Minimalprogramms noch nicht fertig geworden ist. Nachdem ein Redner für Rouen gesprochen, wird noch eine 7gliedrige Kommission zur Revision der Parteistatuten gewählt. Die Debatte über den Tagungsort ist sehr lebhaft und dauert etwa eine Stunde, da mehrere Städte sich darum bewerben. Es kommt schließlich sogar zur Abstimmung nach Mandaten. Gewählt wird Bordeaux mit 81 Mandaten gegen 52 für Rouen und 18 für Lens bei einigen Enthaltungen. Das genaue Datum wird vom künftigen Komitee festgesetzt werden, es wird nur beschlossen, daß der nächste Kongreß vor dem Internationalen Kongreß 1903 stattzufinden hat, also August 1903.

Wallot beantragt eine von 26 Delegierten unterzeichnete Resolution gegen die Annahme von Ordenszeichen durch Sozialisten und gegen die Unterscheidung von Ordensgeheimen durch sozialistische Deputierte.

Parsons spricht gegen den letzteren Punkt der Resolution: die sozialistischen Deputierten würden dadurch gegenüber anderen Deputierten in Nachteil versetzt werden, was „für unsre Ideen unheilvoll“ wäre. Nachdem zwei weitere Delegierte für die Resolution gesprochen, ergreift Parsons wieder das Wort: Wozu, sagt er, undurchsichtbare Motationen votieren? Mögen sich doch bougeoise Wähler mit sozialistischer Hilfe behandeln lassen! Da unsre Partei Anspruch habe, in die öffentlichen Körperschaften zu dringen, so müsse man auf die nach rückständigen Wähler Rücksicht nehmen.

Abg. Krauß-Lyon bittet um Annahme der ganzen Resolution. Das würde die Deputierten von einer Menge Vorkämpfer befreien. Es giebt sogar auch revolutionäre Kameraden, die uns Deputierte auf den Kongressen kritisieren und dann unter vier Augen uns um Vergünstigungen bei der Regierung bitten: „Gehen Sie zu Kaiserland! Gehen Sie zu Doudin!“ Befreit uns doch davon! Wenn wir die Minister mit Empfehlungen und Gesuchen umfärmen müssen, so sind die Minister unsre Herren!

Gérault-Richard tritt ein für eine Ausnahme zu Gunsten der „Ehrenmedaillen für alte Arbeiter“. Man könne doch nicht in einemfort für die Wiedergeburt der Menschheit arbeiten.

Rodrigues wendet sich gegen den Vordrucker: Die Ehrenmedaillen machen die Arbeiter nicht satt.

Vazire: Diese Medaillen sind ein Zeichen der Hingabe, des gehorsamen Dienstes während 30 Jahren.

Ein Delegierter aus Bordeaux: Diese Medaillen werden den Arbeitern gegeben, die ihre Kameraden 30 Jahre lang bespöttelt haben. Ich könnte solche Spittel nennen, die soeben in Bordeaux von Müller and medalliert wurden.

Vorsitzender stellt zur Abstimmung die Annahme der Resolution „im Prinzip“ mit Zurückweisung an die Kommission.

Rozier, Pariser Gemeinderatsmitglied, einer der Unterzeichner jener Resolution, stellt nun anstatt derselben einen „radikaleren“ Antrag auf Einbringung eines Gesetzentwurfs betreffs Abschaffung aller Ordenszeichen, eines Entwurfes, der selbstverständlich vom Parlament abgelehnt würde.

Der Antrag Rozier wird angenommen. Ein Teil der Delegierten protestieren, worauf auch die Resolution Wallot endgültig angenommen wird. (Auf: „Ein platonisches Votum!“)

Thizon stellt namens der Kontrollkommission und des General-Komitees einen Antrag auf Ausschluß des Pariser Gemeinderats-Mitglieds Ernest Moreau, der einen organisierten sächsischen Arbeiterklub mit einer einträglichen Ausbeutung hat bestrafen lassen aus personlicher Feindschaft, einer Folge der Wahlagitation. Seither hat Moreau, nachdem das Komitee den Ausschlußantrag gegen ihn beschloffen, die Gewerkschaftsmitglieder des genannten Cercus unablässig bei der Präfelur demütigt und manche Wahlregelungen erzwirkt.

Voguel beantragt, über den Ausschlußantrag zur Tagesordnung überzugehen, da Moreau bereits aus der Partei nebst seinem Wahlkomitee ausgeschieden sei, sich also selber ausgeschlossen habe und gegenwärtig sogar offen einen Bourgeois-Kandidaten unterstütze. Wozu also ihn ausschließen?

Wallot tritt mit gegen Voguel, daß Moreaus Wahlkomitee sich „autonom“ erklärt habe. Es sei wirklich zu leicht, sich als eine autonome Gruppe aufzutun.

Ein Delegierter spricht gegen den Ausschluß, weil der Kongreß sich nicht mit Personensfragen zu befassen habe.

Schließlich wird Moreau mit allen gegen zwei Stimmen ausgeschlossen.

Thizon berichtet hierauf über den Fall der sechs Abgeordneten, die die China-Expeditionstruppen beglückwünscht haben. Es sind das die Abg. Bourdeau, Krauß und Collard-Lyon, Poliz-Villestange (Rhône), Ferrero-Loulou und Legitimus-Guadeloupe. Auf die Beschwerde der Föderation der Unteren Normandie hin hat das Generalkomitee einstimmig ein Tadelvotum gegen die Sechse votiert. Dann hat das Komitee mit 28 gegen 11 Stimmen bei 1 Enthaltung die betreffenden Föderationen eingeladen, vor dem Kongreß zu Tours einen Entschluß zu treffen, und eventuell beschloffen, falls die Föderationen keine Antwort gebe oder eine ungenügende Maßregel treffe, die Angelegenheit vor den Kongreß zu bringen. Die 11 Gegenstimmen wollten ohne weiteres beim Kongreß

den Ausschluß beantragen wissen. Legitimus war während der Abstimmung abwesend (in der französischen Kammer stimmt man für Abwesenheit), aus der Insel Guadeloupe ist noch keine Antwort eingetroffen. Die Föderation von Bar (Ferrero) antwortete, ihr Deputierter hänge nur von ihr selbst ab, das Generalkomitee habe nichts dreinzureden, sonst würde sie die Partei verlassen (das ist inzwischen geschehen). Die Föderationen von Rhône und Gironda haben noch nicht geantwortet. Das Generalkomitee stellt von sich aus keinen Antrag in dieser Angelegenheit.

Gaudrille beantragt den Ausschluß der sechs Deputierten. Sie können nicht als Sozialisten betrachtet werden, nachdem Sie den Internationalismus so schroff verleugert haben. Es mag noch hingehen, wenn die Deputierten für Militärkredite stimmten, weil die Partei bisher kein Programm besessen hat.

Clauzel beantragt den Uebergang zur Tagesordnung, da die Statuten heute schon so werden abgeändert werden, daß die Kontrolle über die Abgeordneten den einzelnen Föderationen überlassen bleiben soll.

Gamelles-Bordeaux: Die Föderation der Gironda verpflichtet sich, über den Fall Tours eine Entschluß zu treffen gemäß den sozialistischen Prinzipien.

Parsons: Ferrero hat die Chinesen beglückwünscht aus Rücksicht auf seine Wähler, die Arbeiter von Toulou, die an den Kriegsrüstungen interessiert sind. Man muß sich fragen, ob solche Abstimmungen doch nicht manchmal notwendig sind, da die Wähler noch nicht sozialistisch durchgebildet sind.

Abg. Krauß giebt Aufklärungen über das Votum unter Hinweis auf die parlamentarischen Trübsal bei Abstimmungen, die viel Verwirrung anrichten. Er und Collard seien übrigens während des Votums abwesend gewesen, was er beweisen könnte. Sie seien damals beide in Lyon gewesen. Er teilt ferner mit, daß die Föderation der Rhône ihre drei Abgeordneten getadelt habe, ohne freilich den Tadel bisher bekannt gemacht zu haben. Er werde sich als „hingebender Sohn des Sozialismus“ dem Kongreßbeschlusse unterwerfen. (Beifall.)

Thizon beantragt die einfache Tagesordnung. Vien spricht dagegen und für den inzwischen zurückgezogenen Antrag Clauzel nebst einem Zusatz, der das „Bedauern“ des Kongresses ausdrückt.

Abg. Viviani, der gegen die Beglückwünschung der Truppen gestimmt, tritt für die einfache Tagesordnung ein: Die Verwirrung genügt. Die sechs Abgeordneten sind ja bereits getadelt worden. Ihre sonstigen Abstimmungen waren im ganzen korrekt.

Gaudrille zieht seinen Ausschlußantrag zurück und beantragt unter Anruhe ein Tadelvotum.

Der einfache Uebergang zur Tagesordnung wird mit großer Mehrheit gegen 3 Stimmen bei einer Anzahl Enthaltungen votiert.

Auf Thizon's Antrag wird dem Komitee zur Erwägung überwiesen die Einführung von gleichzeitigen Agitationsveranstaltungen in einer und derselben Region nach belgischem Muster.

Ein Antrag auf Herausgabe von Agitationsbroschüren zu 5 Cts. wird der Rechtskommission überwiesen.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Schluß-Sitzung, Abends 10 Uhr.

Abg. Journier berichtet über die Statutenänderung.

Dem Namen der Partei wird beigefügt der Untertitel „Föderative Einigkeit“. Das Generalkomitee erhält den Namen „Internationaler Komitee“ und ihm werden seine bisherigen Kontrollrechte genommen; fortan steht ihm lediglich die Verwaltung und die Organisation der Agitation zu. Die Kontrolle über die Deputierten wird den einzelnen Föderationen übertragen. Gelangt an das Komitee eine Beschwerde gegen einen Deputierten, so hat er dieselbe ohne weiteres der Föderation, welcher der betreffende Deputierte angehört, zu übermitteln. Der Kongreß entscheidet dann eventuell als höchste Instanz. Die Kammerfraktion wird im Komitee durch einen Delegierten vertreten sein. Die Kontrolle über die Presse fällt fort, da die Partei kein Organ hat. Die Kammerfraktion wird sich mit dem Komitee verständigen betreffs der Agitation und der Entsendung von Deputierten nach Streitstätten. Die Vertretungsabstufung für den Kongreß wird in der Weise abgeändert, daß fortan die Wahlstimmen etwas weniger reichlich mit Deputierten bedacht werden sollen zu Gunsten der Verrechnung der Delegiertenzahl für die beitragsleistenden Mitglieder, 1 Delegierter soll fortan auf 100 zahlende Mitglieder oder eines Bruchteils davon kommen (bisher 200 bzw. ein nicht unter 100 Mitgliedern betragender Bruchteil), dann 1 Delegierter auf 2000-7000 Stimmen, 2 Delegierte auf 7-15000 Stimmen usw. (bisher 1 Delegierter auf je 5000 Stimmen oder ein Bruchteil von 2000 Stimmen und mehr). Auf diesem Kongreß kommen nach Renaudels Angabe 62 Delegierte auf die Wahlstimmen und bloß 80 auf die zahlende Mitgliedschaft. Schließlich sei erwähnt, daß Kandidaten das Parteiprogramm zu unterzeichnen und als Wahlschiffe anzuschlagen haben, immer unter der Kontrolle der Föderation.

Dies die wesentlichsten Statutenänderungen. Für eine erst im Entstehen begriffene Parteiorganisation mit einer sozialistisch wenig durchgebildeten Mitgliedschaft (abgesehen etwa von einigen wenigen Föderationen) und ohne Parteiorgan bedeutet die föderalistische Lockerung des Parteizusammenhangs hauptsächlich die statutenmäßig festgelegte Desorganisation und zugleich die Wegünstigung des Opportunismus in jeder Form. Für letzteres sorgen freilich noch stärker die programmatischen und inhaltlichen Weichheiten des Kongresses.

So wurde in der Schlußsitzung der Antrag Renaudels abgelehnt, der die Bestätigung der einstimmig votierten Resolution des Pariser Internationalen Kongresses betreffs Wahländerung verlangte. Und doch läßt jene Resolution den lokalen Organisationen einen weiten Spielraum für zeitweilige Wahlartikelle. Renaudel begründete seinen Antrag mit dem Hinweis auf die bereits im Hinblick auf die kommenden Kammerwahlen abgeschlossenen Wändnisse zwischen Sozialisten (Ministerialisten) und Radikalen. Weitere Wändnisse sind eben im Gange, und sie äußern sich unter anderem darin, wie ich hinzusetzen will, daß die ministerialistischen Sozialisten unter der Bedingung der Gegenleistung in gewissen radikalen Wahlkreisen keine Kandidaten aufstellen!

Hingegen votierte der Kongreß die folgende von Mesnard (Dreux-Esbros) beantragte Resolution: „In allen Wahlen beim zweiten Wahlgang sind es einzig die Föderationen, die unter Berücksichtigung der republikanischen Disziplin und ohne irgend etwas von den Parteigrundfäden aufzugeben, auf ihre eigene Verantwortung zum besten Vorteil des Proletariats handeln.“ Diese Resolution wurde votiert mit 21 gegen 16 für Renaudels Antrag abgegebene Stimmen, in Abwesenheit der 15 Programmkommissions-Mitglieder. Die größere Hälfte der Delegierten haben sich also der Stimme enthalten. In der kurzen Debatte war natürlich wieder die „Autonomie“ der Föderationen zu Gunsten der Resolution Mesnard ins Feld geführt worden.

Hierauf berichtet Abg. Rouquet über das von der Kommission ausgearbeitete

Minimalprogramm.

Der neue Entwurf verändert den bezüglichen Entwurf des Generalkomitees in einigen wesentlichen Punkten. Bemerkenswert ist die überflüssig vorfindige und die Hauptforderung abschwächende Einfügung von eventuellen behärdeneren Forderungen. So in Bezug auf den Achtstundentag wird die eventuelle „publizäre“ Forderung einer nicht näher bestimmten Verkürzung der Arbeitszeit aufgestellt; der Milizenforderung wird die Reihenforderung der Verkürzung der Dienstzeit als eventuelles Surrogat angehängt; die „soziale Versicherung“ soll ohne Lohnabzüge organisiert sein, aber auch event. mit Lohnabzügen im Betrage 1/3 der Versicherungskosten, die

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum
Friedrich-Strasse 165.
Neu! Präsident Roosevelt
Miss Alice Roosevelt.
Neu! Italienische Konzert-
Kapelle 'Humberto' a. Venedig.
Neu! Der Boerenkrieg!
Nieuwmomentbilder aus dem
Transvaal-Kriege, nach der
Natur aufgenommen.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Nachmittags 4 Uhr: Keine Briefe.
Max und Moritz.
Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Gutnot.
Minna Nichetti a. G.
Sonntagnachmittag 3 Uhr bei kleinen
Preisen: Othello, der Mohr von
Venedig. — Abends 7 1/2 Uhr: zum
zweitenmal: Gasparone.

Metropol-Theater
Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer pracht-
voller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Burleske Ausstattungssposse mit
Gesang und Tanz in 1 Vorspiel
und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Frauchens Geburtstagstisch.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Palast-Theater
(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.
Das neue große
März-Programm!
12 neue Nummern.
Großer Erfolg!
Jack u. Merry, Fanny Bohrens,
Richards-Truppe, Charles-Trio,
Fredoff.
Neu! Dazu um 8 1/2 Uhr: Neu!
Die Weilschenfee.
Berliner Volksstück mit Gesang
in 3 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Billet-Vorverkauf v. 11-1 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Trouville.
Mit Sonbermann u. Ferd. Bornst.
Rizzi Birtner, Nola Marton.
Hierauf: Cr. Lebensabiss in
1 Akt.
Adele Hartwig u. Leopold Thurner a. G.
Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Die alte Dorf-
kirche.

Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr,
Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Beginn des Abendsprogr. 8 Uhr.
Der kleine Cohn
ist da!
Burleske in einem Akt.
Der Bajazzo und sein Kind.
16 erstklassige
Spezialitäten 16

Trianon-Theater.
Georgenstrasse,
2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr.
Zum 105. Male: Coralle & Co.
Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.

Indische Menagerie
im Exerzierhaus
(am Brenzlauer Thor)
Voßringstr. 1-7.
Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6
und 8 1/2 Uhr. Dreifar mit Löwen,
Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie
Löwen-Ringkampf
und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.
Entree: I. Platz 60 Pf., II. Pl. 40 Pf.,
III. Pl. 20 Pf., Kinder unter 10 Jahren
und Militär ohne Charge zahlen auf
I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direktion: Frosse.

Architektenhaus
Wilhelmstr. 92/93.
Jeden Sonntag, abends 8 Uhr:
Volkstümliche
Dichter- u. Tonkünstler-Abends.
Num. Platz mit Garderobe
und Programm 50 Pf.
Nächsten Sonntag:
Heine-Abend.
(Hedwig Reicher, Leopold
Thurner, Philipp Spandow u. a.)
Billets: Buchhandlung Kanto-
rowicz, Potsdamerstr. 135, und
an der Abendkasse. 12/13
Lessing-Gesellschaft
für Kunst u. Wissenschaft. E. V.

E. von Wolzogens
Buntes Theater (Ueberbreth)
Köpnickerstr. 68.
Heute abends 8 Uhr a. a. „Batalions-
topf“ (Offiziers-Humoreske). —
„Nora-Parodie“. — „Strohwitwe“ —
„Strohwitwe“. — „Satirisches Schatten-
bänkel“. — Wiederauftreten von
Lina Abarbanell.

Schall und Rauch
(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Sonabend, 8. März, abds. 8 1/2 Uhr:
Gastspiel von Eman. Reicher.
Die Frau des Anderen, Komödie in
1 Akt von Latakö. Geschichten vom
toten Rabbi, improv. Soloscene von
Eman. Reicher. Serenissimus.
Zwischenspiele. — Bauern-
komödi. Abschiedssooper.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Wegen Privatfestlichkeit
keine Vorstellung.
Sonntag:
Schützenallee 1.

Casino-Theater.
Söthringstr. 37.
Ab 1. März vollständig neues er-
stklassiges Spezialitäten-Programm!
Dazu „Lustige Brüder“ mit
Nichter, „Chros“ mit Berg.
Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Mutterfegen.

Cirkus Schumann.
Heute Sonnabend, abds. präc. 7 1/2 Uhr:
Grande Solrée High-Life
500 Mitwirkende. 2 Musikcorps.
Mephisto
Große Ausstattungs-Pantomime
vom Hofballtänzer A. Siems.
U. a.: Ideal. — Gama-
verischer Halbhengst in der hohen
Schule in ganz neuer Art dressiert
und geritten von Dir. Alb. Schumann.
Neu! 7 She? Neu! die 4 Elemente.
L'écoyore lumineuse. In Feuer und
Blammen, ausgeführt von Jfr. Dora
Schumann. — Push-Ball, ameri-
kanisches Sportspiel, ausgeführt von
12 Amerikanerinnen und 10 Herren
der Gesellschaft. — Lawn-Tennis-
Sports-Doppel-Jongleure, Geschwister
Hodgins. — Revütät! Filz-Kinry,
avec son Acte oomique.
Sonntag: 2 große außerordent-
liche Gala-Vorstellungen. Nachm.
3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. In
beiden Vorstellungen, nachm. u. abends:
Auftreten Antifischer oben angeführten
Spezialitäten, sowie in beiden Vor-
stellungen die große Ausstattungs-
pantomime „Mephisto“. Nach-
mittags ein Kind frei.

Cirkus Busch
Sonnabend, 8. März, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Vorstellung. Klondike, D. j. j. j.
Pantomime des Cirkus Busch und die
neu engagierten Spezialitäten.
Sanssouci
Kottbuserstr. 4 a.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sängers
Nach jeder Solter:
Tanzkränzchen.
Sonntag Anf. des Konzerts
5 Uhr, der Vorp. 7 Uhr.
Entree 50 Pf. num. Pl. 75 Pf.
Wochentags Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sperre 50 Pf. — Tanz frei.
Bereitschaft gültig

Treptow.
Köpnicker Landstr. 27.
empfehlen seinen kleinen Saal,
250-300 Personen fassend, zu
jeder Art von Festlichkeiten.
Jeden Sonntag
Großer Ball.
Glad Bier 10 Pf., Große Weibe 25 Pf.
Reichhaltige Speisenkarte
zu sehr soliden Preisen.
6305*
R. Hohlwein.

Peek & Cloppenburg

Gertraudenstr. 26/27.
Neues Geschäftshaus für Herren-
und Knaben-Konfektion.
Verkauf nur gegen Bar zu festen Serienpreisen.
Im I. Stock: Räumlich gesonderte Abteilung für
Massschneiderei.

Sacco-Anzüge nach Mass . . . M. 36.-
Rock- „ „ „ . . . „ 40.-
Gehrock- „ „ „ . . . „ 50.-
Specialität unsres Hauses:
Anzug aus echt englischem Stoff „Dumfries Make“
M. 50.00.

Zweiggeschäfte in:
Amsterdam, Haag, Düsseldorf, Haarlem, Nymwegen, Leiden,
Rotterdam, Utrecht, Groningen, Arnheim, Leuwarden, Breda.



Trinken Sie gern
einen hochfeinen Cognac, Rum, Punsch oder Liqueur etc.,
unverfälschten
so bereiten Sie sich Ihre Getränke selbst mittels der echten,
unsererreichbaren, einzig dastehenden
Noa's Original-Extrakte (gesetzl. geschützt),
mehrfach prämiert mit goldenen und silbernen Medaillen.
Preis p. Fl. Extrakt, reichend bis zu 2 1/2 Liter u. mehr. 25, 35, 40,
50, 60, 75 Pf. etc. Vorrätig über 200 Sorten. Jeder verlange
gegen Einsendung von nur 20 Pf. in Marken 80seitiges illustriertes
wertvolles Rezeptbuch: Die Destillation und Brauerei im Haushalte
(8. Auflage) vom alleinigen Erfinder und Fabrikanten
Max Ed. Noa, Berlin N., Reineckendorferstr. 48.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sängers.
Anfang Wochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direction:
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. H. Hätt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Internationale Konzerte u.
Spezialitäten-Vorstellung
Tägl. Anstich des „Urbock“
Bockbier-Jubel u. Trubel.
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Schlosspark Wilhelminenhof,
Stadtbahn-Station Nieder-Schöneweide.
Jeden Sonntag: Grosses Bockfest, Konzert und Ball.
Ausverkauf Original-Hebock.
NB. Vereinen zu Sommerfesten bestens empfohlen. 3450Q*
Telephon: Amt Nieder-Schöneweide Nr. 23.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme
(Endstation der „Störn“-Dampfer)
Inhaber: Hermann Peter. Grünau Nr. 39.
Empfehle mein altes bekanntes, herrlich an Wald und Wasser gelegenes
Votat den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Kniffen.
Ausspannung und Dampfhege, Regeldauern, große Kaffeeküche.
Gute Küche und gepflegte Bierz zu soliden Preisen. 3577Q*

A. Stippekohls Restaurant
Köpenick, Schönerlindestr. 5.
Küche: Bestes Total. Für gute
Speisen u. Getränke ist bestens geforgt.
Zähne W. 2 an
beidseitige Zahnabnahme.
Olga Jacobson, 145 Invalidenstr.

„Zenfelssee“ In den
Wagelbergen. „Marienlust“.
Inhaber: C. Streichhahn.
Empfehle beide Volate mit großen Sälen und Gärten, jedes circa
3000 Personen fassend, mit Dampferbrücken, Stallungen für 40 Pferde etc.
3521Q*

PAGLIANO-SYRUP

Jede Flasche soll unsere Fabrikmarke mit dem Namenszug des Prof. Girolamo Pagliano tragen,
welche seit dem 12. Dezember 1895 beim Kaiserlichen Patentamt in Berlin eingetragen ist. 7/5*

Blutreinigungsmittel
Hergestellt seit dem Jahre 1838 von Prof. Girolamo Pagliano, Florenz,
via Pandolini (Italien).
Niederlage für Deutschland: Karl Hunnius, München.
Vor Fälschungen und Nachahmungen wird gewarnt.

Theodor Büsing

An der Spandauer Brücke 2
Nähe Bahnhof Börse u. Hackeschem Markt.

Specialhaus für Herren- und Knaben-Garderobe. Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder.

Abteilung für fertige Garderobe. Schuhwaren.

Einsegnungs-Anzüge 1- und 2reihig

in Diagonal, Kammgarn, Cheviot 10,50 12,50 15 M.
in reinwollenem Cheviot und Kammgarn 18 23
in hochfeinem Tuch, Drapé und Kammgarn 28 35

Herren-Jackett-Anzüge 1- und 2reihig

in schwarz, blau, braun Cheviot 12 14 17 19 M.
in mode und grauen Farben 21 23 26 29
in reinwoll. Cheviot u. Fantasie-Stoffen 35 39 42 49

Herren-Rock-Anzüge 1reihig

in Diagonal, Kammgarn und Cheviot 24 29 34 39 M.
in Fantasie-Cheviot und Kammgarn 45 49 54 59

Herren-Gehrock-Anzüge 2reihig

in Kammgarn, Diagonal und Cheviot 29 34 38 44 M.
in reinwoll. Cheviot u. Fantasie-Stoffen 49 54 60 65

Herren-Frühjahrs- und Sommer-Paletots

in hell, mittel und dunklen Farben 12 15 18 22 M.
in reinw. Fantasie-Cheviot u. Kammgarn 25 29 32 38

Herren-Beinkleider

in praktischen hellen und dunklen Farben 2,60 2,80 3,50 4,50 5,50 6,75 M.
aus reinwollenen Fantasie-Stoffen, sehr elegant 7,75 9,75 10,80 11,25 12,75 14,80

Special-Abteilung
für Anfertigung nach Mass
unter Garantie tadelloser Sitzes.

Jackett-Anzüge von 32 bis 65 M.
Rock-Anzüge 36 72
Gehrock-Anzüge 42 80
Herren-Paletots 25 60
Beinkleider 8,75 24

Knaben-Garderobe

Blusen-Anzüge aus blauem Cheviot mit Matrosen-Kragen 2 3,50 4,50 M. usw.
Blusen-Anzüge aus prima blauem Cheviot 5,75 6,50 8,50 9,75
Jacken-Anzüge aus blauem, grauem und braunlichem Buxskin 2 3,75 4,75 5,50 6,75
Schul-Anzüge aus sehr soliden, dauerhaften Stoffen 5,50 6,50 7,50 8,75
Marine-Anzüge aus blauem Cheviot mit Matrosen-Kragen 8,50 9,50 11,75 13,50
Pyjak aus blauem Cheviot 4,50 5,75 6,75 8,25

Für Damen.

Rossl. Knopf- u. Schnürstiefel 5,75 6,25 7,50 M.
Kahl. Schnür- u. Knopfstiefel 7,50 8,75 10,50
Chevreaux Knopfstiefel 8,75 10,75 13,50
Ziegenled. Knopf- u. Schnürstiefel in rot und braun 7,50 8,90 11,50
Box Calf u. Chevreaux Schnürstiefel, in feinsten Ausführung 9,75 10,75 11,50

Für Herren.

Zugstiefel, Ia. Strapazierstiefel. 4,90 5,90 6,90 8,75 9,50 M.
Schnürstiefel, eleg. Ausf. 7,90 8,50 9,50 11,50
Goodyear Welt-Zugstiefel 11,50 12,50 14,75
Goodyear Welt-Schnürstiefel 12,25 13,50 15,40 16,75
Schnallenstiefel 9,50 12,25 14,50 15,75

Für Kinder.

Rossl. Knopf- u. Schnürstiefel
genagelt, Handarbeit, bis 18 cm 3,25 M.
do. do. bis 22 cm 4,25
Pa. Wildrossleder Knopf- u. Schnürstiefel
genäht, elegante breite Form, bis 18 cm 3,90
bis 22 cm 4,90

Für Knaben.

Rossl. Schnürstiefel
genagelt, Handarbeit, 22 bis 25 cm 5,50 M.
Prima Wildrossleder-Schnürstiefel
genäht, elegante Façon, 22 bis 25 cm 6,90
Rindleder-Zugstiefel, genäht 5,50

Einsegnungs-Anzüge,

neueste Façons in blau und schwarz Kammgarn u. Cheviot.

Julius Lindenbaum,
Große Frankfurterstraße Nr. 141, Ecke Fruchtstraße. 34708

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Grobes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erkauflich billigen Preisen. **Dulaten Trauring, 900 gef.**, 1 1/2 Dulaten 15,50, 2 Dulaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. G. H. Rathenower Brillen, Vincenz, Opernplätzchen 33582

T. Stolz, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Berliner Hutbazar
größter
empfehlen sein enormes Lager in
Filz- und Seiden-

Hüten.

Prima Qualität, neueste Façons, elegante Anfertigung.
Jeder Filzhut 3 Mark.
61. Potsdamerstraße 61.

Benötigen Sie Rasier-, Taschen-, Brot-, Schlacht-, Tischmesser u. Gabeln, Scheeren, Haushaltungs-Artikel, Waffen, Waagen, Lederwaren, Albums, Bürsten, Pfeifen, Cigarren- und Cigarettenspitzen, so wenden Sie sich direkt an die Stahlwarenfabrik

Gebr. Wolfertz, Wald bei Solingen No. 33.

Katalog mit circa 2000 Abbildungen erhalten Sie gratis und franco.

Gleichz. vers. obige Firma, um jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit ihrer Waren zu überzeugen, ein **Silberstahl-Rasiermesser No. 30**, wie Zeichnung, mit **5jähr. Garantie**, fein honiggeschliffen, mit **Etuis**, fertig zum Gebrauch **30 Tage zur Probe**, zum Preise von **1,50 Mk. franco**. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen obiger Frist ein- oder das Messer retour zu senden. **Also kein Risiko.** Mehr wie ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!

Unerreicht billig
Unerreicht elegant
Unerreicht haltbar
Unerreicht sauber gearbeitet
Unerreicht gut sitzend
Unerreicht sich tragend
sind meine

Einsegnungs-Anzüge.

Carl Stier,
Berlin, Oranien-Strasse No. 166, **Potsdam,**
zwischen Oranienplatz und Adalbertstrasse. Nauenerstr. 23.

Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurationsverkauf Tredehofstraße 53, Heider. 140*

Materialwaren - Geschäft mit Kasse, fünfzehn Jahre bestehend, ist wegen andern Unternehmens preiswert veräußert. Blumenstraße 15, an Frankfurter Allee. 9918*

Kolonialwaren - Cbii, Gewürze, Geschäfte, verlegungslos sehr billig veräußert. Friedenstraße 35. 9918*

600 Kart. schon gelegene Parzellen, Ostbahn, Vorort, verkauft Hausverwaltung Brunnenstraße 151.

4 Baustellen, Vorort, herrliche Lage, 10 Minuten vom Bahnhof, Grundstücke 10 Kart. Schwante, Gohwitzer, Eichenbühlstraße 4. 9998*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Vierzehnjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Kart. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Berlinhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 10308*

Vierzehnjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen verkauft von 25,00 Kart an. S. Zensowitz, Alexanderstraße 22.

Knüge und Paletots nach Maß von 30,00 Kart an, wer Stoff hat 25,00 Kart. S. Zensowitz, Alexanderstraße 22. 10148*

Kolonialwaren 63 Damenjacken und Capes verkauft zu Fabrikpreisen.

Teppiche! (lebendige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dönhofsstr. 4, Bahnhof Börse. 1117*

Teppiche, Betten, Steppbetten, Gardinen, Kissen, Vorhänge, Regulatoren, Sportartikel, Verkauf Alexanderstraße 6, Teilzahlungen gebietet. 1*

Besteckerei, Fund von 45 Pf. an, edelsteinerne Wandarmleuchten, Fund 1,00. Fabriklager Wandbergstraße 37, I. 988K*

Teppiche mit Jardendekoren, Parkniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Vierzehnjährige (für) Zimmer Möbel, garantiert tadelloser, auch einzeln. Brautleute nur Gelegenheitskauf. Wusthofsplatz, Berlin 25,00, Salongarnitur, Wert 150,00, für 85,00, Tischchen 45,00, Korbstühle 4,25, Ausziehtisch 16,00, Salonisch 12,00, Salonkrone, Wuschelbetten, komplett 35,00, Büttel 100,00, Stühle 2,50, Gardinen, Fenster 3,00, Gebelkrant 65,00, gelochter Wuschelkrant, Bett 50,00, Schreibstisch, Betten, Regulator, Teppich, Truhen 28,00, Säulenpantelofen 65,00, auch Sonntags. Dresdenstraße 66, eine Treppe. 10398*

Steppbetten billigst Habrit waren Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Angelfisch verkauft sehr billig Wolfshaf, Eichenbühlstraße 35, Hof I.

Ein gut gebendes Material, Milch, Backwaren und Schinkenverkauf in Frankfurterstraße 9, parterre. 10166

Schaugeschäft mit Piano, Preis 1300 R., Miete 700, sofort veräußert. Bassend für Parteilosen. Rummelsburg, Rantstraße 41. 10145

Kanarienvoller, Buchweizen, Dettfische 1,50, Seife, Papageien, Buchstaben billig, sprechende Papageien Richter, Drahleubstraße 87. 10098*

Handeln Sie gern, wenn Sie etwas kaufen? Nein! Aber bei Herrenanzügen, Einsegnungsanzügen, Knabenanzügen, handeln Sie da auch nicht? Ja, da muß man ja handeln, in diesen Geschäften muß man sogar tüchtig handeln und dann fällt man auch noch rein. Wägen Sie ein Geschäft wilsen, wo Sie Preis sind und Sie sehr gut kaufen? Ja, gewiss, gern, wo ist denn das? Zimmstraße 85, Hermann Schellinger. Kann man sich auch wirklich darauf verlassen, wird niemanden etwas abgefallen, gibt's auch gute Sachen? Es gibt da absolut nichts abzugeben und die Waren sind sehr gut. 10508*

Nachbaumöbel und Küchen-einrichtung spottbillig Gartenstraße Nr. 148, I links, Vorderhaus. 1137*

Musikwerke mit anderselbaren Notenrollen, für Restaurateure Musikautomaten, geringe Teilzahlung. Rurberg, Vondobergerstraße 13. 1*

Kanarienvoller, Buchweizen, Auswahl Brandt, Holzmarktstraße 9.

Garderobehaus Kähles, Große Frankfurterstraße 16. Elegante Herren- und Knaben-Garderoben, Sport- und Vermisselbildung, verbunden mit eleganter Maßanfertigung. Kagan Kähles. 10528*

Einsegnungs-Anzüge, elegant fertig und nach Maß. Garderobehaus Kähles, Große Frankfurterstraße 16. 10538*

Fahrräder, verlässige, enorme Auswahl in Markenrädern und Qualitätsmaschinen ersten Ranges im Fahrradgeschäft, Neue Schönhauserstraße 11. Brennabrad, Dampfpöcher, Opelräder, Motorräder, Herculesräder, Gebrauch- und neu. Weltgeschäfte Coulanz beim Verkauf vieler Fahrräder in Geschäftenprinzip, ferner Billigkeit, Solidität und Umtausch. Kellere Fahrradmodelle spottbillig. Vorgesellschaftung erster Fahrradgeschäft, Neue Schönhauserstraße 11.

Restaurations zu verkaufen. Rosenthalstraße 40. 10215*

Restaurations, volle Konzession, fränkischer Keller spottbillig zu verkaufen. Stephanstraße 53. 141

Rähmaschine, große (Einger), verkauft Lehmann, Kolbergerstraße 8. Preis 20 Mark. 1471

Unfallfassen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steglitzerstraße 65. 8105

Briefmarken - Sammlung kauft Brok, Klopffstraße 21. 1475

Union Jahrbücher, Brunnenstraße 42. Jährlich 9000 verschiedene Patienten. Dr. dental surgery Richter. 4415

Kassenfreie jährliche Behandlung, Zahnärztliche Behandlung, Zahnärztliche Behandlung, Chausseestraße 1a. 10298*

Wer Stoff hat? Herrliche Herrenanzüge mit Futterläden 15 Mark. Wagner, Schneidemeister, Frankfurterstraße 59, III. 9225*

Abkettion! Wer sich über die rechtliche Verantwortung seiner Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Diebstahl, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierärztlichen Verein Berlin, Rönigstraße 108. Darlehen können auch Akkreditoren für Beiträge in Arbeitervereinen oder Abkettion befreit werden. Nur gültigen Abdruck wird gegeben. 1618*

Schlaflos, alte Möbel kauft Ejarus, Androsstraße 57. 10278*

Goldfäden, Silber, Zahnstiche kauft Brunnenstraße 137, Udenmacherladen. 9455*

Hochbahnstation Drahnenstraße Parteilosen empfohlen. Reparatur Uml. Woin, Wienerstraße 7, gegenüber Bahnhof. 124*

Zaal mit Bühne, 300 Personen fassend, zu vergeben, auch Sonntag. Drahnenstraße 180. 8355*

Zwei große schöne Bettenzimmer mit Piano empfiehlt Paul Ullrich, Warschauerstraße 61. 146*

Bereitschaft, Restaurateur Kautz, Karlsruher 47. 10125*

Hilfe im Rechtsbureau, Klagen, Geldgeschäften, Unfall, Invalidität, Steuerfachen, Rat in Civil- und Strafsachen, gewissenhaft, billig. Vertretungen. Antiquarier I und II - Ueberlegungen. George, Redacteur, Bücherei 2. 10518*

Gnadenstücke, Straßenschub, Eingaben, Klagen, Schenkerlaubnis, Rechtsbureau Drahnenstraße 17.

Geldgeschäfte jeder Art vermittelte streng reell, auch auswärts (schriftlich). Glend, Vondoberstraße 16.

Gangbare Geschäfte jeder Art habe zum Verkauf für Berlin, auch auswärts einzelne mit Verwaltung. (Reklamationen schriftlich) u. Glend, Vondoberstraße 16. 10198

Gefährdungs, Interventions-, Steuererlässe, Unfallversicherungen, Kauterleistung, Vitenstraße 36. 1306

Platina, Gold, Silber, Gebirge, alte Uhren kauft zu höchsten Preisen Brod, Wrangestraße 4. (Jahrgeld wird vergütet.) 12/14*

Goldbildhauer Lehning verlangt Geng, Kopenkrasse 60. 145*

2 tüchtige Bauarbeiter werden verlangt. Reif, Hermsdorf, Seebadstraße 1. 10206

Plattirinnen auf Rußblusen verlangen im Hause Gebrüder Raden, Burgstraße 7. 12/11*

Am Arbeitsmarkt durch besonderen Druck herbeigehende Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

2 perfekte Gesellarbeiter,
1 perfekter Malaccorbr-Arbeiter,
nur nachwählbar tüchtige Leute,
laut Rohmöbelfabrik
Oberwartha bei Dresden.

Achtung! Achtung!
Modelltischler!

von der Union, Elektricitäts-Gesellschaft, Noabit, sowie von der Firma Ludwig Löwe, Maschinenbau, Eckert, Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, Friedrichberg, und Schrepp, Berliner Modellfabrik, Kalkstein-Stein, Jachmann, Eisenwerke, verfertigte Drahnenstraße, und sämtliche Modelltischler aufgegeben. Von Modelltischlereien Kartholz, Drahnenstr. 23, Dietrich, Chausseestraße 52, Garbe, Wasserstraße 30, und Horn, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 108, sind Aufträge aus der Union* zugegangen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 7. März 1902.

Die Physiognomie der Börse hat in der vergangenen Berichtswoche sich kaum verändert, nur ist die Stimmung noch zurückhaltender geworden. An Spekulationslust fehlt es auch jetzt noch nicht, und wie der gestrige Verlauf zeigte, machen sich, sobald der Horizont nur ein etwas weiteres Aussehen gewinnt, sofort neue Versuche zur Steigerung der Kurse bemerkbar; aber die Lage auf dem Industriemarkte, besonders die zunehmende Schwierigkeit des Abfahrs der Rohstoffe, wirken dem doch ernüchternd auf die Auffassung der Geschäftssituation ein. Tatsächlich scheint man doch allmählich in manchen Kreisen zur Ansicht zu kommen, daß es für die anhaltenden Kurssteigerungen, wie sie im Januar und in den beiden ersten Wochen des Februar stattgefunden haben, an genügender Veranlassung fehlt, wenigstens hat die Spekulation mehrfach Realisationen vorgenommen. Mitbestimmend für die Zurückhaltung waren die Nachrichten über die matte, widerspruchsvolle Tendenz der New Yorker und der Londoner Börse sowie Meldungen über eine Verschlechterung der Lage des amerikanischen Eisenmarktes.

Den schon im vorigen Bericht erwähnten Bankbilanzveröffentlichungen sind in der vorigen Woche verschiedene andere gefolgt, unter denen speziell der Jahresabschluss des Schaafhausenschen Bankvereins und der Darmstädter Bank (Bank für Handel und Industrie) ein größeres Interesse beansprucht. Auch diesen beiden Banken ist ihre enge Verknüpfung mit industriellen Unternehmungen verhängnisvoll geworden. Die Bilanz des Schaafhausenschen Bankvereins weist einen Reingewinn von 6 555 574 M. gegen 4 776 730 M. im Vorjahr auf; als Dividende werden 5 Proz. (im Vorjahr 7 1/2 Proz.) vorgeschlagen. Der Ausfall wird hauptsächlich, wie bei den meisten im vorigen Wochenbericht erwähnten Banken, durch die Veränderung des Effektencontos herbeigeführt, das nach Abschreibungen von 1.1 Millionen Mark auf Konfortialbeteiligungen mit einem Verlust von 200 932 M. schließt; ferner ergibt sich, teils infolge des niedrigen Zinsfußes im vorigen Jahre, teils infolge der Abnahme des Geschäftes, das Zinsenkonto einen um über 1 Million Mark geringeren Ertrag, während sich das Wechsel- und das Provisionskonto etwas gebessert haben. Ob die vorgenommenen Abschreibungen als ausreichend gelten können, läßt sich um so weniger beurteilen, als genaue Spezifikationen in dieser Hinsicht fehlen; was sich aber auch bei diesem Institut konstatieren läßt, das ist die deutliche Reaktion gegen die frühere Unternehmungslust der Zeit der Hochkonjunktur. Der Geschäftsumfang hat nicht unbeträchtlich abgenommen; die Kreditoren sind nun 18 1/2 Millionen Mark, die Debitoren in laufender Rechnung um 25 1/2 Millionen Mark zurückgegangen.

Läßt sich bei den meisten der größeren Banken nicht das Bestreben erkennen, schon zu färben, so sucht dagegen die Darmstädter Bank die weiten Zweige, welche die vergangene Prosperitätsperiode hinterlassen hat, ziemlich schonungslos wegzuschneiden. Ob hierzu die Absicht der veränderten Direktion beigetragen hat, die verordneten Reste aus alter Zeit nicht mit zu übernehmen, um später, wenn die Lage des Instituts sich wieder gebessert haben sollte, diese Vorsehung als ihr Verdienst voll in Anspruch nehmen zu können, mag dahingestellt bleiben. Da die wichtigsten Veränderungen der Bilanz schon in der Kritik „Aus Industrie und Handel“ mitgeteilt sind, seien hier nur zur Ergänzung einige für die Verteilung der Bilanz in Betracht kommende Notifikationen des Geschäftsberichts hinzugefügt. Betreffs der Verluste auf dem Finanzoperationskonto, die insgesamt 225 407 M. betragen, während das Jahr 1900 einen Gewinn von 615 429 M. brachte, heißt es:

„Der Ausfall auf Finanzoperationen ist im wesentlichen auf die allgemeine geschäftliche Lage des abgelaufenen Jahres zurückzuführen. Die Verluste auf diesem Konto sind solche, welche wir im vergangenen Jahre als Mitglied größerer Konfortien bei mehreren, bereits in früheren Jahren in Angriff genommenen elektrischen und industriellen Unternehmungen buchmäßig erlitten haben. Der Schaden, welcher uns aus dem Engagement mit den Differenzierwerken bedroht hatte, ist durch die von uns vorgenommene Reorganisation auf ein Minimum reduziert. Die inzwischen erfolgte Kursentwicklung läßt aber auch aus diesem Engagement einen nicht unerheblichen Gewinn für das laufende Jahr erwarten.“

Und bezüglich des Verlustes von 791 300 M. auf dem Kontocorrentkonto und der Uebertragung von 1 759 798 M. vom Spezialreservefonds auf das Debitorenkonto sagt der Bericht:

„Durch die Wechselrückstellungen des Gerhard Terlinbens, dem wir lediglich einen Diskontokredit eingeräumt hatten, ist uns ein Ausfall entstanden, den wir unabhängig von dem eventuellen Ergebnis aus dem Kontrakte der übrigen Wechselverpflichteten zur Abschreibung gebracht haben. Leider sind wir auch bei einem unangenehm verlaufenden Geschäft mit einem größeren Verlust bedroht. Wir hielten es für richtig, denselben zum Teil bereits jetzt zur Abschreibung zu bringen und im übrigen auf Debitorenkonto eine ausreichende Rückstellung zu Lasten der besonderen Reserve vorzunehmen. Der Rest des von der besonderen Reserve auf Debitorenkonto vorgenommenen Uebertrages entspricht unserer Schätzung des möglichen Ausfalls bei einer Anzahl anderer von uns im Konfortialverband mit Berliner ersten Firmen abgeschlossenen Geschäften. Wir hoffen, daß sich die geübte Vorsicht bei weiter günstiger Entwicklung zum großen Teil als unnötig erweisen wird. Wir hielten es jedoch im Interesse unserer Aktionäre für richtig, auch bilanzmäßig diejenige Summe zum Ausdruck zu bringen, welche nach unserer gewissenhaften Schätzung den Maximalbetrag zweifelhafter Engagements darstellen kann.“

Infolge dieser Offenheit und der vorgenommenen Rückstellungen macht die Bilanz der Darmstädter Bank einen nicht weniger als günstigen Eindruck, doch hat ihr die Nichtverwendung von Schminke und Fuder kaum geschadet, wenigstens stand gestern der Kurs ihrer Aktien auf gleicher Höhe, wie vor acht Tagen.

Das wichtigste wirtschaftliche Ereignis der Woche ist unbedingt das Ergebnis der Preisfester Zuckerkonferenz. Die gefassten Beschlüsse hat bereits der gestrige Leitartikel mitgeteilt; weit mehr als diese Einzelheiten aber dürfte die meisten Leser die Frage interessieren, um wieviel wird sich nach dem 1. September nächsten Jahres der Zuckerpreis ermäßigen. Eigentlich erscheint die Frage überflüssig. Dieser Betrag der Einfuhrzoll auf Zucker 20 Pf. pro Pfund. Von diesem 20 Pf. gelten 10 Pf. als Kompensation der Verbrauchssteuer, die andern 10 als Einfuhrzoll. Da nur letzterer ermäßigt wird und zwar auf 6 Pf. per Doppelzentner, wird künftig der Einfuhrzoll nur 12 1/2 Pf. pro Pfund betragen. Folglich wird innerhalb des deutschen Zollgebietes der Großhandelspreis um 7 1/2 Pf. pro Pfund fallen. Ganz abgesehen davon, daß die Großhandelspreise mit den Kleinhandelspreisen nicht parallel laufen; es kommt aber in Betracht, daß bisher die Zuckerpreise in Deutschland nicht einfach durch Angebot und Nachfrage bestimmt wurden, sondern daß durch die Manipulationen des Zuckersachverständigen der Preis durchweg um mehrere Pfennige höher stand, als er ohne die Preisbeeinflussung des Kartells gestanden hätte. Bietet nun auch die Zollherabsetzung auf 6 Pf. per 100 Kilogramm, wie der Reichstags-Abgeordnete Dr. Warth in der vorigen Sonabend-Sitzung des Reichstages richtig bemerkte, keineswegs die Gewähr, daß nicht doch von Zuckerproduzenten-Vereinigungen Preisrestriktionen inzentriert werden können, so sind doch derartige Preisbeeinflussungen, wie das Zuckersachverständige sie sich bisher gestattet hat, ausgeschlossen. Danach dürfte man annehmen, daß der Preis nach um mehr als 7 1/2 Pf. pro Pfund heruntersinken wird.

Dieser Annahme steht aber auf der andern Seite entgegen, daß die Gewährung von Prämien — in Deutschland beträgt zur Zeit die Ausfuhrvergütung für Rohzucker von mindestens

90 Proz. Zuckergehalt und raffinierten Zucker unter 98 Proz. 2.50 M., für Kanbis, harten Kristallzucker, weißen Zucker in Broten (Hüten) 2c. 3.55 M., für andern harten Zucker 3 M. pro Doppelzentner — und die dadurch geförderte Ueberproduktion und Preisunterbietung der Zucker ausführenden Länder auf den Exportmärkten zu einer Herabsetzung der Zuckerpreise geführt hat, die, wenn erst die Prämien wegfallen und wenn, wie zu erwarten steht, der inländische Konsum der zuckerproduzierenden Länder infolge der Verbilligung des Zuckers beträchtlich zunimmt, nicht von Bestand sein kann; sind doch z. B. auf dem Hamburger Zuckermarkt die Preise für Ausfuhr-Rohzucker gegen Ende des vorigen Jahres bis unter 6 1/2 Pf. pro Pfund gesunken; auch zur Zeit beträgt der Preis für März- und Aprillieferung nur 6.57—6.65 M. pro Centner. Es wird voraussichtlich eine bedeutende Aufbesserung der Exportpreise in den an der Konvention beteiligten europäischen Ländern eintreten, und diese Steigerung der Preise für die Ausfuhr nach fremden Märkten wird auch den Preisstand der Inlandsmärkte erhöhen. Wie auf Grund dieser einander widerstreitenden Tendenzen sich genau der Preis gestalten wird, läßt sich nicht voraussagen; wahrscheinlich ist aber, daß er nicht um den vollen Betrag der Ermäßigung des Einfuhrzolls sinken wird.

Das beste Mittel zur Ueberwindung der durch die Prämienwirtschaft hervorgerufenen Ueberproduktion wäre, daß die hauptsächlich in Betracht kommenden Länder Deutschland, Frankreich und Oesterreich-Ungarn zugleich mit dem Schutz Zoll auch ihre Konsumsteuer herabsetzten, doch erscheint recht fraglich, ob in Rücksicht auf ihre Finanzen sie sich dazu verstehen werden. Für Deutschland wurde durch das Gesetz von 1891, das die Alkoholversteuer abschaffte, die Verbrauchsabgabe auf 18 M. pro 100 Kilogramm festgesetzt, ist dann aber zugleich mit den Prämien durch Gesetz vom 27. Mai 1896 auf 20 M. erhöht worden. Welcher Steigerung der deutsche Zuckerkonsum noch fähig ist, zeigt das Beispiel Dänemarks und der Schweiz, die ca. 50 Proz. Zucker mehr pro Kopf der Bevölkerung konsumieren, als das Deutsche Reich. Und noch bedeutender ist der Zuckerverbrauch der Vereinigten Staaten von Amerika, dessen Bevölkerung pro Kopf in den letzten Jahren 29—30 Kilogramm konsumierte, sowie der Verbrauch Großbritanniens, das es gar auf 40 Kilogramm bringt. Dagegen hat die deutsche Bevölkerung pro Kopf im Jahre 1898/99 12.4 Kilogramm, in 1899/1900: 13.7 Kilogramm Zucker verbraucht, im Durchschnitt der fünf Jahre von 1898—1900 = 12 Kilogramm.

Zu den Gemeindevahlen.

Wilmerdorf. Es ist hier zu den Gemeindevahlen gekommen, wie wir vorausgesagt haben. Die bürgerlichen Parteien haben sich mit Ausnahme einer geringen Gruppe liberaler Elemente auf eine gemeinsame Kandidatenliste geeinigt und präsentieren diese dem verehrlichen Publikum. Das die liberalen Separatisten unter solchen Umständen auf eine bemerkenswerte Stimmzahl kommen, ist wohl ausgeschlossen, und daher haben unsere Parteigenossen damit zu rechnen, daß wesentlich nur ein Gegner in Betracht kommt, nämlich der Grundbesitzerverein, und daß es gelten muß, alle Kräfte so zu sammeln, daß bereits im ersten Treffen, bei der Hauptwahl am Montag und Dienstag die Entscheidung fällt. Die nächsten Tage müssen daher zur intensiven Agitation ausgenutzt werden; besonders gilt es auch, die Wähler auf die am Sonntagvormittag 2 Uhr bei Strauß, Berlinerstraße, stattfindende Volksversammlung hinzuweisen, in der Genosse Ledebour über die Bedeutung der Wahlen sprechen wird. Wenn die Parteigenossen ihre Pflicht thun, wird das Resultat diesmal ebenso erfreulich sein wie im verflochtenen Herbst Parteigenossen, besonders arbeitslose, welche Montag und Dienstag bei den Wahlen helfen wollen, mögen rechtzeitig am Platze sein.

Steglitz. Die gestrige Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins beschäftigte sich mit der bevorstehenden Stichwahl zur Gemeindevahl im zweiten Bezirk. Genosse Leimbach als Referent führte aus, daß unsre Partei mit dem Resultat sehr zufrieden sein könne. Die Wahl des Genossen Schellhase im ersten Bezirk mit 513 gegen 337 Stimmen der vereinigten Gegner sei ein glänzendes Zeugnis der Disziplin unsrer Parteigenossen. Unser Stimmengewinn gegen die letzte Wahl betrage in diesem Bezirk 103, ein Beweis für die fortschreitende Erkenntnis der Bedeutung der Gemeindevahlen unter der Arbeiterklasse. Auch im zweiten Bezirk sei ein erfreulicher Fortschritt zu konstatieren, indem unsre Stimmzahl gegen 1900 um 88 zugenommen habe und es uns zum erstenmale gelungen sei, dieselben in die Stichwahl zu kommen. Daß die sogenannten „Unabhängigen“ missant ihren Protektoren, den Hausbesitzern, in beiden Bezirken glatt durchgefallen seien, trotzdem sie noch zwei Tage vor der Wahl den zweiten Bezirk als ihre „Hochburg“ bezeichneten und dabei auf einen glatten Sieg hofften, bezeichnete Redner als eine wohlverdiente Strafe für ihre Rücksichtslosigkeit. Diese „Helden“ hatten die Wähler, darunter auch zahlreiche Parteigenossen von uns, zu einer Versammlung schriftlich eingeladen, hatten jedoch nicht den Mut, den Häuten das Wort zur Verteidigung gegen ihre Angriffe zu erteilen. Die Hoffnungen der Gegner auf einen Sieg in der Stichwahl scheinen keine richtigen zu sein, denn sonst wäre es nicht erklärlich, daß jetzt sogar der Gemeindevorsteher in Gemeinschaft mit den Herren Schafft und Gemeindevorordneten Seydel als Wahlvorstand durch Verkürzung der Wahlzeit um eine Stunde es einer großen Mehrzahl von Wählern der arbeitenden Bevölkerung unmöglich machten, ihr Wahlrecht auszuüben. Ganz abweichend von der bisherigen Gepflogenheit im hiesigen Orte, sei die Stichwahl auf die Zeit von 4—7 Uhr abends festgesetzt, trotzdem doch gerade der Wahlvorstand gesehen habe, daß das Gros der Wähler erst nach 7 Uhr erschiene. Gerade dieser Umstand müsse die Wähler veranlassen, vollzählig zu erscheinen und am Tage der Stichwahl unsrem Kandidaten Bielow zum Siege zu verhelfen. Das Wahlkomitee empfehle, den Kampf, wenn auch mit ungleichen Waffen geführt, aufzunehmen. Die Versammlung beschloß demgemäß. In der Diskussion wurde die Wahlzeitverkürzung allgemein verurteilt und der Vorstand beauftragt, im Namen des Vereins einen Protest an den Gemeindevorstand zu richten, welcher auch darauf gestützt werden soll, daß die amtlichen Wahllegitimationen zur Hauptwahl wieder gelten sollen, auf welchen als Wahlzeit die Stunden von 4—8 Uhr verzeichnet stehen, wodurch unbedingt Irrtümer entstehen müssen, aus welchen vielleicht eine Aufhebung der Wahl möglich sei.

Wetz. Sonntag früh 7 Uhr ist Flugblattverbreitung. Treffpunkt bei Weniger, Berderstr. 27. Das Erscheinen sämtlicher Genossen ist unbedingt erforderlich.

Treptow-Baumtschuleweg. Morgen Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt früh 8 Uhr am Bahnhof Baumtschuleweg und 8 1/2 Uhr im Restaurant Staffeld, Baumtschulestr. 84. Zahlreiche Beteiligung ist erforderlich.

Baumtschule. Am Sonntagvormittag 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Treffpunkt bei Hoffmann, Mühlentstraße 25. — Am Sonntagvormittag 8 Uhr finden hierfeldst für die Wähler der dritten Klasse zwei öffentliche Wähler-Versammlungen statt, und zwar für den ersten Bezirk bei Klingenberg, Kaiser Friedrichstr. 12, für den zweiten Bezirk bei Lauritz, Wollantstr. 112. Das Referat haben die Genossen Sonnenburg, Friedrichsdagen und Grauer-Vichtenberg übernommen. Wir ersuchen die Wähler, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Zehlendorf. Der Wahlkampf wird diesmal heftiger denn je werden. Bisher hatten sich die Arbeiter an den Gemeindevahlen

nicht beteiligt. Die Bürgerlichen entdecken denn auch jetzt sofort ihr warmes Herz für die Arbeiter; man wäre nicht abgeneigt, so hieß es, auch einen Arbeiter zu wählen, aber er dürfe nicht Socialdemokrat sein. Ein Weiser hatte sogar herausgefunden, daß, da die Socialdemokratie hier keinen Saal zu Versammlungen hat, sie nur die Gemeindevertreter-Sitzungen benutzen will, um große politische Reden zu halten. Das warme Herz wurde so zum Schweigen gebracht und die verführten Arbeiter wurden sich selbst überlassen. So konnte man denn ohne Gewissensbisse das Fell untereinander verteilen. Natürlich wurden drei Hausbesitzer aufgestellt. Der Ordstell Schlichtensee aber war dabei zu kurz gekommen und stellte daher einen Hausbesitzer für sich auf. Aus Furcht vor der Socialdemokratie hat man dem Schlichtensee seinen Kandidaten gelassen; einer von dort sollte dazu noch in der zweiten Klasse untergebracht werden. Im hiesigen Blättchen erklären nun eine Anzahl Wähler der dritten Abteilung Schlichtensee den Krieg; als lauchender Dritte sieht die Socialdemokratie dieser Raubjagd zu.

Zu Ober-Schöneweide wurde gestern unser Genosse, der Vade-Anstalts-Versiger Lange, mit 420 gegen 118 Stimmen in der dritten Wählerklasse gewählt. Für die erste Klasse fungiert der Fabrikbesitzer Rathnow und für die zweite der Boots-Baumeister Keller als Gemeindevorteiler.

Zu den Gemeindevahlen in Melnikendorf. Im Bezirk West präsentierten die Hausbesitzer als Gemeindevorteiler-Kandidaten den Wärdmeister Liebing, die Socialdemokraten den Genossen O.H.L. Die Hausbesitzer machten nämlich Mißak, indem die Mehrzahl der Versammlung für unsren Genossen O.H.L. stimmte. Leider hat der Gemeindevorstand betreffs der Wahl Käfers noch nicht bekannt gegeben.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 23. März. Wir ersuchen daher die Mitglieder der Lokalkommission von Berlin und Umgebung, Änderungen und Reannahmen bis spätestens Freitag, den 14. März, einzusenden zu wollen, für „Leitow-Weeslow“ an den Genossen Hermann Schliebig in Wetz, Zahnstr. 2; für „Krieger-Garnim“ an den Genossen Otto Niebe in Friedrichsfelde, Victoriastr. 4; für „Potsdam-Ost-Flavelland“ an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstraße 9; für „Diverse Orte“ an den Genossen Gustav Stein in Wietzen a. O., Frankfurterstr. 32, sowie für Berlin an den Genossen Wilhelm Ding, Prinzenstr. 66, S. 14. Die Genossen werden ersucht, hier von Kenntnis zu nehmen und die Einwendungen umgehend zu machen, spätere Einwendungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Gleichzeitig teilen wir den Genossen noch mit, daß alle Anfragen und Einwendungen nur an den Genossen Wilhelm Ding, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66, zu richten sind und nicht an die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Parteiblätter der obigen Kreise werden um Abdruck ersucht. Die Lokalkommission.

Achtung, 1. Wahlkreis. Sonntagabend 6 1/2 Uhr, spricht in Cohns Restoran, Reutstr. 20/21, Genosse Zubeil über „Streikbilder aus dem Reichstag“. Nachher: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.

Tokales.

Zeugentrankeheiten.

Herr Leopold Jacobi hatte vor seiner Wahl in einer Versammlung liberaler Leute erklärt, daß die Vorwürfe, die der Schriftsteller Georg Bernhard gegen ihn erhoben hatte, nichtswürdige Verleumdungen seien. Aber als er nach dem Rückzug des Staatsanwalts die Privatklage gegen den angeblichen Verleumder erhoben, da stellte er bereits ein hoch zurück und sagte nicht auf Grund des Verleumdungs-Paragrafen, sondern nur wegen der Behauptung nicht erweislich wahrer Thatsachen. Durch den Verhandlungstermin, dessen hauptsächlichster Inhalt durch unsren gestrigen Gerichtsbericht bereits wiedergegeben ist, hat sich die Situation des Herrn Jacobi der Öffentlichkeit gegenüber jedenfalls nicht gebessert. Zwei sachliche Feststellungen wurden von seiten des Rechtsanwalts Heine gemacht, die Herrn Jacobi obnehin schon recht fahles Gesicht für einen Moment noch bleicher erscheinen ließen. Der Verteidiger stellte nämlich fest, daß aus dem Rechtsgrund der Täuschung von seiten der Filialisten Jacobis, der Herren Gebrüder Lewy, eine sehr bedeutende Klage gegen Jacobi erhoben worden ist und daß die Parteien es vorgezogen haben, sich hinter dem Rücken des Rechtsanwalts Rudolf Jahn, der den Prozeß führte, zu vergleichen.

Derselbe Rechtsanwalt hatte auch den Vergleich im Falle des Filialisten Jachs als dessen Ausfraggeber geschlossen und es wäre deshalb erklärlich, wenn es Herrn Jacobi unangenehm berührt hätte, unter Beihilfe dieses selben Rechtsanwalts nun auch in Sachen Gebrüder Lewy einen Vergleich schließen zu lassen.

Jacobi behauptete, daß die Herren Gebrüder Lewy im Vergleich ausdrücklich ihre Forderungen als unberechtigt anerkannt haben. Aber im vorgelegten Termin ließ sich die Richtigkeit dieser Behauptung nicht beweisen, denn Herr Bernhard Lewy hatte von Rausch sich bei dem Gerichte entschuldigen lassen und Herr Leopold Lewy hatte auffälligerweise in Liebes- so wichtige Geschäfte zu erledigen, daß er einen Tag vor dem Termin abgereist war. Selbstverständlich nehmen wir an, daß Herr Jacobi das Fehlen dieser Zeugen außerst fatal gewesen sein muß, denn durch ihre Anwesenheit wäre ja sicher in wenigen Minuten die Haltlosigkeit der Bernhardschen Angriffe dargethan worden. Er machte denn auch ostentativ darauf aufmerksam, daß ja der dritte Chef, Herr Viktor Lewy, anwesend sei und vernommen werden könne und es war wohl nur eine böswillige Taktik der Verteidigung, daß sie sich hartnäckig auf den Standpunkt stellte, daß dieser Zeuge ihr nichts nützen könne, da er nichts wisse. Gleiches Malheur hatte Herr Jacobi im Falle Jachs. Er wies hierzu einen Vertrag von Jahre 1892 vor. Darin befindet sich eine Abschreibung von 40 000 M. Sicherlich hätte Herr Jacobi sehr viel daran gelegen, die Herkunft dieser Abschreibungen von 40 000 M. aufzuklären. Aber ihn verfolgte an jenem Tage eben das Pech. So hatten sich die Eheleute Jachs Irant gemeldet, und der Schwager des Herrn Jachs, Herr Benjamin Löwenberg, der an jenen Verhandlungen beteiligt war, hatte sich ebenfalls mit Krankheit entschuldigt. Und sicherlich nur aus Bosheit gegen Herrn Jacobi hatte er dem Rechtsanwalt Rudolf Jahn verboten, über die ihm anvertrauten Dinge Auskunft zu geben. So blieb denn auch dieser Punkt ungelöst, und Herr Jacobi muß nun leider bis zum nächsten Termin darauf warten, daß jeder Zweifel an seiner Ehrenhaftigkeit gehoben wird.

Der Stats-Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung erledigte in seiner zweiten, am Mittwoch abgehaltenen Sitzung zunächst den Etat der Badeanstalten, zu dem eine Petition der Badeanstaltsbesitzer eingegangen war, in der sie sich über die Konkurrenz, die die Stadt ihnen mache, beschwerten. Der Referent, Genosse Borgmann, beantragte Uebertrag zur Tagesordnung. Der Ausschuß trat dem Antrage bei. In den Flugbadeanstalten wird dem Schwim-

Lehrpersonal die Einnahme aus der Verleihung der (ihnen gehörigen) Badewäsche sowie das Schwimmonorarium belassen, wofür sie die erforderlichen Mittel für die Reinigung der Anstalten selbst halten müssen. Genosse Bruns rügt diesen Zustand, bei dem sich die Stadt den durch die Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung ihr auferlegten Arbeitsverpflichtungen entzieht. Vom Magistratsvertreter wird die Erklärung abgegeben, daß die Frage augenblicklich im Magistrat erwogen werde.

Die Entscheidung der höheren Lehranstalten bezieht sich auf den Ausschluß ohne wesentliche Debatte nach dem Voranschlage festzusetzen. Dagegen entwickelt sich eine lebhafteste Debatte beim Etat für die Gemeindefschulen. Genosse Borgmann stellt zunächst fest, daß es in Berliner Gemeindefschulen noch Klassen giebt, in denen nach verschiedenen Benen in zwei Abteilungen unterrichtet wird, daß mithin er und nicht der Oberbürgermeister mit seiner im Plenum aufgestellten Behauptung recht habe. Er weist ferner nach, daß nach der letzten Frequenzliste etwa 700 eingeschulte Kinder vorhanden waren, für die kein Platz vorhanden gewesen sei, und er tadelt scharf die Zustände in den Mietschulen, in denen trotz der unzulänglichen und oft ungesunden Räume die Kleider der Kinder noch in den Klassenzimmern untergebracht werden. Die Schulverwaltung müsse schneller den Bedürfnissen nach neuen Schulen Rechnung tragen, um den geschilderten Uebelständen abzuhelfen, die nur aus Sparmaßregeln nicht so lange erhalten bleiben könnten.

Genosse Bruns erhebt den Magistrat, doch endlich für bessere Mittel in den Klassen zu sorgen, und regt an, auch die Erziehung zur Kunst in den Volksschulen nicht zu vernachlässigen. Ebenso sei es notwendig, die Schülerbibliotheken von den alten noch vielfach vorhandenen Schmölkern zu reinigen und auf diesem Gebiete hervortretenden Bestrebungen die Aufmerksamkeit zu lenken.

Der Vertreter des Magistrats, Stadtschulrat Dr. Gerstenberg, giebt die durch die zu hohe Frequenz entstehenden Mängel an und sagt infolgedessen Abhilfe zu, als die Verwaltung sich mit dem Gedanken trägt, wenigstens die Frequenz in den Aufnahmeflassen zu vermindern. Die Mängel der Mietschulen und der steigenden Klassen erweise die Verwaltung an, doch sei es ihr bis jetzt nicht möglich gewesen, diese Mängel ganz zu beseitigen.

Die beiden von den Socialdemokraten zu diesem Etat gestellten Resolutionen, die eine lässliche Verminderung der Klassenfrequenz verlangten und für die Mietschulen Einrichtungen vorschlugen, daß die Kleider nicht in den Klassenzimmern untergebracht würden, wurden abgelehnt.

Polizeiliche Fürsorge für die Arbeitslosen. Unsere Kommunalbehörden halten es bekanntlich nicht für notwendig, besondere Maßnahmen im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit zu treffen. Dagegen wendet unsere fürsorgliche Polizei den Arbeitslosen ihre besondere Aufmerksamkeit zu. Freilich nicht, um dem Elend zu steuern, sondern um den Arbeitslosen, die im polizeilichen Sinne wahrscheinlich als besonders gefährliche Subjekte gelten, zu zeigen, daß das Auge des Gesetzes wacht. Am Donnerstagvormittag fand im Gewerkschaftshause eine Versammlung von arbeitslosen Holzarbeitern statt und dieser Umstand gab der Polizei, die ja immer mit ängstlicher Sorgfalt über das Wohl der Staatsbürger wacht, Gelegenheit zu einer außerordentlichen Machtentfaltung. Etwa ein Dutzend Schuppleute, darunter einer zu Pferde, waren in unmittelbarer Nähe des Gewerkschaftshauses postiert, und in einem Nachbarhause hatte man eine kriegende Polizeiwache etabliert, der zwei mit Fährtrümmern ausgerüstete Schutzmänner zur Verfügung standen. Eine größere Fürsorge von Seiten der Polizei konnten die Arbeitslosen wirklich nicht erwarten. Zu thun hatten die Beamten allerdings nichts. Außer, wie die Versammlungsbesucher gekommen waren, entsenkten sie sich wieder, und das Aufgebot der Polizei hatte keine andere Folge, als daß eine Anzahl von Beamten für einige Stunden einer nützlicheren Thätigkeit, als es das Postensitzen vor dem Gewerkschaftshause ist, entzogen waren.

Der Polizeipräsident hat auf Grund des § 130c Ziffer 2 Abs. 2 der Reichs-Gewerbe-Ordnung bestimmt, daß offene Verkaufsstellen an den nachstehenden Tagen des Jahres 1902 für den geschäftlichen Verkehr bis 10 Uhr abends geöffnet sein dürfen: am 27. und 29. März, am 1. April, am 7., 16. und 17. Mai, am 1. Juli, 1. Oktober, 18. und 22. November, am 8., 9., 10., 11., 12., 13., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 22., 23. und 31. Dezember.

Eine bescheidene Anfrage an den Magistrat von Berlin. Von gewerkschaftlicher Seite schreibt man uns: Nachdem der „Vorwärts“ und selbst die liberale Presse in ihren Spalten wiederholt die Ungünstigkeit der magistratischen Arbeiter-Fürsorge kritisiert hatte und nachdem ferner die beiden Redner der socialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion am 20. Februar in sehr zutreffender Weise das Kartenhaus socialpolitischer Maßnahmen im Rathaus über den Haufen gelassen hatten, stellte sich der Magistrat und einige Kirchenlichter à la Mommsen auf den Standpunkt der verfolgten Unschuld. Man sei von dem besten Wohlwollen befeuert und werde nur durch die „verheerende Thätigkeit“ anderer Leute als böse Tyrannen hingestellt. Verwundert schüttelten die meisten städtischen Arbeiter ob dieser Selbstberückung den Kopf. Zimmerlin konnte man aber erwarten, daß die vielfach besprochene Magistratsverfügung vom 25. Oktober 1901, deren Grundzüge bisher — so sagt diese Verfügung selbst — nicht eingehend beobachtet wurden, wenigstens von jetzt ab als maßgebend für alle städtischen Betriebe angesehen würde. Dies ist aber nicht geschehen. Wenigstens waren die erkrankten städtischen Arbeiter auf der Gaskanal in der Danzigerstraße, vom Polier bis herab zum Hofarbeiter, noch heute auf die ungeliebte Auszahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn. Bekanntlich soll diese „Wohltat“ auf die Dauer von vier Wochen erfolgen; hier giebt es aber einfach gar nichts. Oder sollte der Herr Betriebsleiter diese magistratische Verfügung auch falsch „deklarieren“, wie ja der schöne Ausdruck lautet, als sich die Oeffentlichkeit erlaube, die socialpolitischen Thaten unseres Kommunalregiments richtig zu würdigen? Vielleicht wird dieser Herr dann von dem Decemviren Herrn Stadtrat Ramskau auf seinen „Jertium“ aufmerksam gemacht.

Das Terrain der Vorkriegs-Maschinenfabrik in Moabit beabsichtigt die „Neu-Vollene“ Aktiengesellschaft für Grundstücks-Verwertung in diesem Jahre der Bebauung zu erschließen. Es ist die Anlage von nicht weniger als fünf neuen Straßen von der Gesellschaft geplant, um deren Genehmigung der Magistrat ersucht ist.

Der Tod des Dieners Gaudin. Am Donnerstagnachmittag 4 Uhr wurde im Franzosen-Vsuhl auf dem Tempelhofer Felde der am 29. Juli 1865 zu Dynam in Frankreich geborene herrschaftliche Diener Louis Gaudin von einem in Tempelhof wohnhaften Arbeiter Schmidt tot aufgefunden. Der Arbeiter wollte sich aus dem Vsuhl, der sich auf dem Kavallerie-Exercierplatz nahe bei Weitz befindet, Wärmer zum Angeln holen und entdeckte dabei den Toten im Eise. Die von dem Funde benachrichtigte Tempelhofer Polizei ließ die Leiche nach dem Schauhause in Tempelhof schaffen. Der Arzt Dr. Magnussen stellte mehrere schwere, anscheinend von Säbelhieben herrührende Verletzungen am Kopfe und andre Wunden fest.

Verleidet war der Tote mit einem schwarzen Anzug und Ueberzieher, in der Weste wurde eine alte silberne Uhr ohne Kette vorgefunden. Andre Wertgegenstände und Geld wurden vermisst. Vermutlich liegt ein Totschlag vor. Unverkümmert wurde deshalb die Staatsanwaltschaft benachrichtigt, die noch am Abend den Thatsachenbestand feststellen ließ. Leber die Person teilt die Kriminalpolizei mit, daß Gaudin seit Mitte vorigen Monats vermisst wurde. Er

war zuletzt Diener bei der Witwe Friedberg, Unter den Linden 42. Von einem Ausgange war er am Sonntag, den 9. v. M., nicht zurückgekehrt. Der Polizei war Gaudin schon längere Zeit wegen seines verbotenen Umganges mit Männern bekannt. Er pflegte sich mit Vorliebe an Soldaten heranzudrängen und soll schon einmal eine derbe Prügelung erhalten haben. Vermutlich ist er auch bei seinem letzten Abenteuer mit Männern in Streit geraten, wobei er die tödlichen Verletzungen erlitten hat. Aus Furcht vor der Entdeckung hat man dann die Leiche in den Vsuhl geworfen. Der Polizeipräsident hat heute früh für die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt und das Publikum durch Säulenanschlag aufgefordert, alle Wahrnehmungen, die zur Ermittlung des Täters und zur Aufdeckung der That führen können, sofort der Polizei mitteilen zu wollen.

Es ist jetzt festgestellt worden, daß Gaudin am 9. Februar nicht, wie jüngst angenommen wurde, nach Tempelhof, sondern nach Weitz zum Tanz gegangen ist. Da seine Leiche am 10. v. M. gefunden worden ist, so muß man annehmen, daß er um diese Zeit ins Wasser gefallen ist. Die Eisbede ist an der Fundstelle erheblich dünner als an andern Stellen. Auch sieht man, daß ältere Schollenstücke wieder aneinander gefroren sind. Daraus geht, wie wir schon andeuteten, hervor, daß die Leiche, wahrscheinlich sind es mehrere gewesen, ein Loch ins Eis hauen mußten, um die Leiche zu beseitigen. Das Gaudin gleich am Tage seines Verschwindens getötet worden ist, geht auch aus dem Befund seines Gesichtes hervor. Er verhielt sich immer selbst und ging am 9. Februar früh rasierend von Hause weg. Das Gesicht der Leiche zeigt aber auch noch nicht die geringste Bartstoppel. Man wird also die Thäter unter den Leuten zu suchen haben, die am Sonntag, den 9. Februar, nachmittags mit Gaudin zusammen waren. Da sind nunmehr für den Verkehr des Getöleten, der die Absicht hatte, binnen kurzer Zeit nach Paris überzuleben, um mit seinen Erparnissen ein Geschäft einzurichten, zwei bei ihm gefundene Briefe bezeichnend. Die Briefe sind beide „Dein Max“ unterzeichnet; dieser redet den Empfänger „Lieber Liebes“ an und schreibt ihm, daß er zum Vorkommen an die gemeinam verlebte schöne Zeit die Ringe behalten werde. Diesen Max zu ermitteln, ist die Kriminalpolizei jetzt eifrig bemüht. Ob er unter den Soldaten zu finden ist, steht noch dahin. Daß der Thäter aber homosexuell ist, unterliegt keinem Zweifel. Es wird sich um einen Totschlag im Affekt, vielleicht aus Eifersucht, handeln. Gestern, Freitagnachmittag, meldete sich bei der Kriminalpolizei ein junger Mann mit einer Wahrnehmung, die vielleicht Bedeutung hat. Als der junge Mann vor einigen Tagen am Franzosenvshl war, kam ein Mann zu ihm und knüpfte ein Gespräch mit ihm an. Er bat ihn auch, einmal nachzugehen, ob das Eis noch fest sei. Der junge Mann entsprach jedoch dieser Bitte nicht, empfahl vielmehr dem andern, selbst zuzusehen und ging davon, als dieser nun begann, ihn in verdächtiger Weise anzufassen. Der junge Mann erkannte im Verwechslung diese Person wieder. Sie wird wohl bald ermittelt werden, und dann wird sich zeigen, ob hier eine Spur zur Aufklärung des Verbrechens gefunden ist.

Der Fundort und die Leiche wurden gestern, Freitagnachmittag, auch von einer Gerichtscommission vom Landgericht II befragt. Daß Gaudin am Franzosenvshl auch erschlagen sei, wird nicht angenommen. Wo der Thäter aber liegen mag, dafür hat man noch keinen Anhaltspunkt gefunden.

Ein deutscher Mann. Wegen den flüchtigen, früheren verantwortlichen Redacteur der „Staatsb.-Ztg.“ Otto Bödler ist jetzt, wie das „M. Journ.“ berichtet, von der hiesigen königlichen Staatsanwaltschaft ein Haftbefehl erlassen worden.

Gelehrstatistik. Im April des Berliner Vshlvereins für Obdachlose während des Monats Februar im Männer-Vshl 10 479 Personen, wovon 9134 badeten; im Frauen-Vshl 5416 Personen, wovon 1208 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstr. 55/59, für Frauen: Köpenickerstr. 5.

Der Besuch des städtischen nächsten Obdach in der Gröbelsstraße, der im Monat Januar d. J. im Gegenatz zu dem Besuch im Familienobdach große Dimensionen angenommen hatte, ist auch im Februar d. J. sehr erheblich gewesen. Es wurden beherbergt und verpflegt: 76 665 Männer und nur 2109 Frauen, zusammen 78 774 Personen, gegen 87 000 Personen im Januar d. J. und 68 335 Personen im Februar 1901. Auffallend ist, daß während die Zahl der männlichen Besucher von 64 000 auf 76 665 gestiegen ist, die der weiblichen Besucher von 4000 auf 2000, d. h. um 50 Proz. gefallen ist.

In der Kantonschwindel-Affaire, über die wir gestern berichteten, sind zwei weitere Verhaftungen erfolgt. Der Verhaftungsagent Porath, der mit einem Teilhaber ebenfalls eine Generalagentur errichtet hatte, wurde verhaftet, weil auch er einen Angehörigen um die Kautionsurtheile von 1000 M. beschwindelt haben soll. Dann wurde gestern ein gewisser Voigt, Teilhaber des zuerst verhafteten Generalagenten Gottschalk, verhaftet, nachdem ihn Porath bei seiner Vernehmung im Polizeipräsidium des Betrages beschuldigt hatte. Obwohl beide in einem Lokal am Alexanderplatz saßen, als Porath verhaftet wurde, hatte Voigt Zeit zu entkommen, und konnte erst gestern abend im Bureau verhaftet werden. Die Beträge der Angehörigen waren verbrannt worden, jedoch förderten die Kriminalbeamten noch einige Ueberreste aus dem Ofen zu Tage.

Die Vereinigten Affekuranz-Bureau, Rudolf K. Wolf, Unter den Linden 13, ersuchen und darauf hinzuweisen, daß sie mit dem wegen Kantonschwindelereien verhafteten Otto Gottschalk in keinerlei Beziehung stehen. Gottschalk hatte, wie wir mittheilten, in der Alexanderstraße ein Geschäft mit ähnlicher Firma.

Wegen unglücklicher Waisenspekulationen hat sich der Steinwegmeister Frey Helterhoff in Wilhelmsberg erschossen. Helterhoff war in den östlichen Vororten eine bekannte Persönlichkeit, er hatte namentlich in hohen Schönhofen ausgedehnte Besitzungen. Vor einigen Jahren verdiente er durch vorteilhafte Terrainverkäufe große Summen. In letzter Zeit verlor er jedoch bei einigen Terrain-spekulationen sein Vermögen. In der Verzweiflung griff der Unglückliche zum Revolver und tötete sich durch einen Schuß in den Kopf.

Durch einen Sturz vom Dach und Leben gekommen ist gestern nachmittag der 23 Jahre alte Dachdecker Gustav Heuborn am Waldstr. 6 auf dem Grundstück Friedbergstr. 5 in Charlottenburg. Der Unglückliche fiel beim Benutzen des Daches mit Wappe von dem fünf Stock hohen Hause auf den Hof hinab, wurde noch lebend nach dem Krankenhaus gebracht, gab aber dort bald seinen Geist auf.

Vor einem Schwindler wird gewarnt, der sich als ein „Dr. Rohler“ ausgibt und dadurch Betrügereien verübt, daß er in Wohnungen von Privatpersonen geht und angeblich im Auftrage des „Vereins Berliner Presse“ Unterstufungen für arme und kranke Journalisten einzuziehen versucht. Um mehr Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu erwecken, legt er ein mit dem Stempel „Verein Berliner Presse“ versehenes Schreiben vor. Genannter Verein hat aber zu einer solchen Geldsammlung keinerlei Auftrag gegeben und zieht überhaupt keine Unterstufungen ein. Der Schwindler ist ungefähr 45—50 Jahre alt, 1,65 groß, hat grau meliertes Haar, Schmirr- und Spitzbart, länglich mageres Gesicht, schwächliche Gestalt, etwas blaue Farbe und trägt dunklen Ueberzieher.

Feuerbericht. Die beiden letzten Tage brachten nur wenig Alarmierungen, die auch meistens nur unbedeutende Brände betrafen. Nur Freitagnachmittag hatte die Wehr Liebenwalderstr. 31 längere Zeit mit einem Rohr Wasser zu geben. Dort waren Lumpen und Gerümpel in einem Keller in Brand geraten. Socher wurde die Wehr nach der Ecke Gerichs- und Pankstraße gerufen, wo ein elektrischer Strahlenbahnwagen brannte. Es gelang indes die Gefahr schnell zu beseitigen. In der Nacht zum Freitag lief eine Feuermeldung von der Bremerstr. 73 ein. Es handelte sich jedoch nur um niedergebrannten Rauch in einem Keller. In der Rheinbergstraße 30 hatten nachmittags Schuhwaren und Regale Feuer gefangen, dessen Abkämpfung aber auch in kurzer Zeit erfolgen konnte. Außerdem wurden noch kleinere Brände von der Drombergerstr. 14/15, Hauptstr. 24 und Cuvyrstr. 2 gemeldet.

Genst Wicher-Gedächtnisfeier. Um auch einem weiteren Kreise von Verehrern des dahingegangenen Dichters Gelegenheit zu geben, der Gedächtnisfeier im Besaale des Rathauses am Sonntag, den 9. März, nachmittags 12 Uhr, beizuwohnen, hat sich der Verein „Berliner Presse“ entschlossen, auch an Nichtmitglieder Eintrittskarten zu vergeben. Die Karten sind im Bureau des Vereins, Charlottenstr. 37 (Hauptstr.) in der Zeit von 10—1 und 4—7 Uhr zu haben. Der Eintritt ist frei. Da indes nur eine beschränkte Anzahl von Stipendien zur Verfügung steht, so ist es erwünscht, daß die Meldung durch Abholung alsbald erfolgt.

Orgelkonzert. Der Orgelkonzert in der Marienkirche am Montag, den 10. März, abends 7 1/2 Uhr, wird ausgeführt durch Herrn Musikdirektor Otto Dienel, die Hof-Orgelmeisterin Fräulein Marianne Uebels, Fräulein Margarete und Elsa Schuber, Frau Carl Fischer, Fräulein Martha Bräuner, Fräulein Anna Dietrich, einen Chor aus Schülerinnen von Fräulein Uebels, den Bläsern Herrn Spandly und den Organisten Herrn Demer. Der Eintritt ist frei. Nach Dänern werden die Dienel'schen Orgelkonzerte wieder Mittwochmittags 12 Uhr gehalten.

Die Neue freie Volkshöhne bringt an den Sonntagen, den 9. und 16. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Belle-Alliance-Theater Max Dreper's „Wintersturm“ zur Aufführung. Die Rollen sind mit den Damen Gandra, Schif und Balder und den Herren Rohmer, Roetz und Paulz besetzt. Regie: Direktor Friedrich Roetz.

Aus den Nachbarorten.

In Spandau stehen unsere Genossen wieder vor einer Ersatzwahl zur Stadtverordneten-Versammlung und zwar infolge Ablebens des Stadt. Magers, welcher Vertreter der III. Abteilung war. Unsere Genossen haben in der III. Abteilung überhaupt noch 5 Sitze zu erobern, welche sämtlich mit Hausbesitzern zu besetzen ist. Auch diesmal ist also ein Hausbesitzer als Kandidat aufzustellen.

Spandau. Durch Explosion einer auf dem Döberitzer Schießplage gefundenen Granate wurden gestern im Dorfe Hohenbed der Bauer Rühnow und ein Arbeiter getötet, ein anderer Arbeiter schwer verletzt.

Ein Mietschwindler mißbraucht in Charlottenburg den Namen des Polizeisekretärs Marquardt. Ein Mann von 25 bis 27 Jahren erschien bei einem Fräulein in der Berlinerstraße und mietete unter diesem Namen ein Zimmer für 30 M. den Monat. Die erbetene Anzahlung behauptete er nicht leisten zu können, da er sein Gehalt noch nicht bekommen habe. Nachdem er eine Nacht in dem Zimmer geschlafen und am andern Morgen auf Kosten der Wirtin gefräßlich hatte, ging der Mieter weg und ließ sich nicht wieder sehen. Am erfährt die Dame, als sie sich nach Herrn Marquardt erkundigte, daß ihr Mieter ein Schwindler war. Dieser wird sein Manöver wahrscheinlich noch öfter versuchen. Er ist 1,70 Meter groß, hat hellblondes Haar und Schmirrbart und trägt einen grüngen Ueberzieher, Schürstiefel und einen schwarzen Hut.

Aus Schöneberg schreibt man uns: Nachdem der hiesige Magistrat die Einbringung einer Vorlage betreffend Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter gemäß einem Antrag aus Stadtverordnetenkreisen in baldige Aussicht gestellt hat, sollen nun auch die voraussichtlichen Maßnahmen aus dem neuen Vertrage mit der Englischen Gasgesellschaft einem wirklich guten Zweck zugeführt werden. Das heißt, wenn der „goldene Segen“ aus dem Vertragschluß so lange anhält oder überhaupt eintreten sollte. Es soll nämlich beim Magistrat die Absicht bestehen, die Aufhebung der untersten Gemeindegemeinden mit einem Steuerertrag von 4 M. (Einkommen 660—900 M.) zu beantragen. Hoffentlich ist dies kein leeres Gerücht.

Die mit so großer Dringlichkeit behandelte und kürzlich zum Abschluß gebrachte Errichtung von höheren Schulen, speciell des Realgymnasiums für den Berliner Ortsteil, hat sich nun doch, was das letztere anbetrifft, als etwas „zu eilig“ herausgestellt. Da nämlich die Anmeldungen für die gedachte Anstalt bisher so spärlich eingelaufen sind, soll nach einem Antrag des Stadtverordneten-Kollegiums der Magistrat ersucht werden, die Errichtung dieser Schule einstweilen noch zu verschieben. Und dabei hat der Magistrat sich schon um ein geeignetes Schullokal zur Unterbringung der nicht gemeldeten Realgymnasialschüler bemüht.

Lichtenberg. Die Errichtung eines Krankenhauses ist an sich sehr wünschenswert. Aber für die größte preussische Landgemeinde, das 45 000 Seelen zählende Dorf Lichtenberg, ist ein Krankenhaus nicht notwendig. Eine Interpellation der socialdemokratischen Vertreter Grauer und Genossen über den Stand des Krankenhausbaues brachte namens des Gemeindevorstandes obige Erklärung des Gemeindevorstehers aus Licht. Genau wie bei der Anfrage über die Beschaffung von Bade-Einrichtungen wurde auch hier auf die Nähe der Großstadt Berlin verwiesen. Die acht am Orte praktizierenden Ärzte, ebenso der Vorstand der Ortskrankenkasse und die Armenverwaltung verneinten das Bedürfnis, dazu käme, daß eine solche Einrichtung größere Geldaufwendungen bedinge. Aus all' den Gründen gedachte der Vorstand das Projekt „zur Zeit“ ruhen zu lassen. Gemeindevorsteher Grauer belandete eingehend den Mangel an socialen Empfinden, der aus dieser Erklärung spricht, und stellte die Verhärthung auf, daß der Gemeindevorstand sich mit seiner Auffassung durchaus im Gegenatz zur Bevölkerung befände, ebenso die 1900 gewählte Krankenhaus-Kommission, die damals mit der Wahlpaxolle „Erbaumung eines Krankenhauses“ auf den Stimmenfang ausgegangen sei und sich nunmehr völlig im Schlafpant des Gemeindevorstandes bewegen. Echt freimüthig war der Vorschlag des Herrn Plog, daß man Kranke, die sonst nicht unterzubringen seien, vorläufig im Armenhause behandeln möge.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 8. März 1902. Zunächst ziemlich trübe, aber mild mit Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden; später aufklarend und etwas kühler. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Hefzire (zwei Nachnamen oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementauszahlung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

S. Schleißerstr. 15. 12 Kilometer. **Roberts.** Der Preis läßt sich nicht bestimmen. Fragen Sie in einigen größeren Buchhandlungen bedwegen an, aber rechnen Sie nicht auf viel.

R. Blumenstr. 50. So lange Sie den § 22 Statuts nicht ändern, ist die Wahl von Vorstandsmitgliedern, die außerhalb Berlins wohnen, unzulässig. — **2. 4. 2. 2.** Auf die Folge muß ausdrücklich aufmerksam gemacht werden. — **A. V.** Falls der Vertrag auf noch längere Zeit lautet, können Sie, weil die Mieterin im I. Quartal gestorben ist, bis spätestens am 3. April zum 1. Juli kündigen. — **H. R.** Die Fragen, auch die aus etwaiger Vorfrage, muß der Frage richtig beantwortet werden. Wenn Sie vorher schriftlich dem Gericht mitteilen, dann und dann ist es wegen ihm bekannt und bitte, aus den und den Gründen nach den Straßen nicht zu fragen, so wird ein Richter Ihre Bitte sicherlich nachsichtig lassen. — **H. 2.** 1. und 2. Ja. Ein Grundstück kann nicht durch schriftlichen Vertrag verkauft werden. Solcher nur schriftlicher Vertrag ist ungültig, bindet keinen der Vertragsschließenden. Der Vertrag würde natürlich oder gerichtlich abgeschlossen werden. Auch eine Auflassungserklärung vor Gericht ohne Vertrag ist gültig. — **Bedamm.** Jein Wort ist hinlänglich, falls es sich nur um Verkauf bei der Entbindung handelt und kein komplizierter Fall vorliegt. Sie sollten nunmehr an den Sachverständigen die Frage richten, ob eine amtliche Bedamme soviel verlangen kann. Eine rechtsgültige Taxe für Bedammen giebt es nicht; es kann nur angemessener Lohn verlangt werden. Als unangemessen ist stets ein Ueberstreiten der für Bedammen vorgeschriebenen Polizeisätze zu erachten, falls keine entgegenstehende Vereinbarung getroffen ist. — **M. W., Belle-Alliancestr. 10.** **Nein.** — **Wollwagen.** Zweifelslos ist eine Krankenkasse berechtigt, gezahlte Wdammens-Unterstützung von den außerordentlichen Fällen nach § 67 des Krankenversicherungs-Gesetzes und § 1715 (B. G. B.) zurückzufordern zu verlangen. In Ihrem Falle ist überdies ja gegen den Zahlungsbefehl kein

Widerpruch erhoben und der Zahlungsbefehl dadurch vollstreckbar geworden. — **H. 23.** Sie können Urteilsanfechtung von Ihrem Vater verlangen, eventuell einen dahin gerichteten Antrag an das Amtsgericht richten und, falls keine Einigung erzielt wird, bei dem Landgericht — durch einen Anwalt — auf Zahlung klagen. Der Erbscheider des Grundstücks behält Ihnen gegenüber nicht — **Josef H.** Ein Recht auf Naturalisation steht einem Ausländer (Nicht-Teufliden) nicht zu. Die Naturalisation hängt vom Ermessen der Behörde, (in Berlin des Polizeipräsidenten, in der Provinz des Regierungs-Präsidenten) ab. Selbständigkeit wird in der Regel verlangt. Die Naturalisation kostet 50 M. — **Paul L. 999.** Am 1. Oktober 1891. — **Rechner.** 1. Ja. 2. Auf dem Amtsgericht Berlin II, Ostfriede

Ufer 29/31. 3. Ja. Die Höhe richtet sich nach der Summe. Bar Geld, Reichsanleihe u. dgl. ist zulässig. — **W. 19.** Wenn der Vertrag auf länger als eine Woche sich erstreckt soll, ja. — **H. 14.** Das ist unanständig, aber nicht strafbar. — **Kohn.** Der Wirt ist an den Vertrag gebunden. Sie können vom Wirt Schadenersatz verlangen, teilen Sie ihm das mit. — **Hufnagel 12.** Wenn eine richtige Verheuerung unterlassen ist, büßt Ihnen auch die Annahme eines Anwalts nicht. — **M. 2. 26.** Sie können bei dem Amtsgericht des Bezirks, in dem der Beklagte wohnt, Erlass eines Zahlungsbefehls beantragen. — **W. 2. 222.** Sie müssen sich an den Polizeipräsidenten wenden. Kostenpunkt 50 Mark und ein Recht auf Namensänderung haben Sie nicht. — **Zb. Kl. 105.** Rein

— **A. 3. 81.** Die Zahlung braucht erst vom Eingang Ihres Antrages ab beginnen: stellen Sie also scheinbar den Antrag. — **H. 23. 33.** 1. Von und gegen Chomberggraben und Schloßparken ist, falls nichts anderes vereinbart ist, bis spätestens am 15. zum 1. (nicht umgekehrt bis am 1. zum 15.) zu kündigen. 2. Ja. — **H. 6. 500.** Leider hätte ein Antrag auf Rückzahlung der Haussteuer keine Aussicht auf Erfolg. — **100.** Die Kündigung hat in Berlin zu geschehen. Eine Niederlassung der Arbeiter in Berlin ist nicht zulässig. Wenn Sie wollen, können Sie weiterleben, und hierzu aber nicht verpflichtet. In der Regel ist solche Selbstversicherung ratsam. — **H. 989.** Wenn die Wohnung aus mehr Stuben als einer (und Küche) besteht, so ist zu lieben. — **23. 3a.**

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 9. März, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Max Schütte** über: **Robespierre**.
2. Diskussion.
Nachdem: **Geselliges Beisammensein.** 1/7
Um zahlreichen Besuch bittet

Die Vertrauensperson.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Am Dienstag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
in Raabe's Salon, Kolbergerstraße Nr. 23.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Robert Schmidt** über: „Welche Reformen erleichtert die Socialdemokratie innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 219/8
Wasser haben Zutritt; besonders sind die Frauen zu dieser Versammlung eingeladen und werden für dieselben als Führer die Galerien referiert.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Bezirk Moabit.

Sonntag, den 9. März, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saal von Ahrens Brauerei, Turmstraße Nr. 25-26:
Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Hermann Kunze**. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. 80/12
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen erucht
Die Ortsverwaltung.

Bilderrahmenmacher. Brandenburger Versammlung

Montag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Schuhmacher, Staliberstraße Nr. 126:
Brandenburger Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Ausgabe der Stimmscheine zur Arbeitslosen-Unterstützung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich und sind die Werkstätten von Spiesslecke, Raschig, Brückner Nachf. und Beck & Wolff hierdurch besonders eingeladen.
Der Obmann.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonntag, den 9. März 1902, vormittags 10 Uhr, bei Nümann, Brunnenstraße 188, dicht am Rosenthaler Thor:
Versammlung der Metallschleifer.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Emil Rosenow** über „Der Souveränitätskrieg“. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Sonntag, den 9. März 1902, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Allgemeine Versammlung

der **Gas-, Wasser-, Heizungs-Rohrleger u. Helfer**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
NB. Um weiteste Verbreitung der Handzettel und zahlreichsten Besuch der Versammlung, da in Zukunft eine Aenderung der Besatzung unserer Versammlungen stattfindet, muß erucht
112/10
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. H. 29) Hamburg, Filiale Berlin 9.
Sonntag, den 9. März 1902, vormittags 10 Uhr, bei Flügel (Moabiter Klubhaus), Beuststr. 9:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Wahl eines Kassens. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Statutenberatung. 5. Verschiedenes. 100/7
Das Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung der Filiale Berlin 9.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblich. Hilfsarbeiter Deutschlands. — Zahlstelle Berlin III.

Sonntag, den 15. März 1902, in Ballschmieders Salon, Badstr. 16:
4. Stiftungsfest

verbunden mit
Masken-Ball.

12 Uhr: Demaskierung. 1 Uhr: Kaffeepause.
Während der Kaffeepause: Humoristische Vorträge. 32/15
Anfang 8 Uhr. Bilet 50 Pf. Ende 7 1/2
Um zahlreichen Besuch bittet
Das Vergnügungs-Komitee.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 10. d. M., abends 7 1/2 Uhr, Engel-Ufer Nr. 15:
Mitglieder-Versammlung von Berlin und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Ist es praktisch, das Berlin und Umgegend nur eine Filiale bildet? 2. Eventuelle Wahl der Verwaltung. 3. Bericht über die Differenzen und der Kontrollkarten Sache. 4. Anträge. 5. Verschiedenes. 145/11
Sont abend in Kellers Festsaal, Ropenstraße Nr. 29:
Masken-Ball.

Die Mitglieder werden erucht, zahlreich mit ihren Verwandten zu erscheinen. Die Mitglieder brauchen für ihre Person kein Bilet, wenn sie an die Kontrolle ihr in Ordnung befindliches Mitgliedsbuch vorzeigen.
Der Vorstand.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Am Dienstag, den 11. März, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Beschlussfassung über das Reglement betr. eines Zuschusses bei dauernder Erwerbsunfähigkeit.

Die Vertrauensleute werden gebeten, dies den Mitgliedern bekannt zu geben. 35/2
Nächste Vereinsversammlung: Donnerstag, den 20. März.
Der Vorstand.

Central-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau u. Arbeitsnachweis: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, II, Zimmer 16.
Telephon: Amt 7, 3348.

Achtung! Kellnerarbeiter u. Fahrstuhlführer

Sonntag, den 9. März, abends 6 Uhr, bei Vatt, Dragonerstr. 15:
Grosse Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Walder Manasse** über „Kirchen und Kirchenfernen“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.
In Anbetracht der wirklich interessanten Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kellnerarbeiters und Fahrstuhlführers, in dieser Versammlung zu erscheinen. Ganz besonders bitten wir diejenigen organisierten Arbeiter, welche mit Fahrstuhlführern zusammen arbeiten, diese auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Nach der Versammlung:
Geselliges Beisammensein mit Tanz.
Die Kommission. R. Wiedemann. P. Roedel.

Fachverein der Tischler Berlins.

Sonntag, den 9. März, vormittags 10 Uhr, in Zolz' Festsaal, Köpenickerstraße 137:
Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die zwangswise Einführung der Entlassungsscheine und Einführung des Arbeitsnachweises der Tischler-Zwangsgewerkschaft. 2. Beschlussfassung über Erhebung einer Gewerbesteuer. 3. Verschiedenes. 185/16
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Innungs-Krankenkasse der Tischler-Innung.

General-Versammlung der Vertreter der Kassenmitglieder und der Vertreter der Innungsmitglieder

am Montag, den 17. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I, Engel-Ufer Nr. 15.

Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1901. 2. Bericht der Revisoren. 3. Vorhandelsbericht. 4. Antrag des Vorstandes betreffs Erhöhung der Beiträge. 5. Verschiedenes. 100/5
Um pünktliches Erscheinen wird erucht.
Der Vorstand.

Junge Herbst-Gänse

Pfund 40 und 45 Pfennig. 12/12
Gänse-Stücken-Fleisch Pfund 30 „ 40 Pf.
Gänse-Stücken von der Keule Pfund 40 „ 50 Pf.
Gänseleien und Darmjett Pfund 90 Pf.
Hautfett Pfund 50 „ 60 Pf.
Gänselein von einer Gans 40 Pf.

Kohn, Markthalle Dresdenerstrasse, Stand 72.
Wedding, Stand 81/82.
Fernsprecher „ Wörtherstrasse, Stand 61.
Amt IV, 1395. „ Ackerstrasse, Stand 20.

Seltenes Angebot für den Umzug

in Teppichen, Portieren, Gardinen, Divan-, Tisch-, Reise- und Steppdecken, Läuferstoffen, Möbelstoffen und Plüsch.

Teppichhaus Adler & Co.,

Königstrasse 20/21.

Am Donnerstag, den 6. März, verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel, der Kaufmann 10108

Jacoby Liepmann
im 77. Lebensjahre.
Um dieses Beileid bittet im Namen der Hinterbliebenen
Leopold Liepmann.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.

E. H. Nr. 2 Hamburg.
Verwaltungsstelle Berlin 3.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied

Hermann Liss
nach längerem Krankenlager verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. März, nachmittags 1 Uhr, im Trauerhause Nollhofenstr. 3 aus nach dem Central-Friedhof Friedrichsfelde statt. 259/3
Um rege Beteiligung erucht
Der Vorstand.
J. A.: R. Schröder, Eilbiterstr. 83.

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch, den 5. d. M., starb unser alter bewährter Parteigenosse, der Zimmermann 212/11

Hermann Liss
im Alter von 54 Jahren.
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 1 Uhr, im Trauerhause, Nollhofenstr. 3, nach dem jüdischen Friedhof in Friedrichsfelde aus statt. Ehre seinem Andenken!
Die Vertrauensleute des 4. Berliner Wahlkreises, Ost.

Orts-Krankenkasse der Gastwirte

Allgemeine **Versammlung** sämtlicher Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Gastwirte und verwandten Gewerbe

am Dienstag, den 11. März 1902, nachm. 3/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße 30.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag eines Kassensatzes: „Der Alkohol und seine Gefahren“. 2. Diskussion. 3. Freie Besprechung über etwaige Anfragen und Auslegungen aus der Mitte der Versammlung. 1280/19
Berlin, den 1. März 1902.
Der Vorstand.
Poppe, Kraushaar, Borghender, Schriftführer.

Genossenschafts-Buchdruckerei Solingen.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
Die diesjährige **General-Versammlung** findet statt am Sonntag, den 23. März, nachm. 5 Uhr, im Lokal des Herrn Karl Ein, am Behrwall. 106/2

Tages-Ordnung: 1. Rechenschaftsbericht. 2. Vorlage der Bilanz pro 1901. 3. Beschlussfassung über Verwendung des Ueberschusses. **Der Aufsichtsrat.**

Strand-Restaurant Müggelsee

zwischen Müggelsee und Müggelturm.
Empfehle Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen u. Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, hellen, genussigen Redendäume. Bestellungen aller Art. Constante Preise. 3513*
H. Degebrodt, „Strandisch“, Köpenick.

Ich verkaufe

ab meinem Lagerplatz:
100 Stck 6 Zoll lang . . . 0.55.
100 „ 7 „ Kleinstück . . . 0.65.
100 „ 8 „ „ „ . . . 0.75.
Bruchstücken, Centner nur . . . 0.60.
Henkels Werks-Briquets, ungepakt, das Stck auf 6 Markte, Str. nur 0.70.
ein ganz 1000 Stck 1.25 M. mehr.
Josef Fischer, Bromberger-Str. 19-21.

Eigene Confection. Elegante Costümröcke

enorm billig
in Tuch, Seide, Sammet, Kammgarn und Gombeyn. 6 M., 7 M., 10 M., 12 M., 15 M., Seidendamast 25 M., Ripoco 1.50 M., 6 M., bis 30 M., weiss Cheviot und Pique 3.5, 7-15 M.

Jaketkleider elegante Façons.

in Seide, Cheviot, Covercoat und Gombeyn. 15 M., 20 M., 25 M.

Blusenkleider die neueste Mode

18 M., 20 M., 25 M.
Reich garn. Gesellschaftskleider 25 M., 30 M., 40 M.

Eleg. weisse Kleider

20 M., 30 M.
Einsiegnungskleider 15 M., 18 M., 20 M.

Seidenblusen

6 M., 8 M., 10 M., 15 M.
Blusenbänder. 1.75 M., 2.50 M.

Golfcapes 6 M., 8 M., 10 M.

Schwarze, glatte u. bestickte Capes und Kragen 12 M., 15 M.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße, Maassanfertigung.

Vegetarier-Vereinigung, Centrale Berlin.

Sonntag, den 9. März 1902, in dem Rolandssaal, Eilbiterstr. 26:
Byron-Abend.

Vortrag: Dr. Adolf Leichter-Schiff. Recitation: Frau Margarethe W. Saalöffnung 5 Uhr. — Anf. 6 Uhr. Karten (einschl. Programm) 30 Pf. sind zu haben in den Reg.-Kass. von Hohoff, Gontorfstr. 5, I, Rechnung, Neue Schaubauerstr. 10, I, Rent, Friedrichstr. 211, sowie bei Schneider, N. Schillerstr. 19. 286/20

Arbeiter- stenographen-Verein Stolze Schrey

Neuer Unterrichtscursus beginnt Freitag, den 14. März, im Bezirk Centrum, bei Gruppe, Annenstrasse 16.
Beginn 8 1/2 Uhr abends.
Die erste Stunde ist kostenfrei. Unterrichtsgeld 4 Mk.
Das Lehrbuch wird gratis geliefert.

Die schönsten Herren-Kleider. Herrengarderobe in neu. sowie speziell

3395/1*
Monatsgarderobe von Kasellieren jurischleiert.
Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl zu namens billigen Preisen feils zu haben.

J. Wand, Prinzenstr. 17, Ecke Wasserbörsestraße.

Dr. Simmel, Prianenstr. 59.

Spezialarzt für 11/13*
Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

30 Mark

höchste Sommerpaletots. 30 Mark
höchste Sommerpaletots. 30 Mark
höchste Sommerpaletots. 30 Mark
12 Mark hochelegante Seidenkleider. Anfertigung nur nach Maß. Unter Stoff, inelastischer Stoff. 3316/L*

14 Krausenstraße 14, 1 Tr., Tel.-Amt I Nr. 3708. 1 Tr.

Kufekes

BESTE NÄHRUNG FÜR gesunde & darmlranke Kinder

Kindermehl



Schmöckwitz. Restaurant „Seddin-See“

empfehle kein schön gelegenes Lokal für Dampfparaden, Kuderern und Radfahren. Großer schöner Garten für 2000 Personen. Zwei große Zäle, Kegeltische u. c. — Stelle die billigsten Dampfer zur Verfügung. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. 33750*
Freundlichst ladet ein **Aug. Noack.**

Der überaus grosse Erfolg,

welchen wir durch die in den Schaufenstern unserer drei Läden gehabte Ausstellung von mehr als

fünfzig echten Diamanten

(10 Stück Friedrichstrasse 169 — 20 Stück Central-Hotel, Laden 15 — 10 Stück Friedrichstrasse 181)

hatten, giebt uns Veranlassung, diese Ausstellung auf **weitere vierzehn Tage**, also bis **19. März c.**, zu verlängern.

Von den vielen Tausenden Personen, die sich darum bemüht haben, waren **WENIGER** die folgenden Wenigen im Stande, die echten Diamanten inmitten unserer

Tait's Diamanten

herauszufinden:

Herr B. Wagnitz, Johannistisch 4.
Herr M. Scott, Wilhelmstr. 1a.
Herr Walter Voigt, Winterfeldtstr. 42.
Herr Direktor Schönkank, Johannistisch 1.

Herr Gemme, Rüdersdorferstr. 60.
Herr Adolf Selig, Mitglied des Metropol-Theaters,
Kochstr. 56.
Herr Egon Müller, Puttkamerstr. 12.

Fr. Jacobs, Lothringerstr. 14.
Herr Friedrich Berger, Friedrichstr. 175.
Herr Elkan, Elsasserstr. 96.
Fr. Sarah Lendi, Saarbrückerstr. 27. I.

Diese 11 Personen erwarben daher die echten Diamanten inclusive Fassung zum Preise von

6 Mark das Stück.

Wir sind immer noch überzeugt, dass Niemand im Stande ist, die echten Steine von unseren Imitationen herauszufinden, und stellen daher Jedem anheim, uns diese echten Diamanten aus unseren Fenstern heraus zum Preise von 6 Mark das Stück wegzukaufen. Sobald ein echter Diamant verkauft ist, wird er sofort durch einen anderen ersetzt, so dass es stets 50 Stück bleiben.



Postbestellungen

an unsere Adresse Berlin W., Friedrichstr. 169, werden prompt und sorgfältig ausgeführt. Jeder hier abgebildete Gegenstand wird nach Empfang von 6,30 Mark franco, oder gegen Nachnahme von 6,50 Mark versandt.

Nicht convenirendes wird bereitwilligst kostenlos umgetauscht!

Illustrierte Preisliste auf Verlangen gratis und franco.

Tait's American Diamond Palace

BERLIN W. Friedrichstrasse 169

zwischen Behren- und
Französische Strasse.

Friedrichstrasse 181

Central-Hotel, Laden 15

zwischen Mohren- und Taubenstrasse.

zwischen Dorotheen- und Georgenstrasse.